

LEIPZIGER ZUSTÄNDE

NOV2010

chronik.LE - Dokumentation und Analyse rassistischer, faschistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig



MIT PRAKTISEM
THEORIEEINLEGER

www.chronikLE.org

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Diskriminierung gibt es jeden Tag, sie geschieht überall. So schnell sich Menschen zwar mit dem Alltäglichen abfinden mögen, so wenig Grund gibt es aber, sich mit ihm anzufreunden: Mithin bedeutet dieser Alltag für viele Menschen Abwertung, Ausgrenzung, Entrechtung und Gewalt. Im Jahr 2009 haben wir diese Phänomene in der Broschüre „Leipziger Zustände“ ausführlich dokumentiert. Nun legen wir ein weiteres Heft vor – weil sich an den Problemen, die wir nachgezeichnet haben, nichts geändert hat.

Ein Schwerpunkt dieser Broschüre sind alltägliche Diskriminierungserfahrungen, insbesondere durch Rassismus. Unsere Autor_innen betrachten unter Anderem das in den Medien verbreitete Bild von den „Anderen“ und „Fremden“, das darauf basiert, festgefahrene Vorurteile zu wiederholen, statt sie infrage zu stellen. Diesen Vorurteilen begegnen wir mit einem kritischen Blick auf die Tatsachen – etwa darauf, welche Einschränkungen Migrant_innen hinnehmen müssen, wenn es um Selbstverständlichkeiten wie den Arztbesuch geht.

Diskriminierung trifft aber nicht nur Migrant_innen, sondern viele weitere Menschen, die als Minderheiten angesehen, in die Rolle einer Randgruppe gedrängt oder verächtlich der „Unterschicht“ zugerechnet werden – beispielsweise Arbeitslose, die von Ämtern und Behörden geringschätzig behandelt werden; oder Menschen mit Behinderungen, die nur mit Umweg und Mühe Zugänge zu öffentlichen Gebäuden wie dem Uni-Campus finden. Nicht immer steckt dahinter ein böser Wille. Aber fast immer laufen zeitgleich politische und mediale Diskurse ab, die sich mit diesen Zuständen einverstanden erklären und statt einer vernünftigen, mündigen und kritischen Bevölkerung ein Volk „nützlicher“, also produktiver und höriger Untertanen verlangen.

Neonazis stricken aus diesen menschenverachtenden Positionen ihr politisches Programm, ein geschlossenes Weltbild. Daher bilden unsere Einblicke in die örtliche Neonazi-Szene den zweiten Schwerpunkt der Broschüre. Unsere Autor_innen beschreiben, was Nazis meinen, wenn sie die „Volksgemeinschaft“ fordern, warum sie Individualität verabscheuen und nicht vor Gewalt zurückschrecken. Wir erinnern daran, dass Neonazis allein in Leipzig seit 1990 sechs Menschen ermordet haben – und dass die Verantwortung dafür nicht bei unzurechnungsfähigen Einzeltätern liegt.

Dafür sprechen auch viele Erfahrungsberichte. Im dritten Abschnitt, „Zustände vor Ort“, lassen wir einige Betroffene rechter Gewalt zu Wort kommen. Im Fokus stehen Kleinstädte wie Colditz, Mügeln und Bad Lausick, aber auch urbane Gefilde wie der Stadtteil Lindenau, wo sich Neonazis in einem „Nationalen Zentrum“ verbar-

rikadiert haben. In manchen Orten herrscht ein Klima der Angst und Einschüchterung gegenüber nicht-rechten Menschen. Davon zeugen auch die Auszüge aus der laufenden Berichterstattung des Projekts „chronik.LE“, die eine große Zahl diskriminierender Vorfälle umfassen.

Damit muss und darf man sich nicht zufrieden geben. Daher suchen wir auch die inhaltliche Auseinandersetzung: Im Innenteil haben wir auf acht Seiten wichtige und kontroverse Begriffe – Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Verwertungsideologien, Nationalismus, Autoritarismus und Nazismus – aufgearbeitet und versucht, sie auf den Punkt zu bringen. Diese einführenden Artikel verstehen sich als Anregung zum Weiterlesen und als Ansatz für Diskussionen.

Diese sind nötig, denn wir wollen nicht bei der Problembeschreibung verharren. Stattdessen möchten wir Sie, liebe Leserinnen und Leser, zum Handeln ermutigen und stellen auch einige Initiativen vor, die sich auf vielfältige Weise gegen Diskriminierung engagieren. Eine dieser Initiativen ist chronik.LE, die Herausgeberin dieser Broschüre. chronik.LE dokumentiert seit mittlerweile drei Jahren auf der Onlineplattform „chronikle.org“ rassistische, faschistische und diskriminierende Ereignisse in und um Leipzig. Jede_r Interessierte kann dadurch selbst dazu beitragen, Diskriminierung sichtbar zu machen – und gemeinsam etwas daran zu ändern.

Wir wünschen unseren Leser_innen eine erkenntnisreiche Lektüre und die Einsicht, dass die aufgegriffenen Themen für die Betroffenen kein Vergnügen, sondern Nachteile, Einschränkungen und Leid bedeuten. Daran wird sich nur dann etwas ändern, wenn viele Leute bereit sind, Menschenfeindlichkeit keinen Platz mehr in unserer Gesellschaft einzuräumen.

Die chronik.LE-Redaktion

Wir danken allen Menschen, die auf vielfältige Weise zur Entstehung dieser Broschüre beigetragen haben: als Diskutant_innen, Fürsprecher_innen und Spender_innen, Autor_innen und Redakteur_innen, als Fotograf_innen, Layouter_innen und Lektor_innen.

Übrigens haben wir uns bemüht, in allen Artikeln den verschiedenen Geschlechtsidentitäten gerecht zu werden, statt durch die deutsche Grammatik nur Männer anzusprechen oder das beschränkte Mann-Frau-Schema zu bemühen. Daher verwenden die Autor_innen die Schreibweise „_innen“. Falls Sie beim Lesen darüber stolpern sollten, war das unsere Absicht. Diese Schreibweise wenden wir bei den Personen nicht an, die auf den patriarchalen Vorstellungen der Geschlechter beharren.



01 RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG

- 05 Afrika im Rosental?
Koloniale Kontinuitäten und Afrika-Bilder
- 08 Ausgegrenzt
Die Situation von Asylsuchenden in Leipzig
- 11 Barrierefreiheit? Fehlanzeige!
Trotz Uni-Neubaus bleiben für Menschen mit
Beeinträchtigung viele Hindernisse
- 12 Ein „Bürgerkrieg“ der politischen Klasse gegen
die arm Gemachten
Diskriminierung durch Hartz IV in Leipzig
- 14 Den Sinn von Arbeit hinterfragen
Guillaume Paoli, Hausphilosoph, über Glückliche Arbeitslose
und unglückliche Arbeitnehmer_innen
- 16 Staatlich geförderte Menschenrechtsverletzung
Das Medinetz organisiert Widerstand gegen den Ausschluss
Illegalisierter aus dem Gesundheitssystem
- 18 Nur die Fakten sterben aus
Zu wissenschaftlichem Wert, politischem Zweck und
diskriminierender Funktion von Bevölkerungsprognosen
- 22 How To Talk About...
Plädoyer für einen nicht-diskriminierenden Sprachgebrauch



02 NEONAZISMUS

- 27 Was Neonazis wollen? Die „Volksgemeinschaft“!
Jede Nazi-Forderung ist eine menschenverachtende Forderung
- 30 Menschen und Massen
Leipziger Neonazis hadern mit ihrer Identität
und basteln sich einen „deutschen Menschentypus“
- 34 Keine Hemmungen
Neonazis ermordeten sechs Menschen in Leipzig seit 1990
- 36 Die Gesellschaft ist schuld!?
Warum Menschen zu Nazis werden – alltägliche Erklärungen,
problematische Verkürzungen und die Sicht der Wissenschaft
- 39 Mädels fürs Reich
Die Rolle von Frauen in der Nazi-Szene



03 ZUSTÄNDE VOR ORT

- 42 Geschlossene Anstalt
Das Nazizentrum in der Lindenauer Odermannstrasse
- 44 „Noch immer nichts dazugelernt“
Der Verein „Roter Stern Leipzig“ wird regelmäßig angefeindet
- 48 Nie ohne Fluchtplan
Eine Betroffene rechter Gewalt berichtet
- 50 Ein Ort in Angst vor Neonazis
„Wenn wir das Haus wegfliegen könnten, wären wir schon lange weg“
- 52 Aus der Chronik: Leipzig
Eine kurze Auswahl aus zwölf Monaten
- 56 Aus der Chronik: Umland
Eine sehr kurze Auswahl aus zwölf Orten
- 62 Vorstellungsstraße und Impressum
ADB, RAA und IVF

01 KAPITEL

RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG



Plakatentwurf
von Birgit Caspari
für die Kampagne
„Kein Mensch ist Illegal“

AFRIKA IM ROSENTAL?

KOLONIALE KONTINUITÄTEN UND AFRIKA-BILDER

von Elena Buck

„Afrika“ wird in Europa überwiegend als Kontinent der Krisen und Katastrophen wahrgenommen und dient als Projektionsfläche für Selbstfindung, Selbsterkenntnis, „Natur“ und „Exotik“. Darstellungen von „Afrika“ in Medien und Kultur sind auffällig stereotyp – auch im Leipziger Alltag.

Häufig wird Afrika als ein „fremdes Land“ dargestellt. Damit wird ein ganzer Kontinent grob vereinheitlicht und als exotisch von der hiesigen Normalität abgegrenzt. Beispielsweise im Leipziger Zoo. Von „landestypischen Speisen“ ist da bezogen auf Afrika die Rede. Dass ein „nordafrikanisches Urwalddorf“ ebenso eine geographische Unmöglichkeit ist wie das angrenzende „Pongoland“, scheint keinen zu stören.¹

■ Tiere, Tänze, Erdnussplätzchen

Ein Zoo ist ohnehin ein besonderer Ort – ein Ort, der das Fremde, Exotische in die eigene Stadt holt. Das sind beileibe nicht nur Tiere, sondern auch Landschaften, Erlebnisse, Erfahrungen und: Menschen. Der Titel der Broschüre „Feiern im Zoo: Abenteuer und Genuss“ zeigt neben der „asiatischen Pagode“ auch Schwarze Menschen² mit Körper- und Gesichtsbemalung. Menschen im Zoo – das ruft Erinnerungen an die Tradition der „Völkerschauen“ hervor.³ Bezogen auf Afrika ist in der Berichterstattung sowie in Reiseführern ebenfalls häufig eine Konzentration auf Tiere und Natur festzustellen. Dazu passt die Behauptung des Zoo Leipzig, dass sich mit dem Veranstaltungspaket „Hakuna Matata“ „Afrika hautnah erleben“ lasse.

Die „im afrikanischen Stil erbaute und mit typisch kolonialem Interieur ausgestattete Kiwara-Lodge“ bildet das Herzstück dieses Afrika-Erlebnisses. Dass ein „afrikanischer (Bau-)Stil“ eine absurde Bezeichnung ist, wird klar, wenn man den Spieß umdreht und an einen „europäischen Stil“ denkt. Baustile werden üblicherweise eher nach Regionen und Zeiträumen kategorisiert, was die Rede vom „afrikanischen Stil“ nicht nur grob vereinheitlichend, son-

dern auch geschichtslos macht. Geschichte kommt einzig durch das „koloniale Interieur“ ins Spiel. Dadurch wird koloniale Vergangenheit romantisiert und die Vorstellung von Europäer_innen als Kulturbringer_innen zementiert. Schwarze Menschen tauchen in der Broschüre des Zoos als „afrikanische Tänzer in traditioneller Bemalung“, als Trommler und als lächelnde Bedienungen auf, die „einen erfrischenden Begrüßungsdrink aus der Frucht des Marula-Baumes“ kredenzen. Sie sind da, um im „kolonialen Interieur“ den exotischen Touch zu liefern und werden mit Genussmitteln gleichgesetzt: „Zum Dessert begeistern Sie unsere afrikanischen Tänzer in traditioneller Bemalung sicher ebenso wie die Erdnussplätzchen nach Art der Tsonga.“

■ Warum in die Ferne schweifen?

Wenn „Afrika“ Tiere, weites Land und Sonnenuntergänge bedeutet, dann kann man es auch nach Leipzig holen: „Umgeben von der afrikanischen Weite des [...] Rosentals können Sie die Savanne mit landestypischen Speisen und Getränken genießen [...] so dass Sie fast das ganze Jahr den afrikanischen Sonnenuntergang im Leipziger Zoo erleben können.“ „Moosbedeckte Strohhütten“ und „afrikatypische Wellblechdächer“ schaffen eine „einmalige Urwaldatmosphäre“. Das Stereotyp ersetzt das Original und ist stets verfügbar – ohne unangenehme Nebenwirkungen wie Realität oder Menschen.

■ Afrika als Abenteuer und Bedrohung

Zu einem richtigen Afrika-Erlebnis scheint Nervenzitter zu gehören. „Ein exotischer Streifzug durch die Savannen Afrikas [...]: Bereits am Haupteingang begrüßen wir Sie und Ihre Gäste und begleiten sie einhalb Stunden lang sicher auf Ihrer Safari durch die Wildnis Afrikas im Leipziger Zoo.“ Afrika muss ein Abenteuer sein, ist aber auch bedrohlich; man muss sich bewähren, geschützt werden, das wilde Fremde zähmen. Das geschieht im Zoo: die Tiere sind eingezogen, die „afrikatypischen Wellblechdächer“ des Urwalddorfs sind „regensicher“, die „Zoolotsen geleiten Sie [...] sicher zum Ausgang“. Die Vorstellung, dass

[1] Broschüre „Feiern im Zoo: Abenteuer und Genuss“, Leipzig 2008. Siehe auch www.zoo-leipzig.de.

[2] „Schwarz“ und „weiß“ werden hier als sozial konstruierte, politische Kategorien verwendet.

[3] In Leipzig gastierten insgesamt 32 so genannte „Völkerschauen“ – nicht nur im Zoo: u.a. fand im heutigen Clara-Zetkin-Park 1897 eine „Ostafrika-Ausstellung“ statt. Die Völkerschauen stellten Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt aus, die „landestypisch“ gekleidet und untergebracht wurden. Beispielsweise fanden Karl Mays einzige Begegnungen mit „Indianer_innen“ im Dresdner Zoo statt. Heute erfüllt der Ferntourismus ähnliche Funktionen. Aber auch Veranstaltungen in Zoos wie der „African Village“ in Augsburg 2005 und die „Afrikanische Zoo-Nacht“ in Eberswalde 2010 nutzen den Zoo als Ort, um eine „Atmosphäre der Exotik“ zu schaffen, wozu neben Tieren auch Menschen und ihr Kunsthandwerk zählen – unter völliger Ausblendung der historischen und rassistischen Konnotationen.

Rassistische und stereotype Darstellungen sind auch in Leipzig keine Seltenheit:

Werbeplakate Zoo Leipzig und Trink- und Partyverein von Studierenden der HTWK



[4] Während der Olympischen Sommerspiele in München 1972 wurde die israelische Mannschaft von einer palästinensischen Terrororganisation angegriffen. Die Geiselnahme von München, bei deren gescheiterter Befreiung 17 Menschen ums Leben kamen, wird international auch als „Munich Massacre“ bezeichnet.

[5] Alle Zitate zu Afrika! Afrika! stammen von der Website www.africancircus.de und aus der Pressemappe zur Show.

[6] Urs Bitterli 1987, zitiert nach: Schaffers, Uta (2009): „An-Ordnungen. Formen und Funktionen der Konstruktion von Fremde im kolonialen Afrika-Diskurs“, in: Warnke, Ingo (Hrsg.), Deutsche Sprache und Kolonialismus. Berlin: De Gruyter, S. 159.

[7] In: RUND 17.12.2006.

[8] Der Begriff „Häuptling“ ersetzt als vereinheitlichende Bezeichnung eine Vielzahl von Selbstbezeichnungen traditioneller Herrscher_innen in afrikanischen Gesellschaften (vgl. Arndt, S. 18). Häuser als „Hütten“ zu bezeichnen, impliziert zivilisatorische Rückständigkeit.

der „schwarze Kontinent“ besonders bedrohlich sei, spiegelt sich auch in der Berichterstattung wider. So tat Uli Hoeneß im Vorfeld der Fußball-WM 2010 in Südafrika kund: „Ich war nie ein großer Freund von einer WM in Südafrika oder überhaupt in Afrika, solange Sicherheitsaspekte nicht zu 100 Prozent geklärt sind.“ Zugleich warb Hoeneß für olympische Winterspiele in München 2018 und verwies positiv auf die dortigen Sommerspiele 1972 – in puncto Sicherheit nicht gerade ein leuchtendes Vorbild.⁴

■ „Musik im Blut“ – Exotismus und Rassismus

Nicht nur im Zoo treten Afrikaner_innen und andere Schwarze Menschen primär als Musiker_innen, Tänzer_innen und Trommler_innen in Erscheinung. Das Spektakel „Afrika! Afrika!“ von André Heller, das 2009 in der Leipziger Arena gastierte, entführt das Publikum in das „Königreich der Gaukler und Paradies der Lebensfreude“, wird als „sinnliche Entdeckung Afrikas“ und „heißblütig“ beschrieben. Das ZDF attestiert Heller, „dem Publikum, den Künstlern und einem ganzen Kontinent etwas Gutes“ getan zu haben.⁵ Auf den ersten Blick positiv konnotierte exotisierende Vorstellungen können schnell in abwertende Konzepte umschlagen: „Einfachheit und Anspruchslosigkeit stehen komplementär zur Primitivität; Unschuld und Unvoreingenommenheit finden ihre Entsprechung in Unvernunft und Dumpfheit; ruhiges Behagen, natürliche Daseinsharmonie und unbesorgte Lebensfreude schlagen um in Faulheit, Gesetzlosigkeit und triebhafte Vitalität.“⁶ Günter Netzer spricht beispielsweise davon, dass afrikanische Fußballspieler „keine Disziplin gewohnt sind“ und durch ihr „Naturell“ an fußballerischen Erfolgen gehindert werden.⁷ Die häufige Formulierung, Afrikaner_innen hätten „Musik im Blut“, mag positiv gemeint sein, ist aber ebenso unverblümt rassistisch wie sexualisierte Stereotype.

■ „Stämme“, „Wilde“, „Hütten“: der hilfsbedürftige Abenteuerspielplatz

Häufig hört man bezogen auf Afrika immer noch von „Wilden“, von „Eingeborenen“, „Stämmen“ und „Häuptlingen“. Kaum jemand würde auf die Idee

kommen, weiße Menschen mit solchen Begriffen zu bezeichnen.⁸

2006 lief in Sat.1 die Serie „Wie die Wilden – Deutsche im Busch“:⁹ „3 Familien – 3 Wochen – 3 Stämme: 3 deutsche Familien wagen das Abenteuer ihres Lebens und verbringen 3 Wochen in ihnen völlig fremden Kulturen bei Naturstämmen in Togo, Namibia und Indonesien. Dabei kennen sie weder die Regeln und Bräuche, noch die Sprache. Dennoch ist es ihre Aufgabe, sich bestmöglich in die Gemeinschaft zu integrieren. Das Ziel für die Familien ist, in den Stamm aufgenommen zu werden! Das schaffen sie aber nur, wenn sie den Ansprüchen der Stammesoberen genügen und sich zu richtigen Tambermas, Mentawai oder Himbas entwickeln. Deshalb müssen sie sich ordentlich ins Zeug legen.“¹⁰

Die vorgebliche Ironie des Titels funktioniert nicht, weil er sich in ein diskursives Feld einschreibt, das durch Kolonialismus, Exotismus und Rassismus vorgeprägt ist. Mit Namibia und Togo wurden sogar Spielorte für die Sendung ausgewählt, die einmal deutsche Kolonien waren. Der Integrationsimperativ ist für viele postkoloniale Migrant_innen jedoch kein Spiel, sondern bitterer Ernst. Spiegel Online berichtet über „Eingeborenenstämme“ „mitten im Nirgendwo“, bei denen es „Pampe“ zu essen gibt, und befindet: „Schön, dass Sat.1 es fertig gebracht hat, die Stämme nicht vorzuführen, sondern deren Traditionen als völlig selbstverständlich zu zeigen. Und den Deutschen gebührt Respekt: Ihr Anpassungswillen ans Fremde ist über jeden Kolonialherrendünkel erhaben.“¹¹ Die Serie, die den Kulturschock genussvoll inszeniert, sei „unter großem Aufwand und Respekt den drei Stämmen gegenüber“ realisiert worden, die zudem „für ihr Mitwirken sowohl in Geld als auch in Naturalien entlohnt“ wurden. Die Deutschen hätten bei der „Rückkehr zu den Ursprüngen menschlicher Zivilisation“ Mut bewiesen und durch zwei deutsche Ärzte, die im Team waren, irgendwie auch Hilfe geleistet.¹²

Moment: man verdient schon „Respekt“ dafür, keinen „Kolonialherrendünkel“ zu zeigen? Darsteller_innen einer Fernsehproduktion für ihre Ar-

beit zu bezahlen, ist einen Applaus wert? Dass diese neben Geld „auch [...] *Naturalien*“ erhalten, schreibt sich in eine Erzählung ein, die eine europäische „Zivilisation“ einer afrikanischen „Ursprünglichkeit“ gegenüberstellt. Der Kontinent, der 22 Prozent der Landfläche der Erde umfasst und über eine Milliarde Menschen beheimatet, erscheint als Abenteuer-spielplatz. Deutsche spielen die Doppelrolle der Abenteuerlustigen, die eine Mutprobe vollführen, und derer, die Kultur (hier: Geld, medizinische Versorgung) bringen. Dass eine Situation, in der ein Filmteam eigenes medizinisches Personal mitbringen muss und die lokale Bevölkerung an einer medizinischen Versorgung durch diese Ärzt_innen Bedarf hat, kein Zufall ist, wird überhaupt nicht reflektiert.

In besonderer Heftigkeit zeigt sich die Vermischung von Rassismus, Exotismus und Paternalismus im Werbefaltblatt des Zoo Eberswalde für die „6. Afrikanische Zoo-Nacht“¹³. Die Veranstaltung, in der durch „*afrikanisches Trommeln und Tanzen*“, „*afrikanische Frisuren und Schminken*“, „*Blasrohr-schießen*“ und „*afrikanische Speisen*“ „*afrikanisches Flair*“ hergestellt werden sollen, dient einem guten Zweck: sie soll „*die Volksgruppe der San, den letzten ersten Menschen, durch Hilfe zur Selbsthilfe bei der sanften Integration in unsere moderne Zeit unterstützen*.“ Die San werden in der Broschüre nicht nur als Vorläufer moderner Menschen, sondern auch als „*vom Aussterben bedroht*“ bezeichnet. Dies erinnert nicht nur an vom Aussterben bedrohte Tierarten, sondern transportiert auch völkisch-rassistische Vorstellungen. Dass die Gruppen, die als San bezeichnet werden, durch europäische Kolonialmächte systematisch verfolgt und versklavt wurden, wird ausgeblendet. Dies ist besonders pikant, weil es in dem Zooprojekt in Eberswalde um eine Region in Namibia geht, der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwest.

■ Weder harmlos noch weit weg

Es sollte deutlich geworden sein, dass die Stereotype über Afrika weder harmlos noch weit weg sind – rassistische, homogenisierende und kolonialromantische Vorstellungen vermischen sich mit asymmetrischen Machtverhältnissen und einer Vorstellung von „Afrika“, die weitgehend ohne menschliche Akteure auskommt und im Zoo, im Fernsehen oder einer Zirkusshow reproduziert werden kann. Die Hauptrolle als Abenteuer_innen, Helfer_innen

oder Personen auf der Suche nach sich selbst spielen (meist weiße) Deutsche. Die Vorstellung von Afrika als zivilisatorisch rückständig schreibt sich in entwicklungspolitische und globale Auseinandersetzungen ein, die einen „unterentwickelten“ globalen Süden einem „entwickelten“ globalen Norden gegenüberstellen, der sich so das Recht nimmt, in neokolonialer Manier treuhänderisch tätig zu werden. Und hierzulande werden Schwarze Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und Selbstidentifikation häufig mit „Afrika“ assoziiert, als „Schwarzafrikaner_innen“ oder „Afrikaner_innen“ bezeichnet. Dabei werden ihnen die vorgestellten Charakteristika wie „Musik im Blut“, Exotik und „Heißblütigkeit“ zugeschrieben und sie werden als diesem Kontinent nicht wirklich zugehörig konstruiert. Auch das ist Rassismus.

Die Autorin engagiert sich im

Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung (FKR)

■ Literaturtipps zum Weiterlesen:

Arndt, Susan/Antje Hornscheidt (Hg.) (2009) : *Afrika und die deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk*, Münster: Unrast

Sow, Noah (2008): *Deutschland Schwarz Weiß. Der alltägliche Rassismus*, München: Bertelsmann

[9] „Busch“ ist ebenfalls eine homogenisierende Beschreibung für sehr unterschiedliche Landschaften, der Unübersichtlichkeit und Unergründlichkeit suggeriert. Vgl. Arndt, S. 97ff.

[10] www.sat1.de/comedy_show/wiediewilden; Hervorhebungen: die Autorin

[11] Peer Schader: „Stammgäste in Not“, SPIEGEL Online, 23.6.2008 www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,433129,00.html

[12] www.sat1.de/comedy_show/vorschau/content/13332

[13] Die Broschüre steht unter <http://blog.derbraunemob.info/wp-content/uploads/2010/07/Zoo1.pdf> zum Download bereit.

INFO

„SCHREIBEN SIE SO ÜBER AFRIKA!“

In seiner satirischen Anleitung zum Schreiben über Afrika bringt der kenianische Schriftsteller Binyavanga Wainaina die Stereotype auf den Punkt. So solle man stets das Licht in Afrika erwähnen, Tiere in den Vordergrund rücken, Afrikaner_innen wahlweise als passiv leidend, korrupt oder zutiefst musikalisch darstellen und immer eine weiße Hauptperson haben.

Nachzulesen hier: Wainaina, Binyavanga (2005): „How to Write About Africa“, in: *Granta* Nr. 92, <http://www.granta.com/Magazine/92/How-to-Write-about-Africa/Page-1>; deutschsprachige Fassung: „Schreiben Sie so über Afrika“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17. Januar 2006, Feuilleton, S. 13; online unter <http://www.uni-koblenz.de/~vladimir/breviary/afrika.html>



Initiativkreis für die Integration von AsylbewerberInnen in Leipzig

Die Lebenssituation von Asylsuchenden in Leipzig rückte in der ersten Jahreshälfte 2009 in das Licht der Öffentlichkeit. Die geplante Schließung der beiden bestehenden Asylbewerber_innenwohnheime zugunsten einer neuen Massenunterkunft traf auf heftigsten Protest und musste schlussendlich fallen gelassen werden.

Mit Beharrlichkeit schafften es Initiativen zudem die Wohnsituation Asylsuchender in Leipzig grundsätzlich zu problematisieren und Verbesserungen auf den Weg zu bringen. Damit sind jedoch weder die rassistische bundesdeutsche Asyl- und Einwanderungspolitik noch der gesellschaftliche Rassismus in Gänze zum Wanken gebracht worden. Die Durchsetzung besserer Wohnbedingungen kann nur als Bruchstück einer Trendwende im Umgang mit Migrant_innen gedacht werden. Der Initiativkreis für die Integration von Asylbewerber_innen in Leipzig war Hauptprotagonist bei der Verhinderung des Neubaus eines Asylbewerber_innenheim in der Wodanstrasse. Im folgenden Text wird der Verlauf der Proteste und die Kritik am Vorhaben dargelegt.

■ Asylsuchende als private Investition

Am 17. Juni 2009 wurde in der Leipziger Stadtversammlung die Verwaltungsvorlage zum Bau einer Sammelunterkunft für Asylsuchende in der Wodanstraße beschlossen. Kurz vor dem Beschluss gründete sich der Initiativkreis für die Integration von Asylbewerber_innen. Etwa 100 Menschen protestierten während der Stadtratssitzung gegen den Beschluss.

Geplant war eine Bebauung in „Systembauweise“^[1] für bis zu 300 Menschen auf demselben Gelände, wo bereits von 2000 bis 2006 ein Containerlager für Asylsuchende stand. Dort sollten hauptsächlich alleinstehende Männer wohnen sowie neu ankommende Familien und allein reisende Frauen. Die Familien, die zur Zeit fast alle in der Unterkunft in Grünau leben, sollten laut Beschluss die Möglichkeit bekommen, in eine Wohnung umzuziehen.

Der Neubau und die Betreibung der Sammelunterkunft in der Wodanstraße sollte an einen privaten Betreiber vergeben werden. Die Stadt Leipzig hätte sich damit die Investitionskosten gespart und dafür in Kauf genommen, dass an den ohnehin niedrigen Sätzen für die Unterbringung Asylsuchender noch ein privates Unternehmen Profit gemacht hätte.

Das Grundstück Wodanstraße 17a befindet sich in einem Gewerbegebiet kurz vor der Autobahnauffahrt zur A14 und ist ca. neun Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Der Lärm von der Autobahn liegt über den Orientierungswerten der DIN 18005 für eine Wohnnutzung. In unmittelbarer Nachbarschaft befindet sich das Kreiswehrrersatzamt. Die Infrastruktur besteht aus einem SB-Warenhaus, einer Straßenbahn-Haltestelle und einer S-Bahn-Station.

Der Standort der geplanten Massenunterkunft sollte sich nicht in „unmittelbarer Nähe eines Wohngebietes befinden, insbesondere entfernt von Schulen, Kindergärten und Spielplätzen“^[2]. Begründet wurden diese diskriminierenden Standortkriterien mit „vielfältigen sozialen Problemen“^[3] der zukünftigen Bewohner_innen. Ignoriert wird dabei die Tatsache, dass eine Vielzahl der angesprochenen Probleme aus der Heimunterbringung selbst herühren. An anderer Stelle wiederum wurde kühn behauptet: „Die Erfahrungen der Stadt Leipzig mit der Containerunterkunft im Zeitraum 2000- 2006 waren sowohl hinsichtlich der Wohnqualität als auch bezüglich des Betreiberkonzepts positiv“^[4].

■ Unhaltbare Zustände

Der Standort der geplanten Massenunterkunft sollte sich nicht in „unmittelbarer Nähe eines Wohngebietes befinden, insbesondere entfernt von Schulen, Kindergärten und Spielplätzen“^[2]. Begründet wurden diese diskriminierenden Standortkriterien mit „vielfältigen sozialen Problemen“^[3] der zukünftigen Bewohner_innen. Ignoriert wird dabei die Tatsache, dass eine Vielzahl der angesprochenen Probleme aus der Heimunterbringung selbst herühren. An anderer Stelle wiederum wurde kühn behauptet: „Die Erfahrungen der Stadt Leipzig mit der Containerunterkunft im Zeitraum 2000- 2006 waren sowohl hinsichtlich der Wohnqualität als auch bezüglich des Betreiberkonzepts positiv“^[4].

[1] Im ersten Entwurf der Verwaltungsvorlage ist von „Errichtung einer Containerunterkunft“ die Rede. Auf Proteste wurde reagiert, indem der Begriff „Container“ ersetzt wurde durch „Systembauweise“ und „mobile Raumsysteme“. Für die zukünftigen Bewohner_innen der „Systembauweise“ ändert das aber nicht viel: eine temporäre, provisorische Bebauung, eine Massenunterkunft am Stadtrand.

[2] Verwaltungsvorlage für den Beschluss Nr. RBIV-1665/09 vom 17.06.2009

[3] ebd.

[4] ebd.



photos: initiativkreisintegration.blogspot.de

Mittendrin, statt nur dabei? Weder noch in der Wodanstraße.

Der Initiativkreis hat mit Bewohner_innen der Torgauer Straße gesprochen, darunter auch einigen, die im Containerheim in der Wodanstraße gelebt haben. Sie berichteten alle von unhaltbaren Zuständen, heraufbeschworen durch das Leben vieler Menschen auf engstem Raum, die isolierte Lage am Stadtrand und die Beschneidung der individuellen Handlungsmöglichkeiten durch die Asylgesetzgebung und die zuständigen Behörden.

Ursprünglich waren laut Leistungsausschreibung für jede Bewohnerin der neuen Sammelunterkunft sechs Quadratmeter Wohnfläche vorgesehen, bis zu vier Personen sollten sich einen Schlafraum teilen. Aufgrund von Änderungsvorschlägen des Migrantenbeirats wurden diese Modalitäten geringfügig verbessert. Die Wohnfläche pro Person wurde auf zehn Quadratmeter aufgestockt, die Personenanzahl pro Schlafraum auf zwei Personen reduziert. Anzahl und Größe der Gemeinschaftsräume wurden nach oben korrigiert.

Die Wohnräume der Asylsuchenden sollten unter öffentliches Recht fallen und Vertreter_innen der zuständigen Behörden damit das Recht geben, alle Räume ohne vorherige Ankündigung betreten zu dürfen⁵. Gleichzeitig wurde dem Betreiber die Möglichkeit offen gelassen, Unterstützer_innen-Gruppen, Freund_innen und Verwandte daran zu hindern, die Bewohner_innen in der Sammelunterkunft zu besuchen. Hinzu kommt, dass das gesamte Gelände umzäunt und vom Eingangsbereich aus überwacht worden wäre. Das Kommen und Gehen von Bewohner_innen und Gästen wäre kontrollierbar und dokumentierbar.

Derzeit leben ca. 110 Menschen in einer Sammelunterkunft im Stadtteil Grünau und ca. 175 Menschen in einer Sammelunterkunft in der Torgauer

Straße. Ca. 63 % der Asylsuchenden und Geduldeten leben dezentral in Wohnungen im Stadtgebiet. Beide Sammelunterkünfte sind nach Maßgabe der gesetzlichen Mindeststandards nicht ausgelastet. So leben zum Beispiel in der Torgauer Straße die meisten alleinstehenden Menschen zu dritt in Zweiraum-Wohnungen oder haben ein Zimmer für sich allein. Zeitgleich stehen mehrere Zehntausend Wohnungen leer.

Die Sammelunterkunft in Grünau, ein heruntergekommener Plattenbau, soll abgerissen werden. Für die Torgauer Straße, eine ehemalige Kaserne, war eine umfangreiche Sanierung geplant. Jedoch hat ein Investor Interesse an dem Gelände bekundet. Die Kritik am Vorhaben Wodanstraße brach nicht ab. Der Initiativkreis für die Integration von Asylbewerber_innen bündelte diesen, bemühte sich um den Dialog mit allen Verantwortlichen, schrieb mehrere offene Briefe an die Stadträt_innen und Bürgermeister. Es gelang die Lebenssituation von Asylsuchenden und die Missstände in den Heimen mittels kontinuierlicher Öffentlichkeitsarbeit und Diskussions- und Informationsveranstaltungen publik zu machen. So kamen im November 2009 beispielsweise 150 Menschen zu einer Podiumsveranstaltung in der Moritzbastei und verliehen ihrer Empörung über die unhaltbaren Wohnumstände von Asylsuchenden recht deutlich Ausdruck.

■ Container abgeschmettert

Die Arbeit des Initiativkreises dürfte maßgeblich zum Scheitern des Projektes im Dezember 2009 beigetragen haben. Die Anforderungen an den Neubau (Zimmergröße, Gemeinschaftsräume, Schallschutz etc.) wurden durch die massive Kritik derart hoch getrieben, dass Stadt und Bewerber_innen, die sich auf die entsprechende Ausschreibung für Errichtung

[5] Dass Sammelunterkünfte für Asylsuchende auf Grundlage des öffentlichen Rechts betrieben werden, also rechtlich die Wohnräume keine Privaträume sind, ist allerdings üblich und gilt auch für die anderen Sammelunterkünfte in Leipzig.



[6] Der Stadtrat in Leverkusen beschloss 2002 fraktionsübergreifend Asylbewerber_innen und Geduldeten die Unterbringung in Wohnungen zu ermöglichen. Der Flüchtlingsrat Leverkusen begleitet diesen Prozess.

[7] Beispielsweise berechnete der Bayerische Flüchtlingsrat im November 2009, dass die Umstellung von Lager- auf Wohnungsunterbringung den Freistaat um jährlich durchschnittlich 1.786,86 Euro pro Flüchtling entlasten würde. (vgl. http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/tl_files/PDF-Dokumente/09-11_Gutachten_Unterbringungskosten_Bayern.pdf)

und wirtschaftliche Betreibung gemeldet hatten, aufgrund unterschiedlicher Kostenvorstellungen nicht zusammen kamen.

Die Stadtratsfraktionen von DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen ergriffen in dieser Situation die Initiative, brachten Anträge ins Stadtratsverfahren und forderten die Stadtverwaltung auf ein Konzept für die Unterbringung von Asylsuchenden in Leipzig zu erarbeiten und dabei Priorität auf individuelle, dezentrale Wohnmöglichkeiten zu legen.

Im Juni folgte der Leipziger Stadtrat fast einstimmig einem gemeinsamen Antrag von Linksfraktion und Bündnis 90/ Die Grünen. Demnach soll bis Ende 2010 ein Konzept für die Unterbringung von Asylsuchenden in Leipzig ausgearbeitet werden. Priorität sollen nach Möglichkeit individuelle Wohnunterbringungen haben. Auf Ablehnung stieß dagegen der Vorschlag der beiden antragstellenden Fraktionen, Initiativen und Vereine aus dem Bereich der Flüchtlingsarbeit sowie den städtischen Migrantenbeirat in die Konzepterstellung mit einzubeziehen.

■ Dezentral statt isoliert

Der Initiativkreis fordert von der Stadt, allen, die Antrag auf Asyl stellen oder einen ungeklärten Aufenthaltsstatus haben, die Möglichkeit des selbstbestimmten Wohnens einzuräumen. Außerdem schlägt der Initiativkreis vor, das bestehende Heim in der Liliensteinstraße temporär zu erhalten und perspektivisch einen neuen, kleinen, zentralen Heimstandort für maximal 100 Personen zu suchen, der vor allem in Leipzig ankommenden Asylsuchenden zur Verfügung stehen soll. Unabdingbar sind zudem soziale Betreuung und Beratung.

Massenunterkünfte stellen für Betroffene eine unhaltbare Wohnsituation dar. Sie führen zu einer zunehmenden gesellschaftlichen Isolation, neue soziale Probleme werden erzeugt. Traumata durch Flucht und Fluchtgrund werden in Massenunter-

künften verschärft. Die Kriterien der Standortwahl Wodanstraße waren rassistisch und widersprachen deutlich dem Diskriminierungsverbot. Außerdem werden Menschen in solchen Prozessen entmündigt, indem sie zum Objekt behördlicher Entscheidungen werden. Der Initiativkreis setzt sich deshalb auf verschiedenen Ebenen für eine dezentrale Unterbringung aller Asylsuchenden ein und sucht Kontakt mit anderen Initiativen, die dieses Ziel teilen, so z.B. die Dresdner Kampagne gegen Ausgrenzung und der Flüchtlingsrat in Leverkusen.⁶

Zentral ist außerdem der Kontakt mit den Bewohner_innen im Heim in der Torgauer Straße und der regelmäßige Austausch mit der Initiative Flüchtlingsheim Grünau. Denen, die in dieser Gesellschaft keine Stimme haben, unterstützend zur Seite zu stehen, sie in ihren Anliegen zu bestärken und gemeinsam für eine Verbesserung der Lebensumstände einzutreten, ist und bleibt grundlegende Sinnstiftung der Arbeit des Initiativkreises.

Selbstbestimmtes Wohnen entspricht den grundlegendsten humanitären Ansprüchen einer Gesellschaft. Psychische Probleme und soziale Spannungen, die das gedrängte Leben in einer Massenunterkunft mit sich bringt, würden ausbleiben. Der Monatssatz, den die Stadt vom Land Sachsen pro Asylbewerberin bezieht (§10 Sächs. Flüchtlingsaufnahmegesetz), würde die Kosten einer Wohnung decken. Darüber hinaus kann die dezentrale Wohnunterbringung zur finanziellen Kostensenkung beitragen, indem beispielsweise Sicherheits- und zentrale Betreiberdienste entfallen.⁷

Der Initiativkreis begleitet derzeit die Antragsstellungen auf Wohnungsunterbringung einzelner Asylbewerber_innen bzw. Geduldeten. Außerdem werden eigene Vorschläge für das städtische Unterbringungskonzept formuliert. Darüber hinaus bringt der Initiativkreis sich in aktuelle migrationspolitische und antirassistische Kampagnen ein, wie zum Beispiel in die gegenwärtigen Bemühungen den Mord an Oury Jalloh unvergessen zu lassen.

BARRIEREFREIHEIT? FEHLANZEIGE!

TROTZ UNI-NEUBAUS BLEIBEN FÜR MENSCHEN MIT BEEINTRÄCHTIGUNG VIELE HINDERNISSE

Jakob Heuschmidt

Treppen, hohe Bordsteinkanten, schmale Durchgänge – Architektur schränkt Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen in ihrer Bewegungsfreiheit häufig ein. Bei Renovierungen und Neubauten sollten solche „strukturellen“ Benachteiligungen schon in der Planungsphase ausgeschlossen werden. Dieses Thema bleibt bei den Planer_innen jedoch häufig nachrangig – wie der Campus-Neubau der Universität Leipzig zeigt.

Alle Menschen sollten sich uneingeschränkt in öffentlichen Gebäuden bewegen können. Für Menschen mit einer Gehbinderung, einer Lähmung oder fehlendem Augenlicht müssen Gebäude daher barrierefrei konzipiert sein. In der Umsetzung heißt das beispielsweise: Zugänge ohne Treppenstufen, automatisch öffnende Türen oder Ansagen in den Aufzügen. Oft nehmen Architekt_innen solche baulichen Vorgaben zwar zur Kenntnis, setzen sie aber nur halbherzig um. Allerdings werden Menschen mit Beeinträchtigung nicht nur durch die Architektur, sondern auch durch ihre Mitmenschen behindert. Menschen ohne körperliche Beeinträchtigung sind häufig „blind“ für die Bedürfnisse von Menschen, die sich weniger „frei“ bewegen können. Menschen mit Beeinträchtigung erleben dadurch eine doppelte Diskriminierung.

Die Bedürfnisse verschiedener Interessengruppen an der Universität Leipzig sind während des Um- und Neubaus am Campus Augustusplatz durchaus berücksichtigt worden. In Bezug auf Menschen mit Beeinträchtigungen können die Maßnahmen jedoch bis dato lediglich als gut gemeinter Anfang verstanden werden. Obwohl zum Beispiel alle relevanten Bereiche auch per Rollstuhl erreichbar sind, bleibt eine bedeutende Barriere: Um überhaupt Seminar- oder Hörsaalgebäude betreten zu können, müssen Rollstuhlfahrer_innen einen speziellen Transponder beantragen. Dieser Hürde begegnen Menschen ohne Rollstuhl nicht. So werden Rollstuhlfahrer_innen in die Rolle von Bittsteller_innen gedrängt. Wenn die betroffene Person einmal

einen Transponder hat, ist der Zugang wiederum relativ komfortabel möglich.

Auch die für Menschen mit Beeinträchtigung reservierten Parkplätze wurden unvorteilhaft eingerichtet: Der Eingang zum Seminargebäude befindet sich zwar nur zwei Meter von den Parkplätzen entfernt. Wegen einer Mauer müssen Rollstuhlfahrer_innen jedoch einen Umweg von dutzenden Metern nehmen, obwohl eine direkte Rampe hätte gebaut werden können. Auf Initiative des StudentInnenRats wird nun nachträglich ein direkter Zugang gebaut.

Problematisch ist zudem die derzeitige Situation an genau diesem Umweg. Aufgrund des Bauverzugs beim Paulinum und der daraus resultierenden Verzögerung bei der zweiten Fahrradtiefgarage mit mehr als 1000 Stellplätzen gibt es momentan nur einen einzigen Zugang für Rollstuhlfahrer_innen. Studierende nutzen diesen Ort jedoch leider als Fahrradabstellplatz und werden so mehr oder minder bewusst zu Diskriminierenden. Weder Flyeraktionen, noch Artikel in Zeitschriften oder Hinweisschilder konnten an diesem Verhalten bisher etwas ändern. Die Universitätsleitung erhofft sich Besserung, indem sie zukünftig dort abgestellte Fahrräder abschleppen lässt und nur gegen Gebühr wieder herausgibt.

Ein ähnliches Verhalten legen zahlreiche Studierende bei der Benutzung der Aufzüge an den Tag. Berichten einiger Rollstuhlfahrer_innen zufolge müssen sie oftmals mehrere Kabinen abwarten, bis sie eine freie erwischen. Auch hier muss wohl künftig speziell darauf hingewiesen werden, dass Aufzüge selbstverständlich bevorzugt von Menschen mit Hilfsmitteln benutzt werden dürfen.

Ursprünglich sollte ein Blindenleitsystem am gesamten Campus installiert werden. Über Tafeln in Braille-Schrift können sehbeeinträchtigte Menschen so per Tastsinn den richtigen Weg finden. In den Boden eingelassene Steine mit Rillen sollen zudem den Weg zu den entsprechenden Tafeln weisen. Leider enden diese Rillenführungen bislang viel zu oft an einer kahlen Wand und eben nicht an einer erklärenden Tafel. Menschen mit Sehbeeinträchtigungen werden so irregeführt. Standardmäßig installiert worden



sind dagegen Aufzüge mit Ansage und fühlbaren Tasten in angemessener Höhe, PC-Pools für Menschen mit Beeinträchtigungen sowie erreichbare Steckdosen und Schalter in den meisten Räumen. Die Fertigstellung des Blindenleitsystems hat zumindest seitens des zuständigen Dezernats die höchste Priorität.

Vor dem Umbau hatten die Verantwortlichen der Universität Leipzig Behindertenverbände und andere Interessenvertretungen konsultiert. Die genannten Beispiele zeigen jedoch, dass die Planer_innen die besonderen Bedürfnisse zwar bedacht, jedoch nicht ideal umgesetzt haben. Um von einer barrierefreien Universität sprechen zu können, müssten noch etliche Vorrichtungen überarbeitet und verbessert werden. Zudem müssen alle Kommiliton_innen und Mitarbeiter_innen der Universität für das Thema Barrierefreiheit sensibilisiert werden. Ignoranz und fehlende Rücksichtnahme können die besten Planungen ad absurdum führen, denn barrierefreie Zugänge nützen niemandem, wenn sie mit Fahrrädern verstellt werden.

Der Autor engagierte sich als Referent für Umbau und Datenschutz im StudentInnenRat der Universität Leipzig



EIN „BÜRGERKRIEG“ DER POLITISCHEN KLASSE GEGEN DIE ARM GEMACHTEN

DISKRIMINIERUNG DURCH HARTZ IV IN LEIPZIG

Naomi-Pia Witte

Hartz IV, mit dem wertneutralen Namen als das „vierte Gesetz für die modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ am 1. Januar 2005 in Kraft getreten, ist mehr als ein Gesetz. Es ist ein marktradikales, wirtschaftsliberales Denkmuster in einer arbeitgesellschaftlichen, sozial getünchten Körperwelt, eine für die Demokratie destruktive Weltanschauung.“

*Friedhelm Hengsbach,
Jesuitenpater und katholischer Sozialethiker*

Der Bezug auf die Menschenwürde, wie er im Paragraphen 1 des Bundessozialhilfegesetzes noch zu finden war, fehlt im für Hartz IV maßgeblichen Sozialgesetzbuch (SGB) II. Stattdessen wird „Fordern und Fördern“ zur Aufnahme jeder zumutbaren Arbeit definiert. Hartz IV wird somit zum „workfare“, also der Gewährung von Hilfen nur bei nachgewiesener Arbeitsbereitschaft des Erwerbslosen. So versteht sich der „aktivierende Sozialstaat“ als Staat, der strafend eingreift. Dabei wurde die ARGE (Arbeitsgemeinschaft zwischen der „Agentur für Arbeit“ und der Kommune) von Anfang an vom Gesetzgeber als Verfolgungsbehörde konstruiert.

Das SGB II liefert die grundlegende legitime Handhabe dazu. Erlasse und Handlungsanweisungen der Arbeitsagentur, die wiederum unter der Aufsicht der Minister_in für Arbeit und Soziales steht, dienen als Ergänzung, wo durch Erfahrung die Durchsetzung der Gesetze besser gewährleistet werden soll. Die ARGE setzt alles durch mit Hilfe individuell durchaus unterschiedlicher Menschen, die zwar eine individuelle Moral besitzen, sich aber dem Handlungsrahmen ihrer Gruppe unterordnen, auch wenn die Aufgabe „mal unangenehm“ ist. Die Moral des Individuums wird also durch den geänderten gesellschaftlichen Orientierungsrahmen und eine situativ gebildete Gruppennorm „kontextuali-

siert“, so dass das Sanktionieren als legitim und vor allem notwendig angesehen wird.

Leider muss man dabei aber feststellen, dass die ARGE Leipzig seit langem in der Sanktionsquote über dem Bundesdurchschnitt liegt. Selbst Großstädte wie Berlin und Hamburg mit ihren sozialen „Problembezirken“ liegen in der Sanktionsquote unterhalb von Leipzig. Insbesondere bei den unter 25-Jährigen ist die Gefahr hoch, dass die Leistungen komplett versagt werden, einschließlich der Kosten für die Wohnung.

So sind mir vor allem zwei Fälle im Gedächtnis geblieben, die ich im Rahmen meiner Sozialberatung begleitet hatte. Einmal der Fall eines jungen Mannes, der verzweifelt in meine Beratungsstunde kam und mich bat, ihm zu helfen. Ihm war die Leistung komplett gestrichen worden, er hatte keinen Cent mehr und ernährte sich nach eigenen Angaben seit Tagen aus der Abfalltonne eines Discounters.

Beim Termin mit dem zuständigen Sachbearbeiter der ARGE stellte sich dann heraus, dass sich der junge Mann geweigert hatte, die Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben. Daraufhin hatte man ihm die Leistung sofort zu hundert Prozent gestrichen. Abgesehen davon, dass eine Sanktion bei der Weigerung, die Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben, rechtlich sehr fragwürdig ist, zeigt der Fall, dass bei Jugendlichen schon kleine „Vergehen“ zu einer existenzbedrohenden Streichung der Leistungen führen kann.

Im zweiten Fall wurden einer jungen Mutter mit einem zehn Monate alten Baby die Leistungen komplett gestrichen, weil sie, wie es so schön heißt, „unerlaubt ortsabwesend“ war. Was heißt, sie hatte ihre Familie in Stuttgart besucht, ohne die ARGE um Erlaubnis zu fragen. Und da sie ja ein Kleinkind zu

versorgen hatte, was ohne die Leistungen von der ARGE schlicht unmöglich war, hatte die Sachbearbeiterin der ARGE auch gleich noch das Jugendamt informiert, dass ein Fall von Kindeswohlgefährdung vorliege, da die junge Mutter ohne Geld ihr Kind ja nicht versorgen könne. Ich weiß nicht, was die junge Frau mehr geschafft hat: Der Brief von der ARGE über die Versagung der Leistungen oder der Brief vom Jugendamt über die Vermutung der Kindeswohlgefährdung mit der Androhung ihr das Kind wegzunehmen. Auf jeden Fall war die Frau in einem desolaten psychischen Zustand als wir zu ihr Kontakt aufgenommen hatten. Glücklicherweise hatte der Mitarbeiter des Jugendamtes unsere Sozialberatungsstelle gebeten, uns um die Frau schnell und unbürokratisch zu kümmern.

Auch wenn durch schnelles Eingreifen in beiden Fällen den Betroffenen geholfen werden konnte, zeigen die Fälle doch, dass durch den Gedanken des workfare das Recht auf Sozialhilfe in ein Tauschverhältnis überführt wird, das heißt, Leistung nur noch bei Gegenleistung bzw. dem geforderten Wohlverhalten. Damit findet aber eine massive Entrechtung statt. Denn nur das Recht ist der Modus, paternalistische Gnadenpraktiken zu überwinden, die man eher im Kaiserreich vermuten würde als in einem demokratischen Rechtsstaat.

Doch es müssen nicht nur die dramatischen, existenzbedrohenden Fälle sein, die diskriminierend auf die Betroffenen wirken. Für Tausende von Menschen ist es der tägliche Kleinkampf mit dem Amt, der sie zermürbt. Hinzu kommen die regelmäßigen Ausfälle von Politiker_innen und Teilen der Presse gegen die „Sozialschmarotzer“, die nicht gerade dazu beitragen das Ansehen der Erwerbslosen in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

So zielt die Streichung der Posten für Bier und Zigaretten aus der Regelleistung, die geschickt medial inszeniert wurde, nur darauf, die Betroffenen zu stigmatisieren. Dass dieser Posten eine rein statistische Größe ist und von vielen Familien das Geld für andere Artikel als Bier und Zigaretten verbraucht wurde, spielt dabei keine Rolle. Der offenbar gewünschte Eindruck bleibt: Die Regierung macht Schluss mit der Sucht auf Staatskosten. Dass dabei von der Ministerin Von der Leyen noch betont wurde, dass es Geld weder für legale als auch für illegale Drogen gebe, macht das Spiel besonders perfide.

Und so wundert mich auch nicht der Fall, der mir in den letzten Tagen zugetragen wurde: Eine Frau hatte ihren Antrag auf Arbeitslosengeld II ausgefüllt

und war mit allen erforderlichen Unterlagen zum Termin bei der ARGE erschienen. Penibel verglich die Sachbearbeiterin die im Antrag gemachten Angaben mit den mitgebrachten Unterlagen. Als sie im Antragsbogen „Vermögen“ zum Punkt 2.2 mit der Frage „Verfügen Sie oder eine Person der Bedarfsgemeinschaft über Bargeld?“ kam, forderte sie die Antragstellerin auf, ihr Portemonnaie auf den Tisch zu legen. Seelenruhig zählte dann die Sachbearbeiterin das sich im Geldbeutel befindliche Bargeld nach.

Abgesehen davon, dass es völlig unsinnig ist, das Bargeld nachzuzählen, das eine ALG-II-Bezieherin mit sich herumträgt – schließlich trage auch ich nur so viel Bargeld mit mir herum, wie ich gerade benötige –, gelten ja die Vermögensfreibeträge auch für Bargeld, das man zu Hause in der Kassette lagert. So unsinnig es also ist, einer Antragstellerin das Bargeld nachzuzählen, so wirksam ist die Aktion doch in anderer Weise. Dem betroffenen Menschen wird so von Anfang an klargemacht wer in dieser Konstellation „Herr“ und wer „Knecht“ ist.

Zum Schluss bleibt noch, ein Ausblick auf das Kommende zu werfen. Mit dem 1. Januar 2011 wird sich im Bereich des SGB II einiges ändern. Zum einen musste die weitere Zusammenarbeit der Kommunen mit der Bundesagentur durch eine Grundgesetzänderung ermöglicht werden. Zum anderen werden im SGB II weitreichende Änderungen vorbereitet.

Der Referentenentwurf zu den Änderungen zum SGB II gibt Auskunft, wohin die Reise gehen soll. So sollen unter anderem die Zeiten für die nachträgliche Überprüfung von Bescheiden von vier auf ein Jahr verkürzt werden, der Sanktionsparagraf wird vereinfacht, um Widersprüche gegen die Sanktionen zu erschweren. Außerdem soll die Möglichkeit gegeben werden, die Kosten der Unterkunft zu pauschalisieren und vieles mehr.

Und natürlich nicht zu vergessen: Die Streichung des Elterngeldes. Zeugt es doch von Heuchelei, gerade im „Europäischen Jahr gegen Armut und Ausgrenzung“ bei HartzIV-Empfänger_innen rigide zu streichen. Dieses Verhalten gibt ein klares Signal: Die Kinder aus den Armutsfamilien wollen wir nicht, die Gesellschaft will Kinder aus den besserverdienenden und gut ausgebildeten Familien. Diese Diskriminierung und Ausgrenzung der Hartz-IV-Familien ist nur noch schwer zu übertreffen.

Die Autorin ist Sozialwirtin und Sprecherin für Sozialpolitik der Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat

DEN SINN VON ARBEIT HINTERFRAGEN

GUILLAUME PAOLI, HAUSPHILOSOPH, ÜBER GLÜCKLICHE ARBEITSLOSE UND UNGLÜCKLICHE ARBEITNEHMER_INNEN



Guillaume Paoli ist Philosoph, Soziologe und Publizist. Er wurde 1959 geboren und beschreibt sich selbst als „französischen Staatsbürger korsischer Abstammung und internationaler Gesinnung“. Er lebt seit 1992 in Berlin und hat 1996 die Bewegung der „Glücklichen Arbeitslosen“ mitbegründet. Dabei handelte es sich nicht um eine feste Gruppierung, sondern um „Menschen, die arbeitslos und glücklich sind oder die gern arbeitslos und glücklich sein möchten“ sowie diejenigen, die „gern arbeiten (jaja, wir kennen welche), doch die Möglichkeit einer glücklichen Arbeitslosigkeit für andere unterstützen“. So heißt es zumindest auf der Homepage www.diegluecklichenarbeitslosen.de, auf der viele Texte der Gruppe nachzulesen sind.

Paoli gab in der Folge die Zeitschrift MÜSSIGGANGSTER heraus, veröffentlichte mehrere Bücher und Essays, darunter den Sammelband „Mehr Zuckerbrot, weniger Peitsche“ (Tiamat Verlag, Berlin 2002), und betätigte sich als „Demotivationstrainer“. Letzte Veröffentlichungen: „Du bist nicht allein, Sklave“ (SuKuLTuR, Berlin 2008) und „Éloge de la démotivation“ (éditions lignes, Paris 2008). Seit September 2008 wirkt er als Hausphilosoph am Leipziger Centraltheater, wo er unter anderem die „Prüfgesellschaft für Sinn und Zweck“ (PSZ) leitet und jeden Montagnachmittag in seiner „Philosophischen Praxis“ für einen unverbindlichen und gebührenfreien Gedankenaustausch zur Verfügung steht. Weitere Informationen: www.schauspiel-leipzig.de/index.php?id=37

■ Der heutige „Hausphilosoph“ des städtischen Centraltheaters, Guillaume Paoli, wurde in den 90er Jahren als ein Vertreter der „Glücklichen Arbeitslosen“ bekannt. Was lag also näher als sich mit ihm über die Situation von Hartz-IV-Empfänger_innen und deren Diskriminierungserfahrungen zu unterhalten? Paoli selbst hielt davon jedoch zunächst eher wenig. Immerhin sei er mittlerweile nicht mehr arbeitslos, könne also auch nicht für andere Arbeitslose sprechen. Schließlich ließ er sich aber trotzdem auf ein Gespräch in seiner „Philosophischen Praxis“ ein, das sich unter anderem um die paradoxe Professionalisierung der „Glücklichen Arbeitslosen“ und um die generelle Diskriminierung durch die Arbeitswelt drehte.

Herr Paoli, wie kam es 1996 eigentlich zur Gründung der Glücklichen Arbeitslosen?

Guillaume Paoli: Ich war damals arbeitslos und viele von meinen Bekannten in Berlin auch. Uns ging es gut, wir hatten Zeit zu tun, was wir wollten. Wir haben eigentlich dasselbe gemacht wie heute, nur dass wir von Arbeitslosenunterstützung gelebt haben. Das war nicht üppig, aber genug. Allerdings waren auch die Mieten niedriger als heute. Und es gab weniger Kontrollen vom Arbeitsamt. Das war also schon etwas wie ein Grundeinkommen, nur dass es nicht so genannt wurde.

In den Medien wurde diese Praxis aber nicht thematisiert. Darum haben wir beschlossen, das öffentlich zu machen. Wir haben damit kein bestimmtes Ziel verbunden, es war zunächst nur ein Statement: Seht her, es gibt keinen Grund, ein schlechtes Gewissen zu haben, nur weil man arbeitslos ist. Das ist kein individuelles Problem, sondern hat strukturelle Gründe – es gibt in der Wirtschaft nicht mehr genug Arbeit für alle. Warum sollte deshalb also jemand in ein schwarzes Loch fallen, nur weil er arbeitslos ist?

Und wie haben die Leute darauf reagiert?

Es haben sich Hunderte von Menschen bei uns gemeldet. Es kamen Briefe aus ganz verschiedenen Ecken. Nicht nur aus den Städten, sondern auch vom Land, wo Menschen vom Arbeitslosengeld lebten und sich nebenbei um ihren Garten kümmerten. Daraufhin haben wir mehrere Treffen mit diesen Menschen gemacht, in verschiedenen Städten und immer in öffentli-

chen Räumen, zum Beispiel mitten in einer Einkaufsstraße. So kam es auch zu Kontakten mit Leuten, die zufällig da vorbeigingen. Natürlich gab es auch negative Reaktionen. Die Bild-Zeitung schrieb von mir als „frechstem Arbeitslosen Deutschlands“, der zudem noch aus Frankreich stammt.

Und es haben sich auch Arbeitslose bei uns gemeldet, die gar nicht glücklich mit ihrer Situation waren. Wir haben dann versucht zu definieren, weshalb Arbeitslose eigentlich unglücklich sind. Das wenige Geld ist eine Sache. Aber es gibt auch die „Working Poor“, die viel arbeiten, aber trotzdem kaum Geld haben. Eine andere Sache ist der Umgang mit den Ämtern. Das konnte auch damals schon schwer sein. Ein dritter Punkt ist das Ansehen, dass man von anderen Menschen, von der eigenen Familie und von Bekannten als „arme Sau“ oder als „Schnorrer“ betrachtet wird. Aber das ist nur ein Bild, und das kann man verändern.

Viele Menschen antworten auf die Frage: „Was machst du?“ mit „Ich bin arbeitslos“ oder „Ich bin Hartz-IV-Empfänger“. Weil sie sich so stark über Arbeit definieren. Oft sehen sich Langzeitarbeitslose dann auch selbst als Versager. Die Aussage: „Ich bin ein glücklicher Arbeitsloser“ schafft da ein ganz anderes Bild, ein anderes Selbstbild.

Wie ging es dann mit den Glücklichen Arbeitslosen weiter?

Wir wurden sehr schnell mit dem Thema identifiziert. Das war schon paradox, gewissermaßen eine „Professionalisierung der Glücklichen Arbeitslosen“. Problematisch war auch, dass wir als Anführer angesehen wurden, als Fürsprecher für die Arbeitslosen. Andere Leute haben erwartet, dass wir Lösungen für sie haben. In Interviews mit den Medien haben wir deshalb immer betont, dass wir keine Vertreter der Arbeitslosen sind, sondern nur für uns selbst sprechen. Einladungen in Fernsehshows haben wir abgelehnt, da man dort sehr schnell in die Rolle eines „Hanswurst“ gerät. Wir wollten dieses Spiel, diesen Medienhype nicht mehr mitspielen. Bald hatten wir keine Zeit mehr für andere Sachen, und es wurde auch eintönig.

Bei vielen von uns hatte sich inzwischen die biographische Situation verändert. Ich wurde vom Arbeitsamt in die Selbstständigkeit „entlassen“. Die haben Druck gemacht, wollten plötzlich jeden Tag etwas von mir. Andere von uns sind ausgewan-

dert oder haben einen Job gefunden. Durch die Glücklichen Arbeitslosen haben wir plötzlich – ohne dass wir das beabsichtigt hätten – Job-Angebote für verschiedene Sachen erhalten. So hat sich zum Beispiel auch ergeben, dass ich heute hier beim Theater arbeite. Und sobald wir nicht mehr arbeitslos waren, konnten wir auch nicht mehr über die Situation von Arbeitslosen sprechen.

Was haben die Glücklichen Arbeitslosen denn bewirkt?

Wir haben keine Massenbewegung ausgelöst. Aber immerhin haben wir gezeigt, dass es nicht unmöglich ist, das zu thematisieren und Diskussionen darüber auszulösen. Real haben wir natürlich nichts bewirkt, null. Also Hartz IV und so weiter konnten wir nicht verhindern. Vielleicht sind wir sogar mit Schuld daran. Die Aussage „Es gibt kein Recht auf Faulheit“ des damaligen Bundeskanzlers Schröder ist ja fast so etwas wie eine Reaktion auf unsere Thesen.

Was hat sich inzwischen durch die Hartz-IV-Gesetze verändert?

Dadurch hat sich die Situation für die Betroffenen verschlimmert. In meinem Freundeskreis gibt es nur zwei, drei Leute, die noch Arbeitslosengeld beziehen. Die meisten versuchen, andere Wege zu finden. Aber das hat dann auch viel mit Selbstausbeutung zu tun. Gleichzeitig steigen die Kosten für alles Mögliche. Es ist heute schwieriger, mit Hartz IV zurechtzukommen als früher mit dem Arbeitslosengeld.

Die Möglichkeiten, alles etwas entspannter zu beobachten, sind geringer geworden. Nicht nur bei den Arbeitslosen, sondern zum Beispiel auch bei den Studierenden. Durch die Bologna-Reform werden doch nur noch Fachidioten für die Arbeitswelt herangezogen. Alles ist viel zeitintensiver geworden.

Vor zehn Jahren war die Vorstellung, dass die Verhältnisse sich auch ändern können, noch mehr vorhanden. Das hat stark abgenommen. Von Vollbeschäftigung als offiziellem Ziel redet heute kein Mensch mehr. Es geht nur noch darum, die Hartz-IV-Empfänger zu verwalten, und das soll möglichst nicht viel kosten. Die Frage nach dem Sinn der Arbeit wird gar nicht mehr gestellt.

Wird sich die gesellschaftliche Stimmung irgendwann mal wieder verändern?

Ich hoffe es. Zurzeit sehe ich aber keine Anzeichen dafür. Es herrscht eher Resignation, es gibt viel Ohnmacht. Die geringen Chancen auf einen guten Job führen eher dazu, dass sich alle noch stärker darum bemühen, sich zu qualifizieren und ja keine Chance auslassen. Gerade habe ich im Spiegel von einer Umfrage gelesen, dass die Mehrheit der Deutschen gegen die Erhöhung der Hartz-IV-Sätze ist. Empathie für Arbeitslose entwickelt sich nur dann, wenn man auch die eigene Arbeit anders sieht.

Inwieweit könnte Bürgerarbeit oder ein öffentlicher Beschäftigungssektor eine Lösung für das Problem der Arbeitslosigkeit sein?

Über Bürgerarbeit, für die Arbeitslose herangezogen werden sollen, wurde schon damals diskutiert. Die Frage dabei ist: Wer definiert eigentlich, was als „Bürgerarbeit“ gelten soll? Es gibt ja keine klare Grenze zwischen gesellschaftlich relevanten und irrelevanten Tätigkeiten. Das gilt auch für die Arbeitswelt: Banken, Werbeagenturen – sind die wirklich nützlich? Heute entscheidet darüber der Markt, aber ist der Markt dafür wirklich so relevant?

Es bräuchte also einen grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel?

Ja natürlich, aber wir wollten damals mit den Glücklichen Arbeitslosen nicht über eine bessere Zukunft reden, sondern über eine bessere Gegenwart. Deshalb waren wir auch skeptisch gegenüber der Idee des Grundeinkommens. Es gibt keine Chance, das in der gegenwärtigen Politik durchzusetzen. Und wer zu sehr in die Zukunft schaut, der verliert die Gegenwart aus dem Blick.

Was hatten Sie denn für Ideen für die Gegenwart?

Konkret haben wir gefordert: Die Arbeitsämter sollen sich darauf beschränken, das Geld auszuzahlen, und nicht so tun, als könnten sie wirklich Arbeit vermitteln.

Und dadurch würde die Diskriminierung der Arbeitslosen aufhören?

Es handelt sich ja nicht nur um eine Diskriminierung von Arbeitslosen, sondern generell um eine Diskriminierung durch die Arbeitswelt und den Arbeitsmarkt. In Diskussionen mit Beschäftigten haben wir immer gefragt: Wenn es die Notwendigkeit, Geld zu verdienen, nicht gäbe, würden Sie dann das, was Sie tun, weiter so tun? Alle haben gesagt: Nein, zumindest nicht in dem Ausmaß. Wobei das auch abhängig ist von den konkreten Arbeitsverhältnissen. Eine Kassiererin im Supermarkt würde sicher gern weniger arbeiten. Oder Call-Center-Jobs – das ist eine ziemlich nervige Arbeit. Aber mir hat einer gesagt: „Ich mag das, ich vermittele gern meine Kenntnisse. Das Problem dabei ist nur, dass ich eigentlich nicht länger als drei Minuten mit einem Kunden reden darf. Und ich soll ihm natürlich bestimmte Computerprogramme verkaufen.“

Es gibt nicht nur den starren Gegensatz zwischen Arbeitern und Arbeitslosen. Auch weil fast jeder schon mal arbeitslos war. Ausgegrenzt aus der Gesellschaft ist auch jemand, der voll in die Arbeitswelt integriert ist und dadurch keine Zeit mehr für sich hat. Die Isolation haben Arbeitnehmer und Arbeitslose also gemeinsam. Entweder wenig Zeit oder wenig Geld.

Das Gespräch führte chronik.LE

STAATLICH GEFÖRDERTE MENSCHENRECHTSVERLETZUNG

DAS MEDINETZ ORGANISIERT WIDERSTAND GEGEN DEN AUSSCHLUSS ILLEGALISierter AUS DEM GESUNDHEITSSYSTEM

von **chronik.LE**

„Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so eine einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Pass niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.“

Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche 1940/41

Die Grenzen sind unsichtbar geworden. In dem Maße, in dem die Europäische Union seit Jahren ihre Außengrenzen mit immer militärischeren und technischen Mitteln bis zur nahezu vollständigen Undurchdringlichkeit aufgerüstet hat, haben sich die innereuropäischen Grenzen aufgeweicht und ihren Charakter verändert. Sie trennen nicht mehr Territorien, sondern vor allem Menschen voneinander. Sie verlaufen nicht mehr (nur) an der Staatsgrenze, sondern an Bahnhöfen, in Innenstädten, auf Ämtern und Behörden. Die Grenze ist überall, wo Menschen befürchten müssen, nach Papieren gefragt zu werden. Für schätzungsweise 4.000 bis 10.000 Leipziger_innen ist die beständige Angst davor, entdeckt zu werden, bittere Realität. Eine Realität, die auch ihre Menschenrechte massiv beschneidet. Behördliche Statistiken über die Leipziger Bevölkerung gehen davon aus, dass ca. 10 Prozent der in Leipzig lebenden Menschen einen Migrationshintergrund besitzen. Hinter dieser Zahl verschwinden Migrant_innen, die notwendig ungezählt bleiben, da sie gezwungen sind, sich jeder offiziellen Registrierung ihres Daseins zu entziehen. Weil sie keinen deutschen Pass besitzen und auch keine sonstigen Papiere, die ihnen ein Aufenthaltsrecht gewähren, bleiben sie als so genannte „illegale Einwanderer_innen“ vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. Manche sind als Student_innen gekommen und nach Ablauf ihres Visums geblieben, einige wurden in ihren Herkunftsländern verfolgt, andere wurden von bereits hier lebenden Familienangehörigen nachgeholt. Viele leben seit mehreren Jahren in Deutschland und können oder wollen nicht in ihre

Herkunftsländer zurückkehren, andere sind nur auf der Durchreise oder pendeln.

Zwei Aspekte treffen allerdings auf alle zu: Sie wollen selbst ihr Leben und ihren Aufenthaltsort bestimmen und sie werden dafür kriminalisiert. Als „Papierlose“ ist es ihnen aber nicht nur unmöglich ein offizielles Arbeitsverhältnis einzugehen. Neben dem Ausschluss von ganz alltäglichen Vorgängen wie dem Besuch von Bildungseinrichtungen, der Eröffnung eines Bankkontos, dem Abschluss von Handy-Verträgen oder der Anmietung einer Wohnung bleiben ihnen durch die ständig drohende Gefahr, inhaftiert und abgeschoben zu werden, auch grundlegende Menschenrechte verwehrt. Dies verschärft im Besonderen die gesundheitliche Situation vieler Migrant_innen.

■ Gesundheit ist ein Menschenrecht

Juristisch werden Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus dem Asylbewerberleistungsgesetz zugeordnet und haben damit Anspruch auf medizinische Versorgung bei akuten oder schmerzhaften Erkrankungen. Die im Gesetz festgeschriebene Minimalbehandlung ist jedoch nicht nur eine völlig unzureichende Gesundheitsversorgung, sie verstößt gegen das Menschenrecht auf Gesundheit. Dieses im Sozialpakt der Vereinten Nationen festgeschriebene Recht sieht einen gleichberechtigten Zugang aller Menschen zu medizinischer Versorgung vor.

Um überhaupt ihren Anspruch auf medizinische Versorgung geltend machen zu können, müssen sich Menschen ohne Papiere in Deutschland an das Sozialamt wenden. Wie alle öffentlichen Stellen ist das Sozialamt aber gesetzlich zur Meldung der antragsstellenden Person an die Ausländerbehörde verpflichtet. Da die Ausländerbehörde ihr bekannt gewordene Papierlose auf schnellstem Weg abschiebt, können diese die ihnen gewährte medizinische Minimalversorgung also nur um den Preis ihrer eigenen Abschiebung wahrnehmen. Folglich gehen die Betroffenen wenn überhaupt erst dann zum Arzt, wenn ihre Krankheit schlimmer ist als die drohende Abschiebung. Das Recht auf Gesundheit wird durch diese Meldepflicht der Sozialämter faktisch außer Kraft gesetzt.

■ Das Medinetz Leipzig

Eine Gruppe engagierter Leipziger_innen hat sich Anfang 2009 zusammengefunden, um diesen Missständen nicht länger tatenlos zuzusehen. Im Rahmen zweier Schwerpunkte ihrer Tätigkeit arbeitet sie daran, diesem institutionellen Rassismus des Gesundheitswesens etwas

GLOSSAR

Institutioneller Rassismus

Es sind nicht nur einzelne Individuen oder kleine Gruppen, die andere Menschen aufgrund bestimmter Charakteristika und Zuschreibungen stigmatisieren und ausgrenzen. Weniger offensichtlich, aber nicht minder diskriminierend wirken Deutungs- und Handlungsmuster, die in der Gesellschaft weit verbreitet und fest in ihre Strukturen eingebettet sind. Institutionelle Diskriminierung

kann beispielsweise in Form von Gesetzen direkt (z.B. Asylrecht) oder durch spezifische Praktiken und Wertvorstellungen in der Arbeit bestimmter Institutionen (z.B. Ämter, Polizei, Justiz) indirekt wirksam werden. So kommt es häufig zwangsläufig und ohne individuelle Absicht zu Ein- und Ausschlüssen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen.

entgegen zu setzen. Dafür leisten die ehrenamtlichen Helfer_innen einerseits praktische Hilfe bei der Vermittlung von anonymen medizinischen Behandlungen für Flüchtlinge und Migrant_innen ohne Papiere. Als politische Initiative treten sie darüber hinaus für eine Gestaltung des Gesundheits- und Ausländerrechts ein, dass die Menschenrechte ernst nimmt und ihre Einhaltung für alle in Deutschland Lebenden gewährt.

Im ersten Jahr des Bestehens konnten durch die Arbeit des Medinetz Leipzig 12 Patient_innen behandelt werden. Eine noch recht geringe Zahl, die mit dem Bekanntheitsgrad der Initiative und dem Aufbau von Vertrauen sicherlich steigen wird. Da die Aktivist_innen die Patient_innen nicht selbst behandeln, muss ein umfangreiches Netzwerk aus Spezialist_innen und Einrichtungen der jeweiligen medizinischen Fachbereiche aufgebaut und betreut werden, deren Teilnehmer_innen bereit sind, illegalisierte Patient_innen anonym und möglichst kostengünstig zu behandeln. Bei komplizierten Operationen bedeutet dies beispielsweise immer wieder aufs Neue aufwändige Einzelverhandlungen mit Krankenhäusern und entsprechenden Fachärzt_innen.

Erfreulich ist jedoch, dass viele Ärzt_innen und Krankenhäuser bereitwillig helfen. Juristisch gehen diese dabei übrigens kein Risiko ein – als Beihilfe zum illegalen Aufenthalt wird die medizinische Behandlung papierloser Menschen in Deutschland nicht gewertet. Im Gegenteil, sie fällt unter die „ärztliche Schweigepflicht“. Der „verlängerte Geheimnisschutz“ gilt darüber hinaus auch für das Verwaltungspersonal von Krankenhäusern und Sozialämtern, die solche Behandlungen abrechnen dürfen, personenbezogene Daten jedoch nicht an die Ausländerbehörde weiterleiten dürfen.

Einem Sprecher des Medinetz zufolge steht jedoch zu befürchten, dass sich noch nicht alle Sozialämter an diese erst im Oktober 2009 geänderte Rechtslage halten. Das Medinetz Leipzig ist Teil eines bundesweiten Netzwerkes mit Gruppen in anderen Städten, die so neben der konkreten lokalen Hilfe vor allem ihre politischen Forderungen koordinieren. Eine davon ist die Abschaffung der Meldepflicht der Sozialämter an die Ausländerbehörde im Falle der Antragsstellung auf Übernahme von Behandlungskosten durch Illegalisierte – eine menschenfeindliche Verwaltungspraxis, die nach Angaben der Medinetze einmalig in Europa ist. Der „verlängerte Geheimnisschutz“ gilt nämlich erst im Nachgang einer Behandlung. Er kommt aber nicht zum Tragen, wenn der Patient selbst seine Daten im Zuge eines Antrags auf Kostenübernahme dem Sozialamt offenbart.

Bis zur Abschaffung dieser Praxis bietet sich als lokale Insellösung aber auch die Einführung eines so genannten „anonymen Krankenscheins“ an. Der anonyme Krankenschein ist ein Instrument, die Meldepflicht der Sozialämter bei der Kostenübernahme für die Behandlung von Migrant_innen ohne Papiere auszuhebeln. Über eine kommunale, öffentliche Lotsenstelle könnten Krankendaten von den behandelnden Ärzt_innen anonymisiert zu den Sozialämtern weitergeleitet werden. So könnte die gesetzlich garantierte Kostenübernahme im Einklang mit dem Menschenrecht auf Gesundheit gewahrt werden. Die grundsätzliche Forderung jedoch bleibt: Ein Gesundheitssystem muss offen und zugänglich für alle sein. Es darf keine staatliche Hinderung geben, die dazu führt, dass einigen Menschen faktisch das Recht auf medizinische Versorgung verwehrt wird. Das Medinetz Leipzig erklärt: „Unsere Arbeit ist keine Lösung, sondern ein notwendiges Provisorium in einer inakzeptablen Situation.“

MEDINETZ LEIPZIG – PRAKTISCHE HILFE FÜR MENSCHEN OHNE PAPIERE

Medinetz Leipzig vermittelt medizinische Behandlungen für Flüchtlinge und Migrant_innen ohne Papiere. Soweit möglich, sind diese Behandlungen kostenlos. Zu der offenen Sprechstunde sind wir persönlich und telefonisch erreichbar. Menschen, die uns aufsuchen, bleiben anonym – wir erfragen lediglich den Vornamen. In der Regel sind während der Sprechzeiten zwei Personen anwesend, von denen mindestens eine medizinische Kenntnisse besitzt. Auf Basis der Beratungsgespräche erfolgt eine Weiterleitung an niedergelassene Ärzt_innen Krankenhäuser, Krankengymnast_innen oder Hebammen, die mit uns zusammenarbeiten. Bei Bedarf versuchen wir, Übersetzer_innen und Kontakte zu anderen Beratungsstellen zu vermitteln.

medinetz leipzig e.V.

Kurt-Eisner-Str. 40

04275 Leipzig

Telefon: 0341 - 125 98 41

eMail: medinetz-leipzig@gmx.de

Web: www.medinetz-leipzig.de



Unterstützen sie die Arbeit von medinetz mit einer Spende:

BLZ: 430 609 67

Konto: 111 046 14 00

GLS Bank

NUR DIE FAKTEN STERBEN AUS

ZU WISSENSCHAFTLICHEM WERT, POLITISCHEM ZWECK UND DISKRIMINIERENDER FUNKTION VON BEVÖLKERUNGSPROGNOSEN

von **chronik.LE**

„Die BRD führt uns unaufhaltsam in den Volkstod“, wurde unlängst auf einer Neonazi-Website aus dem Leipziger Umland schwadroniert. „Der finale Todesstoß wird mit der Überfremdung unserer Heimat mittels herangekarrter Migrant*innen gesetzt.“ Solche apokalyptischen Äußerungen sind Werbung für nationalsozialistische Ideologie. Schon 1984 rechnete der neonazistische „Schutzbund für das deutsche Volk“ (SDV) vor, in 300 Jahren werde es nur noch 6400 Deutsche geben. Der Gründung des SDV ging 1981 das so genannte „Heidelberger Manifest“ voraus, in dem eine Hand voll deutscher Professoren per Unterschrift ihre Besorgnis über eine angebliche „Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums“ ausdrückten.

Den Ton in dieser Frage geben heute jedoch nicht Neonazis an. Deren Sorge um das „deutsche Volk“ teilen aber beispielsweise Politiker wie Thilo Sarrazin, der kein Neonazi, sondern SPD-Mitglied und Vorstand der Deutschen Bank ist. Seine Variante der Volkstodthese kommt mit Hilfe unseriöser statistischer Prognosen zu einem noch fataleren Rechenergebnis: „Die deutsche Gesellschaft scheint mir gegenwärtig ziemlich gefährdet“, denn „in 80 Jahren gibt es keine Deutschen mehr“ (Westfälische Rundschau, 29.05.2010).

■ Irrationale Ängste mit Tradition

Debatten um die Bevölkerungsentwicklung sind in der Bundesrepublik seit Beginn der 1980er Jahre ein präsent*es Motiv der medialen Berichterstattung, zu dem sich alle politischen Lager bei verschiedensten Anlässen positionieren: Ist die Rente sicher, wenn die Menschen immer älter werden und ihre

Zahl die der arbeitenden Bevölkerung übersteigt? Kann sich der Staat unter diesen Bedingungen ein aufwändiges Sozialsystem noch leisten? Brauchen wir angesichts solcher Prognosen mehr Jobs, beispielsweise im Niedriglohnbereich? Oder einfach weniger staatliche Regulation? Und mehr oder weniger Zuwanderung?

Das mediale Alarmgeschrei hat eine lange Geschichte voller waghalsiger Statements, die jeder Wissenschaftlichkeit spotten: 1965 überraschte das Buch „Too Many Americans“ die US-amerikanische Öffentlichkeit mit folgender Prognose: „Um die Existenz von weiteren 180 Millionen Menschen zu sichern, die es in 44 Jahren [...] geben wird, müssten in diesem Land Veränderungen der Lebensumstände in Gang gesetzt werden, die so radikal wie alle Veränderungen sind, die sich seit Kolumbus ereignet haben.“ In Deutschland machte man sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg Sorgen um die niedrige Geburtenrate im Vergleich zum „Erzfeind“ Frankreich. Die „Wehrfähigkeit“ der angeblich „überalterten Deutschen“ schien in Gefahr. Bei den Nazis populär wurden in den 1930er Jahren die Thesen des deutschen Bevölkerungswissenschaftlers Friedrich Burgdörfer, der von einem „Volk ohne Jugend“ sprach, dem durch Zuzug „volksfremder Elemente“ „Unterwanderung“ und „auf Dauer die Umvolkung“ drohe. 2010 schreibt Thilo Sarrazin in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“: „Deutschland wird nicht mit einem Knall sterben. Es vergeht still mit den Deutschen und der demografisch bedingten Auszehrung ihres intellektuellen Potenzials“.

Tatsächlich gab es 1965 etwa 160 Millionen US-Amerikaner_innen, heute sind es etwas über 300 Millionen. Die Prognose, die fast ein halbes Jahrhundert überbrücken sollte, lag also mit satten 40 Millionen daneben. Und die Prognostiker_innen gingen ebenso fehl in ihrer Annahme, eine vergrößerte Be-

Bild: Screenshot Website Blue Caps, Faksimile Der Spiegel, NPD Aufkleber



Einig in der Angst vor dem Untergang:*

Leipziger Nazischläger BlueCaps LE, Der Spiegel, die NPD und Sarrazin

völkerung könne nicht „existieren“. Das beruht auf der kurzfristigen Überlegung, bei steigender Bevölkerung teile sich alles Vorhandene durch immer mehr Menschen – es bliebe für die Einzelne also immer weniger übrig. Nicht bedacht wird dabei, dass sich eine Gesellschaft binnen eines halben Jahrhunderts so stark verändern kann, dass die Lebensumstände der Bevölkerung wirklich radikal andere geworden sind und deshalb das befürchtete „Existenzproblem“ gar nicht aufwerfen.

Auch die deutsche „Bevölkerungswissenschaft“, die seit mehr als hundert Jahren „Schrumpfung“, „Bevölkerungsrückgang“ oder gar das Aussterben der „Deutschen“ prognostizieren, lag bislang meilenweit daneben. Mit mehr als 82 Millionen ist die Einwohnerzahl der BRD Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts auf ihrem Höchststand. In diese Zahl geht aber noch ein weiterer weltweiter Trend ein: Die Sterberate sinkt, das heißt, die durchschnittliche Lebensdauer steigt. Dass die Bevölkerung „ausstirbt“ kann man schon wegen der immer größeren Lebensspanne aller Einzelnen nicht behaupten. Wie groß nun die Bevölkerung in einigen Jahrzehnten sein könnte, lässt sich durch die Entwicklung von Wachstumsrate und Sterberate mit statistischen Verfahren wenn überhaupt nur grob abschätzen. Unter welchen Lebensumständen eine künftige Bevölkerung leben wird, kann man aber beim besten Willen nicht vorhersagen. Und deswegen ist völlig offen, ob ein Ansteigen oder Absinken der Bevölkerungszahl „gute“ oder „schlechte“ Folgen für die jeweiligen Bewohner_innen haben wird.

■ Demografie und Migration

Die Fakten klingen also überhaupt nicht nach dem, was schillernde Begriffe wie „demografische Katastrophe“ suggerieren. Dennoch ist dies seit den 1980er Jahren ein häufiges Thema der deutschspra-

chigen Massenmedien geworden. Als geradezu existentielle Frage ist die Demografie als Schlagzeile zur gleichen Zeit aufgekommen, in der die Öffentlichkeit über die Gefahr eines Atomkriegs diskutiert hat, und sie ist sogar ähnlich dramatisch geschildert worden: Zunächst als unheilvolle „Bevölkerungsexplosion“ der Länder der so genannten „Dritten Welt“ und, besonders um 1990, in den Auswirkungen auf die Industriestaaten durch verstärkte Migrationsströme. Danach hat das Vorzeichen gewechselt, hin zur „Implosion der Bevölkerung“. Im Mittelpunkt steht seither folgendes Szenario in der Bundesrepublik: Schrumpfende Einwohnerzahlen in entindustrialisierten Landstrichen der früheren DDR, die „umgedrehte Bevölkerungspyramide“, Angst vor dem „Fachkräftemangel“ und so weiter.

Dabei fällt erstens auf: Die Verknüpfung der Debatten um Demografie und Einwanderung vollzieht sich in der Regel aus Perspektive der deutschen „Eingeborenen“. Betont wird die Auswirkung von Migration auf Deutschland und die „angestammte“ Bevölkerung. Die Perspektive der Migrant_innen selbst spielt äußerst selten eine Rolle oder wird nur unter negativen Aspekten thematisiert.

Zweitens fällt auf: Wenn in den Medien eine Bevölkerungszahl angeführt wird, scheint eine bestimmte Vorstellung mitzuschwingen, welche Zahl und welche Verteilung „normal“ ist: Wie viele Junge und Rentner_innen, Arbeitende und Arbeitslose, Studierende und Azubis, „Deutsche“ und „Ausländer_innen“ soll es geben? Ein solches „Normalmaß“ existiert aber nicht, das zeigte die dynamische Entwicklung bisher aller Gesellschaften, in denen sich niemals irgendein „natürliches Gleichgewicht“ eingestellt hat.

Für „normal“ wird kurzerhand das gehalten, was für die eigene Perspektive von Vorteil ist: Auf dem



Höhepunkt der rassistischen Diskussion über Zuwanderung – die Anfang der 1990er Jahre in etliche Brandanschläge auf Heime für Asylbewerber_innen gemündet ist – wurde das Asylrecht so gut wie abgeschafft. Nachdem durch Jürgen Rüttgers folgerichtige Parole „Kinder statt Inder“ im Jahr 2000 der „Fachkräftemangel“ zur Debatte stand, wurde plötzlich überlegt, offene Stellen doch gezielt durch qualifizierte Migrant_innen zu besetzen. Seither wird Einwanderung verstärkt unter den Aspekten von Nützlichkeit thematisiert.

■ Demografie und Soziale Sicherung

Die hiesige Diskussion um Demografie geht mit Appellen an die staatliche Politik einher, die unter anderem über Arbeits-, Sozial- und Asylpolitik auf die Bevölkerung und ihre Struktur zugreifen kann. Hinter den provokanten antifeministischen Äußerungen der Fernsehmoderatorin Eva Herman seit 2006 stand auch die Forderung, über gezielte Familienpolitik – nämlich Anreize, mehr Kinder zu zeugen – die Bevölkerungsentwicklung zu regulieren. In die gleiche Kerbe schlug 2005 der FDP-Politiker Daniel Bahr mit seiner Feststellung: „In Deutschland kriegten die Falschen die Kinder“, die er mit Vorschlägen zur Kinderförderung in Akademikerfamilien verband. Völlig übergangen wird dabei, dass es Frauen geben mag, die sich eine mögliche Mutterschaft nicht vom Staat antragen lassen wollen, weil sie darüber selbst entscheiden können und das Kinderkriegen eine Privatangelegenheit ist.

Aus der eigentlich nur statistischen Feststellung über die Zusammensetzung oder mögliche Entwicklung der Bevölkerung wird bei diesen Debatten etwas völlig anderes: Die Verbindung von Demografie mit anderen Thematiken mündet in

der öffentlichen Debatte zunehmend in einer Problematisierung von Bevölkerungsgruppen unter entmenslichenden Nützlichkeitsaspekten. Die Sorge, aufgrund sinkender Arbeitnehmerzahlen beispielsweise das Rentensystem auf Dauer nicht mehr finanzieren zu können, führt zu einem anwachsenden Generationenkonflikt „Jung“ gegen „Alt“, der weitgehend von den Ansprüchen der arbeitenden Mehrheit bestimmt wird. Die Rentenlast nicht tragen zu wollen kann in den Augen dieser Mehrheit bedeuten, nach dem Prinzip „Wir oder die“ alten Menschen ein „sozialverträgliches Frühableben“ – so lautete das „Unwort des Jahres 1998“ – zu wünschen. Sofern der Staat ernsthafte Verwaltungsmaßnahmen einleitet, hat er sich die Ansprüche der Mehrheit zueigen gemacht und sich selbstverständlich für das „Wir“ entschieden: Das Rentenalter wird herauf- und die monatliche Zahlung heruntergesetzt. Rentner_innen erfahren so, dass sie man sie als teure Mitesser_innen und unnütze Kostenstellen wahrnimmt und abkanzelt.

■ Demografie und völkische Identität

Die Konfliktlinien in der Gesellschaft verlaufen nicht nur zwischen „Jung und Alt“, „Oben und Unten“, sondern verstärkt auch anhand ethnisch-völkischer Zuordnungen. Wer dabei nicht zur Mehrheitsgesellschaft gehört, hat Pech. Durch die Selbstwahrnehmung der Mehrheit als einheitliches „Volk“ – in Sarrazins Buch heißt es zum Beispiel: „Die jeweilige kulturelle Eigenart der Völker ist es wert, bewahrt zu werden. Dänen sollen auch in 100 Jahren unter Dänen, Deutsche als Deutsche unter Deutschen leben können“ – haben am meisten die Pech, die nicht als „Deutsche“ anerkannt sind und denen folglich das Recht bestritten wird, „legitime“ Ansprüche zu stellen. Der SPIEGEL titelte beispiels-



*KEINE BANGE, SIND DOCH ALLE DA!

weise schon im März 1975 mit der suggestiven Frage „Sterben die Deutschen aus?“ Im Heft heißt es: „Nirgendwo sonst auf der Welt werden so wenig Kinder geboren wie in der Bundesrepublik. Nur Gastarbeiter sorgen noch für einen Baby-Überschuß. Die Deutschen, Volk ohne Nachwuchs?“ Wörtlich wird im Text vor einem künftigen „Raum ohne junges Volk“ gewarnt. Die große Befürchtung: „Gastarbeiter“ und deren Kinder füllen diesen Raum.

Trotz der jahrzehntelangen Mediendebatte zur „demografischen Katastrophe“ beklagte der Bevölkerungswissenschaftler Josef Schmid (Universität Bamberg) 2006 in einem Interview für eine neu-rechte Zeitschrift, das Thema käme wegen eines „gigantischen Verdrängungstheaters“ schlichtweg nicht zur Sprache. Wenn er es zur Sprache bringt, möchte er nicht nur sagen, dass „die Deutschen“ keine weiteren sechs Generationen überleben würden – sondern auch, dass „Ausländer_innen“ das eigentliche Übel seien: „Die Dynamik liegt stets bei den Gruppen, die über ihre Kinder ein vitales Interesse an der Zukunft haben, niemals jedoch bei einem alternden Volk“. Schmid erklärt auch, warum das so furchtbar sei: „Die Sorge bleibt das Ausmaß schwindender Jugend... Sie ist Humankapital, muß im Wettbewerb mit viel jüngeren Völkern bestehen.“ Hier bestärken sich nicht nur Zuwanderungs- und Demografiediskurs durch die eindeutig rassistischen Zuschreibungen – es wurde auch schlicht das Thema gewechselt. Plötzlich geht es nicht mehr um die Zahl der EinwohnerInnen – sondern die Durchsetzungsfähigkeit der „Deutschen“ gegen alle anderen.

Was hier also ständig als „die Deutschen“ bezeichnet wird, betrifft nicht etwa die Bevölkerung dieses Landes, die in ihrer sozialen Struktur, Herkunft und Interessen sehr heterogen ist. Vielmehr

wird von einem homogenen, einheitlichen „Volk“ gesprochen. Das ist nicht nur eine heikle Konstruktion, mit der wir es in der Wirklichkeit nie zu tun haben, sondern geht direkt auf ein völkisches Weltbild zurück, in dem die Reinheit der „Abstammung“ im Mittelpunkt steht. Migrant_innen gehören in den Augen der Mehrheit freilich nicht zum „Volk“ – sie sind und bleiben fremd.

Nur wenn man selbst so denkt, kann man behaupten, „die Deutschen“ würden „aussterben“. Da weder „Volk“ noch Bevölkerung biologische Wesen sind oder die Eigenschaften von Organismen besitzen, sondern nur die soziale Zusammenfassung vieler verschiedener Einzelner sind, kann ein „Volk“ auch nicht „sterben“. Mehr noch: Jede Zusammensetzung der Bevölkerung ist letztlich Resultat früherer Migrationsströme. Das „deutsche Blut“, das man im „Volk“ reinhalten und durch ausreichende Fortpflanzung reproduzieren müsse, ist eine Halluzination von Nationalist_innen. Wenn heute Neonazis vom „Volkstod“ sprechen, sind sie daher ganz auf der Höhe ideologischer Irrtümer – und sie mischen mit in einer Debatte, aus deren Repertoire rassistische und nationalistische Statements nicht mehr wegzudenken sind. Die Gefahr ist das verächtliche Menschenbild, das hinter der Vorstellung von „Volk“ und dessen drohendem „Tod“ steckt: Menschen werden wie eine Tierpopulation behandelt, deren Homogenität und „Lebensfähigkeit“ gesichert werden sollen. Im Ernstfall läuft dies auf eine Zurückstufung und Gewalt gegen all jene hinaus, die individuelle Ansprüche entwickeln oder Bedürfnisse artikulieren, die dem „Wohl des Volkes“ scheinbar entgegenstehen – oder die schlicht nicht als „Humankapital“ taugen und die es nicht als ihre Aufgabe sehen, sich im „Wettbewerb“ gegen andere „Völker“ durchzusetzen.

HOW TO TALK ABOUT...

PLÄDOYER FÜR EINEN NICHT-DISKRIMINIERENDEN SPRACHGEBRAUCH

von **chronik.LE**

Sprache ist nicht „neutral“. Tagtäglich verwendete Redeweisen, Begriffe und inhaltliche Zusammenhänge dienen uns einerseits als Ausdrucksmittel unseres Denkens. Andererseits prägt und strukturiert die von uns verwendete Sprache dieses Denken in einer Art und Weise, die wir uns selten vergegenwärtigen. Ein bewusster und verantwortungsvoller Umgang mit Sprache kann einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Diskriminierung in unserer Gesellschaft leisten.

Die Erkenntnis ist nicht neu: Der bewusste Einsatz von Sprache hat schon vielfältigen Interessen dazu gedient, das Zusammenleben in der Gesellschaft zu beeinflussen – nicht immer in progressiver Weise. So hat Viktor Klemperer in seinem Werk „Die LTI – Notizbuch eines Philologen“ von 1947 eindrucksvoll beschrieben, wie die Nationalsozialisten mit Hilfe einer bestimmten Sprache ihre menschenverachtende Ideologie in den Köpfen der Leute verankern konnten. Er kommt zu der Erkenntnis, dass es weniger einzelne Schriften, Flugblätter oder Reden waren, die die Menschen beeinflussten, sondern vielmehr die beständige Wiederholung der immer gleichen, mit nationalsozialistischen Vorstellungen besetzten Begriffe. Beispielhaft genannt seien hier die überschießende Verwendung der Worte „heldenhaft“ und „Heldentum“ bezogen auf die Naziführung oder die positive Verwendung des Begriffes „fanatisch“, die eine besonders gefestigte nationalsozialistische Gesinnung bezeugen sollte. Klemperer nimmt in LTI schon vorweg, was in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Konsens in der psycholinguistischen Forschung werden sollte: Den Zusammenhang von Sprache und Denken. Die Benutzung von Sprache ist demnach nicht einfach nur Ausdrucksmittel dafür, was wir unabhängig von der Sprache denken.

Sprechen und Schreiben sind nicht nur bloßer Ausdruck von individuellen Meinungen, Überzeugungen oder Tatsachen. Der Zusammenhang ist wesentlich komplexer. Sprache ermöglicht es uns erst, die Welt um uns zu erkennen. Wenn wir für etwas keine Worte haben, können wir auch es auch nicht ausdrücken. Für all Jenes für das uns Worte zur Verfügung stehen, prägen diese Worte und die mit ihnen verknüpften Vorstellungen entscheidend, wie wir unsere Welt wahrnehmen. Die Sprachwissenschaftlerin Senta Trömel-Plötz fasst zusammen: „Mit Sprache schaffen wir unseren Lebenszusammenhang, unsere Wirklichkeit und unsere Sicht der Welt.“

■ Sprechen ist soziales Handeln

Sprache bildet sich während ihrer alltäglichen Benutzung, im vielfältigen gesellschaftlichen Handeln. Aus diesem Grunde ist sie beständiger Veränderung unterworfen, was jede schnell merkt, die sich zum Beispiel heute einen Film aus den 1950er Jahren ansieht oder eine 30 Jahre alte Zeitung aufschlägt. Die zu einer Zeit gültigen Sprachregelungen, die wiederholt gebraucht und verstanden werden, sind somit auch Träger eines zu einer spezifischen Zeit gültigen Wissens. Auf die Sprache des Dritten Reiches bezogen zum Beispiel das „Wissen“ darum, dass es sich bei Nazis um Helden handele oder Fanatismus etwas Gutes sei. Dass wir heute mehrheitlich anderer Auffassung sind, spiegelt erfreulicherweise einen Wandel in unserer Denkwelt als auch in unserem Sprachgebrauch wieder.

Nichtsdestotrotz verweist dieses Beispiel auf den Umstand, dass es auch heute noch weit verbreitete Sprachregelungen gibt, mit denen Wertauffassungen oder ein spezifisches Wissen verbunden sind, die einer Gesellschaft, die nach Gleichberechtigung für alle in ihr lebenden Menschen strebt, entgegenstehen. Eine gewisse Sensibilität dafür, dass Sprache nicht nur bloße Äußerung, sondern ein Akt des Handelns ist, der Denken, Handeln und Fühlen anderer positiv wie negativ beeinflussen kann, sollte uns als Sprach-Handelnde auf eine bewusste Benutzung unserer Worte hinlenken.

■ Alles schön politisch korrekt?

Der Zusammenhang von Sprache und Diskriminierung wurde erstmals intensiv in den 1950/60er Jahren unter dem Begriff „political correctness“ („PC“) in den USA öffentlich thematisiert. Dem damals noch offen in der amerikanischen Gesellschaft verankerten Rassismus wurde damit auch auf Ebene der Sprache begegnet. Die schwarze Bürgerrechtsbewegung und ihre Unterstützer_innen erkannten, dass sich das tief in den Köpfen der Bevölkerung verankerte rassistische Denken tagtäglich auch durch die Benutzung abwertender Begriffe wie zum Beispiel „Nigger“ oder „Boy“ reproduzierte. In den folgenden Jahrzehnten gelang es der PC-Bewegung, rassistischen Sprachgebrauch aus dem öffentlichen Leben in den USA weitgehend zurückzudrängen. Auch wenn Rassismus in den USA damit bis heute nicht endgültig beseitigt ist, ist doch in der Bevölkerung ein gewisses Bewusstsein für die Problematik diskriminierenden Sprachgebrauchs weit verbreitet.

Nach Deutschland schwappte die Diskussion um politisch korrekten Sprachgebrauch in den 1980er Jahren, vor allem über die feministische Bewegung. Hier stand die Frage der Geschlechterdiskriminierung durch Sprache im Vordergrund der Debatte. Die feministische Sprachkritik offenbarte eine bislang öffentlich kaum wahrgenommene männliche Dominanz im alltäglichen Sprachgebrauch. Die Kritik und Verbesserungsvorschläge mündeten jedoch rasch in eine emotionale Kontroverse, die bis heute die Gemüter erregt. Von Unverständnis bis hin zu offener Befürwortung noch immer existierender realer Diskriminierungen von Frauen in der Gesellschaft reicht die Ablehnung, die den Vertreter_innen eines „politisch korrekten“ Sprachgebrauchs entgegen gebracht wird.

Die Debatte um nicht-diskriminierenden Sprachgebrauch weitete sich in den 1990ern rasch auf die Thematik Migration und Integration aus, nachdem Anfeindungen und Gewalttaten gegen Nicht-Deutsche nach der Wende dramatisch zugenommen und Politiker_innen sowie Medien nicht selten zur rassistischen und menschenverachtenden Stimmung ihren Beitrag geleistet hatten. Dabei ist „political correctness“ inzwischen von Seiten ihrer Gegner_innen selbst zu einem Schimpfwort verkommen. Galt der Vorwurf nicht „PC“ zu sein bis in die 1990er hinein noch als Stigma, so dient sein Gegenteil inzwischen als beliebte Selbstbezeichnung für reaktionäre und rassistische Gruppen und Einzelpersonen. Beispielsweise versammeln sich auf der Webplattform „Politically Incorrect“ seit einigen Jahren immer mehr Nationalisten und Rassisten, die in verschwörungstheoretischer Manier einen Gegenpol zu einer angeblichen Meinungsdictatur errichten wollen. Ähnlich erfreuen sich Befürworter_innen der rassistischen Äußerungen Thilo Sarrazins an dessen „Tabubrücken“ gegen eine angeblich „übertriebene Political Correctness“.¹

■ Fehlgeleitete Debatten

In den deutschen Kontroversen um Sprachkritik und „Politische Korrektheit“ ist einiges schief gelaufen, das geeignet war und ist, die ursprünglichen Anliegen und Probleme, die mit dem Ansatz aufgezeigt werden sollten, aus den Augen zu verlieren. Sieht man mal von alljenen Sexisten, Rassisten und Antisemiten ab, die tatsächlich glauben, dass es okay sei die jeweils als „andere“ Identifizierten zu diskriminieren (eingeschlossen all jenen, die von sich behaupten: „Ich habe ja nichts gegen Frauen / Ausländer / Juden, aber...“), bleiben immer noch sehr viele Menschen übrig, die sich trotz grundsätzlicher Sympathie für Gleichberechtigung und Anti-Diskriminierung von den Ansätzen und Forderungen der Sprachkritik zunächst abgeschreckt fühlen. Daran haben sicherlich auch Vertreter_innen von PC-

Forderungen einen Anteil. Schon in der Formel der „Korrektheit“ schwingt ein unangenehmer Ton besserwisserischer Weisheit oder eines Besitzes von „Wahrheit“ mit, der nicht gerade geeignet scheint, Misstrauen gegenüber der grundsätzlichen Idee abzubauen.

Mit dem Ziel Menschen beizubringen, wie sie „richtig“ sprechen sollen und dafür gleich auch die passenden Begriffe und grammatikalischen Konzepte zu liefern, fühlen sich die weniger Aufgeschlossenen schnell bedrängt. Sich der unangenehmen Erkenntnis zu stellen, selbst durch den Gebrauch diskriminierender Sprache zu einem umfangreichen gesellschaftlichen Problem beizutragen, erfordert ein hohes Maß an Selbstreflexion und Kritikfähigkeit. Bisweilen vermuten die Kritisierten gar, dass die sie Belehrenden ihnen Sympathie mit der entsprechenden Diskriminierungsform unterstellen – und blocken aus diesem Grund das an und für sich unterstützte Anliegen ab. Als selbstverständlich betrachtete, im Rahmen der Sozialisation erworbene (Sprach-)Handlungen zu hinterfragen, zu ändern oder aufzugeben, erscheint darüber hinaus auf den ersten Blick als großer Aufwand für ein womöglich doch nicht allzu großes Problem. Vertreten kann eine solche Position selbstverständlich nur, wer sich selbst nicht als Betroffene von Diskriminierung sieht.

■ Problembewusstsein schärfen, Orientierungshilfen geben

Vorwürfe von „Meinungsdictatur“ und „Maulkörben“ gegen Forderungen zur Verwendung nicht-diskriminierender Sprache sind selbstverständlich Quatsch und spiegeln eine reaktionäre Abwehrhaltung ihrer Kritiker_innen wieder. Primäres Ziel der Sprachkritik ist nicht das Verbot von Begriffen oder der bloße Ersatz eines Wortes durch ein anderes, wohlklingenderes. Anliegen ist stattdessen darauf zu verweisen, was Menschen durch die Verwendung bestimmter Ausdrücke AUCH sagen, beziehungsweise welche wesentlichen Aspekte von Gesellschaft dadurch VERDECKT und unsichtbar werden.

Carl Friedrich Graumann von der Universität Heidelberg zufolge wirkt soziale Diskriminierung durch Sprache mit Hilfe von drei verschiedenen Funktionen: Sie sorgt für die soziale Trennung „der Anderen“ von einer „Normgruppe“ (z.B. Frauen/Männer, Migranten/Deutsche), die Abwertung dieser „Anderen“ und die Fixierung dieser Abwertung durch Zuschreibung dauerhafter Eigenschaften und Typen. Die fixierte Abwertung ist durch das gesellschaftlich geteilte Wissen in bestimmten Begriffen und Redeweisen einbeschrieben und trägt sich mit ihrer wiederholten Verwendung in der Gesellschaft fort. Nachvollziehbar zum Ausdruck bringt das folgender Auszug aus einem Protestschreiben

[1] So zu lesen zum Beispiel in einem Kommentar des LVZ-Redakteurs Thilo Boss vom 27.08.2010

[2] Weiterführende Kritik und Orientierungshilfen für einen nicht-diskriminierenden Sprachgebrauch bietet die kostenlos als PDF erhältliche Publikation „Medien und Straftaten“ des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung: <http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/diss--medien-und-straftaten--vorschlaege--1999.pdf>

an den Fernsehsender KIKa wegen einer diskriminierenden Bildunterschrift: Der Sender hatte bei einem schwarzen Jungen als einzigen einer vorgestellten Fußballmannschaft zusätzlich zu seinem Namen dessen Herkunft eingeblendet. Der die Diskriminierung rügende Autor teilt mit: *„Sie denken vielleicht, dass ich überreagiere. Aber bedenken sie, es sind die ‚kleinen‘ Aussagen und die unerschwelligten Ausgrenzungen die zu der Ausgrenzung führen. Es ist das ständige kleine Gift, dass den Unterschied betont und die Ausgrenzung fördert.“*

Dieses Beispiel verweist auf eine entscheidende Tatsache in der Bewertung von Diskriminierung durch Sprache. Sie ist in erster Linie eine Wahrnehmung von Betroffenen, die durch Sprache als „anders“ markiert, einem Zustand des „Normalseins“ gegenübergestellt werden. Die Sprachhandlungen der „Normalen“ – zum Beispiel Weiße, Deutsche, Männer – reduzieren Menschen durch bestimmte Benennungen wie „Zigeuner“, „Behinderte“ oder „Farbige“ auf eine jeweilige Andersartigkeit sowie geringere Wertigkeit. Gegen solche Tendenzen sollte

das Selbstbenennungsrecht der jeweiligen Gruppen für einen nicht-diskriminierenden Sprachgebrauch Berücksichtigung finden.

Für ein nachhaltiges Zurückdrängen von Diskriminierung in der und mit der Sprache muss es langfristig darum gehen, die unter der Sprachoberfläche befindlichen Denk- und Ordnungsschemata offenzulegen und zu hinterfragen. Die Kritik an gängigen Sprachmustern sowie der bewusste Gebrauch von Sprache können hierbei einen wichtigen Beitrag leisten. Die vielen dabei in die Diskussion gebrachten Vorschläge sind in erster Linie als Orientierungshilfen zu betrachten, um den Defiziten bisherigen Sprachgebrauchs etwas entgegen zu setzen. Sie sind deshalb nicht „richtiger“ als andere Redeweisen. Aber sie sind weniger diskriminierend, sie weisen darauf hin, dass die/der Sprechende ein Problembewusstsein hat und erzeugen – das erscheint am allerwichtigsten – eine Sensibilisierung bei Zuhörer_innen und Leser_innen. All das sollte doch ein wenig „Mühe“ wert sein.

■ Beispiel Sexismus: Frauen sind nicht mitgemeint

Der Schwerpunkt der deutschen Debatte über Sprache und Diskriminierung liegt seit den 1980er Jahren in der Feststellung, dass Frauen durch bestimmte Aspekte der Alltagssprache diskriminiert werden. Die feministische Sprachkritik hat im Wesentlichen drei Punkte identifiziert, die zur sprachlichen Diskriminierung des weiblichen Geschlechts beitragen: Erstens spiegelt die allgemeine Verwendung des Maskulinums für Personen unterschiedlichen Geschlechts (also z.B. Politiker, Professor, Mechaniker) eine überkommene Ungleichbewertung der Geschlechter wider. Dies lässt sich anhand historischer Quellen belegen, die die grundsätzliche Verwendung männlicher Geschlechtsbezeichnung mit einer generellen Überlegenheit des Männlichen begründen.

Zweitens führt die Uneindeutigkeit der sprachlichen Form dazu, dass nicht deutlich wird, ob die Verwendung einer maskulinen Form nun tatsächlich nur Männer oder alle Geschlechter bezeichnet. Beispielhaft sei folgender Satz aus einer Ausgabe der ZEIT zitiert: „Junge qualifizierte Ausländer werden die Mühsal, Deutsch zu lernen, nur auf sich nehmen, wenn es sich langfristig für sie lohnt, ...wenn sie sich also fest niederlassen, selbständig machen, Frau und Kinder mitbringen dürfen“. Dieses Beispiel verweist ebenfalls auf den dritten Kritikpunkt: Frauen sind aufgrund der Beschaffenheit des Deutschen in Sprache und Denken we-

niger sichtbar. Das gängige Gegenargument, dass Frauen mit Verwendung der männlichen grammatischen Form ja „mitgemeint“ seien, kann durch empirisch-psychologische Experimente widerlegt werden. Werden Testpersonen beispielsweise gebeten einen a) „Lieblingsmusiker“, b) „Lieblingsmusiker oder Lieblingsmusikerin“ oder c) „LieblingsmusikerIn“ zu benennen, erhält man sehr unterschiedliche Ergebnisse bezüglich der Verteilung von männlichen und weiblichen Antwortkandidat_innen.

Zur Umgehung dieser Probleme für einen nicht-diskriminierenden Sprachgebrauch hat die Sprachkritik vielfältige, theoretisch gut begründete Vorschläge vorgebracht. Die Verwendung des Binnen-I (LieblingmusikerIn) gelangte in den 1980er Jahren vom feministischen Diskurs in viele andere Bereiche der Alltagssprache. In den 1990ern wurde diese Variante mit einem Unterstrich weiterentwickelt (Lieblingmusiker_innen), um alle möglichen Lebensweisen außerhalb der hegemonialen Zweigeschlechtlichkeit mit einzubeziehen und sichtbar zu machen. 1993 veröffentlichte die deutsche UNESCO-Kommission „Richtlinien für einen nicht-sexistischen Sprachgebrauch“, die neben dem Binnen-I auch eine Reihe „kreativer Varianten“ enthält, die die deutsche Sprache in nicht-sexistischer Weise einzusetzen, ohne dafür gängige Regeln der Grammatik neu zu definieren.⁴

■ Beispiel Rassismus: Medien und Migrant_innen

Die LEIPZIGER VOLKSZEITUNG berichtete am 8. Februar 2010 von einem nichtigen Ladendiebstahl („Pralinen und Bodylotion“) in einem Reudnitzer Supermarkt und reibt den Leser_innen gleich im ersten Satz unter die Nase, dass es sich bei den Tatverdächtigen um ein „rumänisches Trio“ gehandelt habe. Immer wieder ist es Praxis von Polizei-Pressemitteilungen sowie Medienberichten, die nationale oder ethnische Herkunft von nicht-deutschen Tatverdächtige in Strafsachen zu nennen, auch wenn diese in keinem erkennbaren Zusammenhang zur Tat steht. Für die Lesenden trägt dieser eingeschleuste Hinweis nichts zum Verständnis bei. Stattdessen fördert und festigt die nicht sachgerechte Verknüpfung von Kriminalität mit nicht-deutscher Herkunft bestehende rassistische Vorurteile in der Bevölkerung über „Ausländer“. Der Pressekodex des Deutschen Presserates verlangt daher: „In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte“ (Richtlinie 12.1

des Pressekodex). Leider halten sich die LVZ sowie die Pressestelle der Leipziger Polizei bislang nur ungenügend an diese Anforderungen.²

Auch abseits von Strafsachen herrscht mediale Unsicherheit, wie bestimmte nicht-weiße Menschen zu bezeichnen seien. Zwar ist die rassistische Vokabel „Neger“ in der Presse mittlerweile kaum noch zu finden. Stattdessen liest man aber immer wieder andere seltsam anmutende Bezeichnungen wie „Farbige“ oder „Schwarzafrikaner“ zur Beschreibung von Menschen mit schwarzer Hautfarbe. Eine kritische Auseinandersetzung hierzu liefert das schwarze Media-Watch-Blog „Der braune Mob“. Die Betreiber_innen verweisen auf die mangelnde Präzision dieser Begriffe, die eher dahingehend wirken, dass rassistische Stereotype über „Afrikaner“ weiter fortgeführt werden: „Die Verwendung von ‚schwarzafrikanisch‘ ermöglicht es, über Kulturen zu schreiben oder vorzutragen, ohne über diese recherchiert zu haben, und trotz Unkenntnis vielseitige pauschalisierende Deutungen vorzunehmen.“ Zur Bezeichnung von schwarzen Menschen bevorzugen die Autor_innen entsprechend ihres Selbstbenennungsrechts schlicht die Bezeichnung „schwarze Menschen“.³

[3] Informationen für Journalist_innen und weitere Hinweise zu nicht-diskriminierender Sprache über schwarze Menschen finden Sie auf www.der-braunemob.de

■ Beispiel Neonazismus: Das Problem ist nicht „(Rechts-) Extremismus“

Medien berichten immer wieder über Übergriffe und Gewaltvorfälle von „Extremisten“, lokale Bürgerbündnisse schließen sich zum Kampf gegen „Extremismus“ zusammen, die Bundesregierung stellt in Programmen gegen „(Rechts-)Extremismus“ Gelder zur Verfügung. Gemeinsam ist all diesen Initiativen ihre verschobene Problemperspektive, die sich unnötigerweise an eine wirkmächtige Deutung des politischen Spektrums deutscher Ordnungsbehörden – der Bundes- und Landesämtern für Verfassungsschutz – anlehnt.

Die Ereignissammlungen auf chronik.LE bestätigen: das Problem in Sachsen sind nicht die „Extremisten“, die die demokratische bürgerliche Mitte bedrohen. Das Problem sind organisierte und nicht-organisierte Neonazis, die weitgehend widerspruchsfrei in einem gesellschaftlichen Klima agieren, das selbst von Rassismus und anderen diskriminierenden Ideologien durchsetzt ist – bis hin zu offenen Kooperationen von „Bürger_innen“ und „Nazis“ zum Beispiel bei einer Demonstration in Torgau am 14. August 2010. Das Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung (FKR) empfiehlt Journalist_innen und Mitarbeiter_innen in Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit daher auf Begriffe aus dem semantischen Feld des „Extremismus“ zu verzichten.

Insbesondere suggeriert die Verwendung des Extremismusvokabulars eine Symmetrie von Rechts- und Linksextremismus, die unter anderem in der Forderung mündet, antirassistische Arbeit durch Arbeit „gegen Linksextremismus“ gleichsam „auszugleichen“. In einem besonders absurden Fall in Limbach-Oberfrohna führte diese Art der Problematisierung zum Ausschluss der Partei Die Linke aus dem lokalen „Bürgerbündnis gegen Extremismus“, das sich im Nachgang mehrerer Gewalttaten von Neonazis in der Kleinstadt gegründet hatte. Menschenfeindliche Einstellungen wie Rassismus und Sexismus, die weit in der Gesellschaft verbreitet sind, werden an den extremistischen „Rand“ abgeschoben und bleiben als Problem der „Mitte“ unsichtbar. Bei der Berichterstattung über neonazistische, rassistische oder andere diskriminierende Vorfälle sollten diese auch präzise als solche benannt werden, anstatt mit problematischen Sammelbezeichnungen wie „Extremismus“ die Spezifik der Probleme zu verschleiern.⁵

[4] www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bibliothek/eine_sprache.pdf

[5] Eine ausführliche Version der Empfehlungen des FKR für Journalist_innen und Öffentlichkeitsarbeit finden Sie auf www.engagierte-wissenschaft.de, Eine Handreichung des Antidiskriminierungsbüros ADB finden Sie unter www.adb-sachsen.de/textbausteine.html

02 KAPITEL

NEONAZISMUS

photo: flickr Mikael Zallmann



Ziemlich sauer über den gescheiterten Aufmarsch – Neonazi am 16. Oktober in Leipzig

WAS NEONAZIS WOLLEN? DIE „VOLKSGEMEINSCHAFT“!

JEDE NAZI-FORDERUNG IST EINE MENSCHENVERACHTENDE FORDERUNG

Von **chronik.LE**

Neonazis versuchen auf den unterschiedlichsten Wegen Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen. Organisiert in Kameradschaften und Parteien gehen sie mit Plakataktionen und Konzerten, Kundgebungen und Aufmärschen, mit Gewalt und Terror gegen die bestehende Gesellschaft vor. Aber wohin wollen Neonazis eigentlich, was für eine Gesellschaft streben sie an, und wer darf Teil dieser Gesellschaft sein? Die Demokratie, in der zumindest formal allen Menschen die gleichen Rechte zugestanden werden, lehnen Neonazis jedenfalls vehement ab.

Statt einer offenen Gesellschaft fordern Neonazis, egal ob NPD oder „Freie Kräfte“, die „deutsche Volksgemeinschaft“. Sie ist die ideologische Leitfigur, die der von Neonazis verhassten liberalen Demokratie als einzig wahre Alternative gegenübergestellt wird. Es ist wichtig zu verstehen, was sich Neonazis darunter vorstellen, um ihre oft harmlos wirkenden Forderungen als menschenverachtende Forderungen entschlüsseln zu können.

■ „Deutsches Blut“?

Unter der „Volksgemeinschaft“ verstehen Neonazis ein streng nach Rangfolge gegliedertes Gemeinwesen, in dem der Staat und ein ethnisch homogen gedachtes Volk zu einer Einheit verschmolzen sind. Das Ideal der „Volksgemeinschaft“ ist nicht neu, sondern wurde bereits während des ersten Weltkrieges zur Mobilisierung der Massen für den Kampf gegen die befeindeten Nachbarländer und „Völker“ etabliert. Auch im Nationalsozialismus war das Ideal der „Volksgemeinschaft“ eine zentrale Propagandaformel. Alle Menschen, die als deutsch angesehen wurden, sollten sich emotional mit dem eigenem „Volk“ verbunden fühlen, der Zusammen-

halt aller „Deutschen“ sollte gestärkt, die „Einheit“ hergestellt werden. Soziale Unterschiede sollten eingeebnet und innere gesellschaftliche Konflikte beigelegt werden, wie etwa die Interessengegensätze zwischen den gesellschaftlichen Schichten, zwischen Stadt und Land und zwischen Arbeit und Kapital.

Mit der Propaganda der „Volksgemeinschaft“ konnte in der Bevölkerung außerdem ein wachsender Konsens mit den repressiven Maßnahmen des Regimes gegenüber politischen und weltanschaulichen „Feinden“ mobilisiert werden. Schon damals galt: Nur die Menschen gehörten zur „deutschen Volksgemeinschaft“, deren Vorfahren seit vielen Generationen auf „deutschem“ Territorium lebten und per „Ariernachweis“ beweisen konnten, dass sie „deutschen Blutes“ sind. Im Parteiprogramm der NSDAP wurde diese Ausschlussprinzipien in einem Satz zusammengefasst: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist. (...) kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“¹ Schon damals wurden die Ausschlusskriterien viel stärker betont als die Kriterien der Zugehörigkeit. Inzwischen dürften jedoch sogar die letzten Neonazis wissen, dass Blut nicht nach Nationalität und Herkunft unterschieden werden kann. Heute sprechen Neonazis deshalb meist vom „Abstammungsprinzip“ und einer kulturellen Zugehörigkeit. Die Staatsbürgerschaft, die heute offiziell über die Zugehörigkeit zur deutschen Bevölkerung entscheidet, spielt übrigens für Neonazis keine Rolle. Fast schon zynisch ist allerdings, dass auch heute noch in der Bundesrepublik eine ethnische Konstruktion von Zugehörigkeit existiert: Durch geltendes Recht werden Menschen bei der Einbürgerung bevorzugt, die dem „deutschen Volkstum“ qua Abstammung, Sprache und Kultur als zugehörig definiert werden.²

[1] 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24. Februar 1920, zitiert nach www.dhm.de/lemo/html/dokumente/nsdap25/index.html

[2] § 6 Volkszugehörigkeit im Bundesvertriebungsgesetz – BVFG

[3] Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. (Hrsg.), Die „Volksgemeinschaft“. Ein rechtsextremes Gesellschaftskonzept? Hintergrundpapier 1/2010, Magdeburg/Halle (Saale)



■ „Du bist nichts, dein Volk ist alles“

In der Gemeinschaft hat jeder und jede „Deutsche“ einen festen Platz. Alle Staatsbürger_innen haben die Pflicht, sich der Schicksalsgemeinschaft von „Volk“ und Nation unterzuordnen. Allen kommt eine spezifische und nicht frei wählbare Aufgabe zu um den „Volk“ zu dienen. Frauen zum Beispiel müssen einem ganz bestimmten Rollenbild entsprechen. In der „Volksgemeinschaft“ haben Frauen die „natürliche“ Funktion, dem arbeitenden Mann den Rücken freizuhalten, sich um den Haushalt zu kümmern, zum Erhalt des Volkes möglichst viele Kinder zu bekommen und sich um deren Erziehung im Sinne der „Volksgemeinschaft“ zu kümmern. Wollen Frauen aber lieber Studieren, Karriere machen, ohne Kinder leben und selbstbestimmt durchs Leben gehen, so widerspricht das der zugeschriebenen Rolle und wird nicht akzeptiert. Für persönliche Lebensentwürfe ist in der „Volksgemeinschaft“ kein Platz. Sich dem „Gemeinschaftswohl“ unterzuordnen ist ein Zwang, dem niemand ohne Konsequenzen entkommen kann. Die „Volksgemeinschaft“ richtet sich damit explizit „gegen das Konzept der offenen Gesellschaft und die Tradition der bürgerlichen Freiheitsrechte.“³ Wenn Neonazis also von Freiheit reden, dann meinen sie nicht Freiheit im Sinne der individuellen Bürgerinnenrechte, sondern den von ihnen als Befreiung angesehene Zwang, dem „Deutschen Volk“ zu dienen.

■ Der Kampf schafft die Gemeinschaft

Mit der klaren Grenzziehung zur Zugehörigkeit wird auch über die Nichtzugehörigkeit entschieden. Die Nichtzugehörigen werden von Neonazis als für die „Volksgemeinschaft“ bedrohlich und gefährlich angesehen und deshalb als Feinde bekämpft. Der Kampf gegen die vermeintlichen Feinde ist von großer Bedeutung für die Bildung der von Neonazis angestrebten Kameradschaft und Gemeinschaft. Die „Volksgemeinschaft“ ist deshalb auch immer eine „Kampfgemeinschaft“. Unterschieden werden kann zwischen „äußeren Feinden“, die angeblich von außen gegen die „Volksgemeinschaft“ arbeiten und gegen die es

sich abzuschotten gilt, und den „inneren Feinden“, die innerhalb Deutschlands die „Volksgemeinschaft“ zersetzen und bedrohen.

■ Die „äußeren Feinde“

Als größte Bedrohung von Außen sehen Neonazis heute die großen internationalen Konzerne, denen gemäß der Formel „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ vorgeworfen wird, nicht für das Wohl des Volkes, sondern nur aus Gründen der „Profitgier“ zu handeln. Auch wenn sie sich gern als antikapitalistisch bezeichnen, haben sie grundsätzlich kein Problem mit Kapitalismus. Sie sind nur dann „dagegen“, wenn die Interessen der Wirtschaft ihrer Meinung nach der „Volksgemeinschaft“ schaden. Neonazis haben kein Problem mit dem Raubbau an der Natur durch deutsche Unternehmen, solange dieser nicht in Deutschland stattfindet. Neonazis haben kein Problem mit der Ausbeutung von Arbeitskräften, solange die erwirtschafteten Gewinne innerhalb Deutschlands verbleiben. Sie haben auch kein Problem mit dem Prinzip der Zwangsarbeit, unter der Millionen Menschen nationalsozialistischen Deutschland leiden mussten, und die noch heute „arbeitsunwilligen“ Menschen angedroht wird. Neonazis haben aber ein Problem mit Unternehmen, die ihre Arbeitsplätze ins billigere Ausland verlegen, die in Deutschland auch schwarze Menschen als Arbeitskräfte einstellen oder die sich als Unternehmen antirassistisch positionieren. Gegen solche Unternehmen marschieren sie auf, ebenso wie gegen sogenannte „ausländische Spekulanten“ des „internationalen Finanzkapitals“. Die Geldwirtschaft verteufeln Neonazis als unehrlisches und „raffgieriges“ Business, da es ihrer Meinung nach nicht dem „Gemeinwohl“ dient, sondern privaten Einzelinteressen. Unterstellt wird, dass das internationale Finanzsystem nur dem Willen einer kleinen macht- und profitthungrigen Gruppe folgt. In antisemitischer Manier wird eine dahinterstehende Weltverschwörung des „Juden“ halluziniert, dessen Interesse darin bestehen würde, die „Völker der Welt“, vor allem aber das „deutsche Volk“, langsam und qualvoll „ausbluten“ zulassen. Generell werden alle größeren internationalen Organisationen ab-

gelehnt, die direkten Einfluss auf das Geschehen in Deutschland haben. Das gilt vor allem für die Europäische Union, die als massiver Angriff auf das „Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes“ gilt und nicht als Chance auf ein friedliches Europa nach den zwei von Deutschland entfachten Weltkriegen mit Millionen von Toten.

■ Die „inneren Feinde“

Im Inneren Deutschlands werden all diejenigen bekämpft, die von Neonazis mit dem Begriff „Ausländer“ als nicht-deutsch markiert werden. Gemeint sind Migrant_innen, „Deutsche“ mit Migrationshintergrund und nicht weiße Menschen, aber auch Roma, Sinti, Jüdinnen und Juden. Sie alle gelten Neonazis als minderwertig, als Gefahr für die rassistisch reine „Volksgemeinschaft“, als Bedrohung für eine angebliche naturgegebene deutsche Kultur. Ihnen wird grundsätzlich eine feindliche Haltung gegenüber „Deutschen“ und Deutschland unterstellt, die dann wiederum als Legitimation für rassistische Hetzreden, brutale Angriffe und auch Mord herhalten muss. Bekämpft werden auch „Andersdenkende“, also Menschen, die sich klar gegen die Ideen und Einstellungen von Neonazis positionieren, die sich für eine pluralistische Gesellschaft einsetzen oder einen individualistischen Lebensstil folgen. Sie werden als politische und weltanschauliche Feinde bekämpft. Die „Volksgemeinschaft“ ist deshalb auch eine „Gesinnungsgemeinschaft“, die von jedem und jeder „Deutschen“ eine Zustimmung zur „Volksgemeinschaft“ und damit eine völlige Unterwerfung verlangt.

Als „Feinde“ gelten auch all diejenigen, die von Neonazis als „leistungsunfähige, nutzlose Parasiten“, als „Volksschädlinge“ bezeichnet werden. Der Vorwurf, angeblich nichts zum Erhalt des „Volkes“ beizutragen, trifft vor allem Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, obdachlose Menschen und all

diejenigen, die einfach keine Lust haben zu arbeiten. Ihnen wird das Recht auf Zugehörigkeit und damit wie im Nationalsozialismus das Recht zu Leben abgesprochen. Die Zugehörigkeit wird also auch über das Prinzip der Leistungsfähigkeit entschieden.

■ Egal was Neonazis fordern, am Ende steht die „Volksgemeinschaft“

Das von Neonazis propagierte Konzept der „Volksgemeinschaft“ ist strikt antidemokratisch und setzt auf die Abschaffung der Grund- und Menschenrechte. Menschen werden nach „Rassen“ sortiert, ihr Wert wird nach der „Nützlichkeit“ für die „Volksgemeinschaft“ bemessen. Die „Volksgemeinschaft“ ist streng antiindividualistisch, da sie keinen Raum für die Selbstverwirklichung und eigene Lebensentwürfe zulässt. Den „Feinden“ der „Volksgemeinschaft“ wird offen mit Deportation und Vernichtung gedroht. Immer wieder deutlich wird auch der positive Bezug auf den historischen Nationalsozialismus, während dem Millionen von Menschen, die zu „Feinden“ erklärt wurden, durch Mitglieder der „deutschen „Volksgemeinschaft“ verfolgt, gefoltert und ermordet wurden.

Wenn Neonazis auf Aufmärschen nach einem „Recht auf Zukunft“ rufen, ein „Recht auf Leben“ fordern oder „nationalen Sozialismus“ einführen wollen, dann wollen sie nichts anderes als eine „deutsche Volksgemeinschaft“. Wenn Neonazis in Parlamenten und Stadträten fordern, neue Radwege, mehr Parkbänke, mehr Arbeitsplätze, mehr Ausbildungsplätze, mehr Sicherheit zu schaffen, dann sollte klar sein, für wen diese zur Verfügung stehen sollen, und für wen nicht. Jede Forderung von Neonazis ist deshalb eine menschenverachtende Forderung.

MENSCHEN UND MASSEN

LEIPZIGER NEONAZIS HADERN MIT IHRER IDENTITÄT UND BASTELN SICH EINEN „DEUTSCHEN MENSCHENTYPUS“

von chronik.LE

[1] Womit nicht bestritten werden soll, dass neonazistische Akteure und Organisationen in manchen Gegenden, vor allem jenseits der größeren Städte, einen nicht zu unterschätzenden Einfluss ausüben und das Leben der von ihnen als Gegner oder Feinde betrachteten Menschen sowie das politische Klima dort unangenehm beeinträchtigen. Dafür sprechen die übrigen Beiträge in dieser Broschüre.

[2] Freies Netz/Aktionsbündnis Leipzig: „Der Volkstod der Deutschen: Gesellschaftliche Ursachen und Auswege (Teil 1) – Das deutsche Volk in seiner Wandlung zum demokratischen Massenmenschen“, 19.02.2010. – Alle folgenden kursiv hervorgehobenen Zitate stammen aus neonazistischen Quellen.

[3] Colette Guillaumin: „The specific characteristics of racist ideology (1972)“, in: Dies: Racism, Sexism, Power and Ideology, London: Routledge, 1995, S. 56 (eigene Übersetzung).

Neonazis sehen sich derzeit in Deutschland mit dem Problem konfrontiert, dass die Herrschaft ihrer historischen Vorbilder gemeinhin als eine Gewaltherrschaft mit schrecklichen Folgen für Millionen von Menschen, nicht zuletzt solche mit deutscher Staatsangehörigkeit, angesehen wird. Dieses historische und moralische Bewusstsein dürfte einer der Gründe dafür sein, dass Parteien wie die NPD oder auch so genannte „Freie Kräfte“ bzw. Kameradschaften selbst in ihren Hochburgen in Teilen Ostdeutschlands gegenwärtig weit davon entfernt sind, eine Mehrheit der Bevölkerung für ihre Ziele und Aktivitäten begeistern zu können. Dadurch ergibt sich als weiteres Problem, dass die Neonazis zwar beanspruchen, im Namen des „deutschen Volkes“ zu sprechen, dessen Mehrheit aber zumindest bei Wahlen nichts von ihnen wissen möchte.¹

Jede soziale Bewegung – und auch die Neonazis können als eine solche betrachtet werden – ist darauf angewiesen, eine kollektive Identität herauszubilden. Dazu dienen unter Anderen eine gemeinsame Problemdefinition und die Abgrenzung der eigenen Wir-Gruppe von realen oder imaginierten Fremd-Gruppen. Die Berufung auf das eigene „Deutschsein“ und die Abgrenzung gegenüber „Ausländern“ allein reicht dazu aber nicht aus. Schließlich muss aus Sicht der Neonazis erklärt werden, wieso auch Menschen, die qua Pass oder Herkunft als „Deutsche“ gelten, sich der Teilnahme an ihrer Bewegung verweigern und somit in ihren Augen gegen das eigene Kollektiv handeln.

Im Folgenden wird anhand einiger Texte, die auf dem Leipziger Ableger der Neonazi-Plattform „Freies Netz“ und der Kampagnenseite für die „Recht auf Zukunft“-Aufmärsche im Oktober 2009 sowie 2010 veröffentlicht wurden, geschildert, wie die dort publizierenden „Nationalen Sozialisten“ mit diesem Widerspruch umgehen.

■ Die „Deutschen“ und ihr Anderes

In einem Aufsatz des „Aktionsbündnis Leipzig“ vom Februar 2010 zum „Volkstod der Deutschen“ – dem derzeitigen Lieblingsthema nicht nur der hiesigen Neonazis – heißt es programmatisch: *„Soll der Volkstod verhindert werden und ein revolutionärer Wille unsere Nation erfassen, so muss die Rehabilitation des Massenmenschen zum deutschen Menschentypus erfolgen.“*²

Unter Berufung auf eine angeblich natürliche, Jahrtausende alte Identität der „Deutschen“ wird hier also paradoxerweise explizit eine Neukonstituierung bzw. Wiederbelebung eben dieser Identität eingefordert. Zur Bestimmung dessen, was sie darunter verstehen, grenzen die anonymen Autor_innen den „deutschen Menschentypus“ einerseits vom „demokratischen Massenmenschen“ und andererseits von „kapitalistischen Viehtreiber[n]“, „der westlich-plutokratischen Klapperschlange“, „kosmopolitischen Eindringlinge[n]“ oder den „Drahtzieher[n] der liberal-kapitalistischen Weltordnung“ ab. Diese zwar absichtlich vagen, aber doch eindeutig antisemitisch konnotierten Beschreibungen fungieren als Gegen-Identitäten, als Spiegelbild zur Bestimmung des „deutschen Wesens“. Die Neonazis können zwar selbst nicht genau sagen, was einen „Deutschen“ ausmacht, wissen dafür aber, wer ihrer Ansicht nach keiner ist.

Die französische Soziologin Colette Guillaumin beschreibt in ihrer Untersuchung über die Entstehung der rassistischen Ideologie im Zuge der Etablierung des Bürgertums Anfang des 19. Jahrhunderts einen ähnlichen Mechanismus:

„Auf einmal sind da die Anderen, die der ängstlich eine eigene Identität suchenden Bourgeoisie als Spiegelbild dienen, als seitenverkehrtes Bild. Da die Bourgeoisie nicht wusste, was sie war – anders als der Adel, der ein sehr klares Bild von sich hatte –, wollte sie wenigstens wissen, was sie nicht war. Auf die Ära der



Menschen „deutschen Typs“!



„Demokratische Massenmenschen“?

positiven Bestimmung folgte daher eine Zeit der Bestimmung über Negationen, auf Autoreferenz [Selbstbezugnahme] folgte Alteroreferenz [Bezugnahme auf „die Anderen“]: Die Bourgeoisie ist nicht schwarz, nicht jüdisch, nicht proletarisch.^[4]

Die Analogie soll nicht überspannt werden, immerhin handelt es sich bei den heutigen Neonazis – anders als bei der französischen Bourgeoisie im 19. Jahrhundert – keinesfalls um eine neue dominierende Klasse. Die Autor_innen stellen sich bzw. die „Deutschen“ ja gerade als manipulierte, gegängelte und dem „Volkstod“ geweihte Gruppe dar. Daher sind die als Spiegelbild dienenden „Anderen“ hier keine unterdrückten Minderheiten, sondern – neben dem „demokratischen Massenmenschen“, über dessen Status noch zu reden sein wird – Angehörige einer „globalen Welthandels- und Weltherrschaftsliquide“.^[4]

■ „Hassans“, „Ivors“ und „plutokratische Herren“

„Ausländer“, „Asylschwemme“ und „islamische Kulturimperialisten“ tauchen zwar ebenfalls als Bedrohung auf. Allerdings nur als ein sekundäres Problem, als Reaktion auf eine „selbstverschuldete, katastrophale Bevölkerungspolitik“. In einem Text auf der Mobilisierungsseite für den „Recht auf Zukunft“-Aufmarsch in Leipzig wird allerdings auch vor „drohenden Generations- und Rassekonflikten in deutschen Großstädten“ gewarnt.^[5] Das geht einem offenbar grundsätzlich mit den Leipziger „Nationalen Sozialisten“ sympathisierenden Neonazi namens „Hermann“ aber schon zu weit. Der „Zuzug der Asylanten in Mitteldeutschland“ sei ein „vollkommen vernachlässigbarer Faktor“, schreibt er in einem längeren Kommentar zu ihrem Text:

„Statt also die Kraft und die Stärke darin zu verheizen, indem auf die vorgesetzten Pappscheiben geschossen wird, sollte vielmehr untersucht werden, warum die deutsche Frau, der deutsche Mann keine

Kinder mehr haben und grossziehen will. Und da wären wir wieder bei der tatsächlichen ‚kulturimperialistischen‘ Macht angelangt, welche sowohl Gesellschaft, Wirtschaft und unser Fortbestehen offenbar fest im Griff hat. Hier ist anzusetzen! Das ist das Problem. Nicht irgendwelche Hassans oder Igors in irgendwelchen Schulen. Die sind da geringste Problem.“

Ein weiterer Kommentator namens „Hoywoy“ verteidigt den Artikel, in dem die „Krankheits- und Verfallserscheinungen der laufenden Entwicklung dargestellt“, nicht aber ein „Sündenbock unter den Migranten“ gesucht werden sollte. Die „wahren Verursacher des gesamten Debakels“, wozu unter anderem die „Einschleusung fremder Völkerscharen“ gehöre, seien „die Demokraten und Parlamentarier mitsamt ihrer plutokratischen Herren“.

Die Rede von den „plutokratischen Herren“ als den „tatsächlichen ‚kulturimperialistischen‘ Mächte[n]“ und „wahren Verursacher[n]“ verweist auch hier auf antisemitische Verschwörungstheorien, auf Juden und Jüdinnen als geheimnisvolle Drahtzieher_innen. Dieser Rückgriff auf antisemitische Semantiken ist kein ungewöhnlicher Weg zur Stabilisierung einer (nationalen) Wir-Identität.^[6] Im Gegensatz dazu spielt der Rassismus für die Identitätsfindung der „Nationalen Sozialisten“ scheinbar keine zentrale Rolle – obwohl in ihren Texten weiterhin klassische rassistische Äußerungen zu finden sind.

■ Das „deutsches Wesen“ und die „moderne Zivilisation“

Nach Guillaumin ist Rassismus eine spezifisch moderne, alteroreferentielle Ideologie. Für die autoreferentielle Aristokratie bestand noch gar kein Grund, sich übermäßig Gedanken über niedere soziale Schichten zu machen. Die gesellschaftliche Ordnung mitsamt ihren Ungleichheiten galt zu ihrer Zeit schlichtweg als gottgegeben und unhinterfragbar. Das änderte sich erst im Zuge der

[4] Aus dem Aufruf der „Nationalen Sozialisten aus Leipzig“ zur „Recht auf Zukunft“-Demonstration 2009

[5] Nationale Sozialisten Leipzig: „Die Zeitbombe tickt“, 2009.

[6] Vgl. Klaus Holz: „Gemeinschaft und Identität. Über den Zusammenhang nationaler und antisemitischer Semantiken“, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 23, 1998, S. 3-25.

[7] „Der Volkstod der Deutschen (Teil 1)“, a.a.O.



[8] Ebd.

[9] Nationale Sozialisten
Leipzig: „Das entmündigte
Volk“, 2009.

[10] Ebd.

[11] Zu Zitelmanns Ge-
schichtsrevisionismus Vgl.
Schobert, Alfred: Geschichts-
revisionismus à la carte. Mit
Nolte und Zitelmann gegen
„Westextremismus“, in: Kel-
lersholm, Helmut (Hg.): Das
Plagiat. Der Völkische Natio-
nismus der Jungen Freiheit,
DISS-Verlag, Duisburg 1994,
S. 269-296

Aufklärung und der Postulation unveräußerlicher Menschenrechte, etwa in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und der französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789. Ungleichheiten und Hierarchien zwischen gesellschaftlichen Gruppen mussten von da an besonders gerechtfertigt werden, etwa indem sie auf angebliche natürliche Eigenschaften der unterdrückten und ausgebeuteten „Anderen“ zurückgeführt und dadurch legitimiert werden.

Trotzdem finden sich in einigen Formen des modernen Rassismus auch noch Spuren des Autoreferentialismus. Guillaumin nennt als Beispiel dafür unter anderem die Nazis und ihre Vorstellungen vom „Ariertum“. Altero- und Autoreferentialismus können also durchaus miteinander verbunden sein.

So heißt es in dem Aufruf für den Neonazi-Aufmarsch im Oktober 2009 einerseits selbstbewusst und scheinbar unmissverständlich:

„Wir sind Deutsche und all unsere Werte und unsere Kultur sind das Ergebnis einer jahrtausendelangen Evolution. Dieses Erbe gilt es in die Zukunft weiterzutragen, damit unsere Ausdrücke volkstümlicher Künste, Traditionen und Lebensweisen noch in hundert Jahren fortbestehen.“

Der Vergleich mit anderen Kulturen scheint hier überflüssig zu sein, da die „jahrtausendelange Evolution“ und die dadurch hervorgebrachten „Künste, Traditionen und Lebensweisen“ für sich selbst stehen. Andererseits ist dieser Verweis auf „Kultur“ und „Lebensweise“ doch nicht mehr so selbstverständlich wie beim französischen Adel vor dem 19. Jahrhundert. Darum gibt es zur Charakterisierung des „deutschen Wesens“ immer wieder (alteroreferentielle) Vergleiche mit einer anderen, als bedrohlich empfundenen „Zivilisation“:

„Einstige Werte und Normen, die kennzeichnend für die Deutschen sind, weichen den ‚Werten‘ der mo-

dernen und pluralistischen Zivilisation. [...] Der Geist des Massenmenschen und der vagabundierenden, raffenden Kapitaleigentümer haben sich über den Geist des deutschen und sozialen Werteidealismus hinweggesetzt. [...] Der demokratische Massenmensch von heute steht somit im krassen Gegensatz zum heimatliebenden deutschen Menschen, der fest verankert in seiner raumorientierten Sozial- und Kulturgemeinschaft den Stürmen der kosmopolitischen Eindringlinge Stand hält.“⁷

Ohne diese und ähnliche Abgrenzung gegenüber „modernen und pluralistischen Zivilisationen“, „Massenmenschen“ und „vagabundierenden, raffenden Kapitaleigentümern“ bliebe eher unklar, was denn nun genau einen „heimatliebenden deutschen Menschen“ ausmacht. Die natürliche „ethnische“ Abgrenzung der „Deutschen“ von anderen Menschen und Kulturen hat ihre Selbstverständlichkeit längst verloren – die es sowieso niemals gab.

■ „Massenmenschen“ und ein „deutscher Staatsmann“

Besonders prekär ist der Status des nun schon mehrfach erwähnten „Massenmenschen“. Dabei handelt es sich um eine abwertende Bezeichnung für diejenigen Deutschen (qua Staatsbürgerschaft), die den von den „Nationalen Sozialisten“ als typisch deutsch propagierten Werten nichts abgewinnen können. Schuld daran haben aus ihrer Sicht kulturelle Einflüsse von Außen oder Manipulationen der abfällig als „Demokraten“ bezeichneten Politiker_innen:

„Wir haben erkannt, dass unter der Herrschaft der Demokraten jedes Aufbäumen unserer geschundenen Volksseele durch Materialismus und Konsum betäubt und durch den Verweis auf Kollektivschuld und die angebliche Unfehlbarkeit der Demokratie endgültig im Keim erstickt wird. [...] Dieses System muss also obgleich seiner gezielten Massenhypnose vom Glanz einer falsch verstandenen Freiheit durch ‚Kreuzchenmachen‘ und Individualismus scheitern.“⁸

Fortsetzung nach dem Einleger >>

■ Leipziger Zustände
Das chronik.LE-Glossar

Vorurteile und Menschenfeindlichkeit

Manchmal ist es schwierig, eine Sache auf den Punkt und einen richtigen Begriff zu bringen. Keine Bange – Sie können ja nachschlagen. chronik.LE hat dafür dieses Glossar

zusammengestellt. Hier finden Sie bündige Informationen zu Diskriminierungsformen: Definitionen, Merkmale, Ansätze zur Erklärung und Kritik sowie weitere Literaturhinweise.



Vorstellungen von Ungleichwertigkeit

1 Menschen sind Individuen in unterschiedlichsten Lebenslagen, mit einer Vielzahl von Bedürfnissen und sozialen Eigenschaften. Was banal klingt, wird im Alltag oft zum Anlass für Vorurteile und Diskriminierungen, die zum Teil tief in der Gesellschaft verankert sind und von vielen Menschen geteilt werden. Deren Vorurteile beziehen sich stets auf Menschen oder bestimmte Menschengruppen, die ein bestimmtes Merkmal aufweisen.

Ob diese Merkmale selbst gewählt oder durch die Betrachter_innen zugeschrieben sind, spielt dabei keine Rolle: beispielsweise Geschlecht, sexuelle Orientierung, Herkunft, die Wohn- und Arbeitsverhältnisse. Betroffen sind Frauen, Homosexuelle, Migrant_innen, Obdachlose, sozial Schwache usw., die ständig mit Vorurteilen, bestimmten Rollenbildern und Erwartungen konfrontiert werden – von denen sie wegen individueller Merkmale abweichen.

Vorurteile richten sich daher nicht gegen „echte“, sozial angetragene oder vorgestellte Merkmale – sondern gegen Menschen oder Menschengruppen, denen diese Merkmale zugeschrieben werden.

Es gibt denkbar viele verschiedene Vorurteile. Einige davon sind in der Gesellschaft so weit verbreitet, dass sie allgemein akzeptiert werden. Die davon Betroffenen müssen sich nicht nur ständig rechtfertigen, sondern ihnen werden Interessen und Bedürfnisse strittig gemacht. Diese Diskriminierung kann niederschwellig verlaufen: Frauen erfahren ganz unwillkürlich, dass man sie als Sexualobjekte ansieht oder ihnen bestimmte Aufgaben im Haushalt zuteilt, unabhängig von ihren individuellen Bedürfnissen.

Diskriminierung kann auch institutionalisiert vorkommen: Migrant_innen aus vielen Teilen der Welt wird es unmöglich gemacht, in die Bundesrepublik – wohlgerneht einer der wohlhabendsten Staaten – zu gelangen. Für einen wohlhabenden Deutschen wäre es umgekehrt kein Problem, in ein beliebiges Land zu migrieren. Ausgerechnet Flüchtlingen, die diesen Weg nicht einmal freiwillig wählen, wird dies verwehrt.

Diskriminierung ist nicht nur Ausdruck einer schlechten Meinung über diejenigen, die man mit Vorurteilen überzieht. Je nach Inhalt und Verbreitung der Diskriminierung werden auch soziale Verhältnisse nach diesem Muster geprägt und die Betroffenen systematisch abgewertet oder ganz ausgeschlossen.

Die meisten Menschen würden sich gegen den Vorwurf verwehren, andere zu diskriminieren. Tatsächlich ist Diskriminierung aber Bestandteil vieler Alltagshandlungen: erniedrigende Bemerkungen gegenüber Frauen, eine ganze Palette von Schimpfwörtern gegen Homosexuelle oder die ebenso zahlreichen abwertenden Bezeichnungen für Menschen mit anderer Hautfarbe sind Elemente des alltäglichen Sprachgebrauchs. Der Inhalt dieser Sprache wird oft nicht überdacht – sondern als selbstverständlich akzeptiert. Dahinter steht jedoch ein bestimmtes Denken, das Menschen für ungleichwertig hält, sie anhand bestimmter Merkmale sortiert, gedanklich als niederrangig markiert und entsprechend mit ihnen umgeht. Diese Vorstellungen der Ungleichwertigkeit von Menschen und Menschengruppen können sich zu Ideologien verfestigen.

Egal, gegen wen sich Ideologien der Ungleichwertigkeit richten: Wir haben es stets mit Formen der Menschenfeindlichkeit zu tun, die bestimmte Gruppen betreffen. Wo diese abgewertet und diskriminiert werden, behaupten die Diskriminierenden ihre eigene Dominanz, Macht und Vorrangstellung. In manchen Fällen geschieht dies unbewusst, in anderen Fällen durch aktive Handlungen bis hin zum Einsatz von Gewalt. Immer wird jedoch den Diskriminierten ihr Recht auf gesellschaftliche Teilhabe abgestritten..

Ihre vermeintliche Überlegenheit begründen die Diskriminierenden meist mit vorgeblich natürlichen Eigenschaften: etwa, zum „stärkeren Geschlecht“, der „überlegenen Kultur“ oder einer „intelligenteren Schicht“ zu gehören oder schlicht die „richtige Abstammung“ zu haben, die jemanden erst zur gesellschaftlichen Teilhabe berechtige.

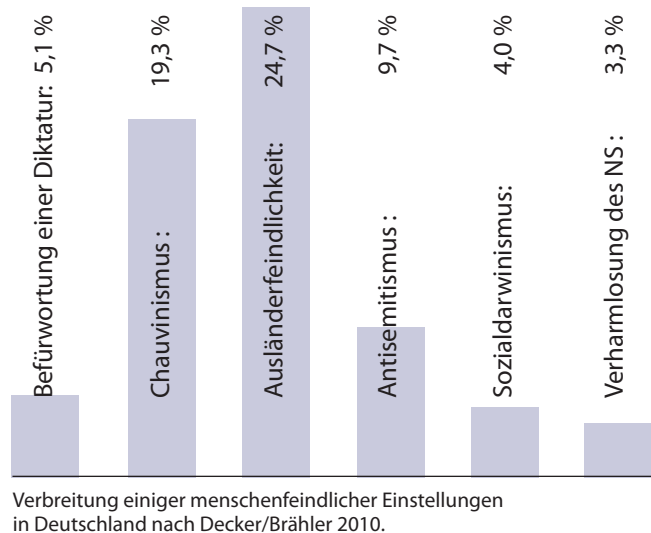
Freilich sind dies Rechtfertigungsversuche, die den gesellschaftlichen Zusammenhängen, der Lebenswirklichkeit und den individuellen Interessen der Menschen spotten – denn Diskriminierung entsteht erst durch eine bestimmte gesellschaftliche Praxis und nicht durch Biologie, Kultur, Geschlecht, Religion usw. Doch mit genau diesen Rechtfertigungen wird versucht, anderen Menschen eine selbstbestimmte Lebenswirklichkeit und ihre individuellen Bedürfnisse und Interessen zu versagen.

Es gibt keinen Automatismus, der menschenfeindliches Denken und Handeln zwangsweise entstehen lässt. Die Forschung geht davon aus, dass es keine bestimmten sozialen Schichten oder bestimmte Milieus gibt, die Ideologien der Ungleichwertigkeit hauptsächlich hervorbringen. ■

Ein Blick in die Forschung

2 Die ideologischen Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind in der Wissenschaft verschiedentlich untersucht worden. Die Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer (Universität Bielefeld) spricht beispielsweise von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (GMF), zu der Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie, Heterophobie (Abwertung von Homosexuellen, Obdachlosen und Behinderten), Etabliertenvorrechte und Sexismus zählen. Oliver Decker und Elmar Brähler (Universität Leipzig) betrachten in ihrer Studie „Vom Rand zur Mitte“ die Elemente Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Chauvinismus, Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Trotz ihrer unterschiedlichen Ansätze und Erklärungsversuche belegen solche Studien die enorme Verbreitung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen: Im Rahmen der GMF-Studien äußerten sich beispielsweise 2009 mehr als die Hälfte der Befragten fremdenfeindlich. Bei Decker und Brähler lehnte weniger als die Hälfte einen neuen „Führer“ in Deutschland völlig ab. ■



Zum Weiterlesen

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 1–8, Suhrkamp, Frankfurt/M. 2002–2009.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar u.a.: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2010. – Diese und Vorgängerstudien sind online zugänglich unter: www.fes.de/rechtsextremismus

Das Problem heißt nicht (Rechts-) Extremismus

3 Vor allem, wenn es um Versatzstücke der nationalsozialistischen Ideologie geht, zu denen u.a. Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus zählen, wird oft der Begriff „Rechtsextremismus“ ins Spiel gebracht. Er verweist auf eine politische Ordnungsvorstellung, die problematische „extreme“ Ränder und eine unproblematische, demokratische Mitte unterscheidet. Besonders die Politologen Eckhard Jesse und Uwe Backes haben eine Extremismustheorie geprägt, die überhaupt nicht nach politischen Einstellungsmustern und diskriminierenden Ideologien fragt, sondern behauptet, der demokratische Verfassungsstaat werde von Extremist_innen – egal welcher Sorte – „bedroht“. Mit diesem Extremismusbegriff ist es völlig unmöglich, sich speziellen Ideologien der Ungleichwertigkeit auf wissenschaftlichem Niveau zu nähern.

Wir raten davon ab, den Extremismus-Begriff zu gebrauchen:

Erstens: Dass jemand als „Extremist_in“ gilt, sagt noch nichts über seine oder ihre politischen Einstellungen aus. Wer von „Extremismus“ spricht, läuft also Gefahr, verschiedene politische Positionen vermeintlicher linker, rechter und sonstiger „Extremist_innen“ einfach gleichzusetzen.

Zweitens: Selbst Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus sind nicht Erfindungen von „Extremist_innen“. Die Vorstellung eines „Extremismus“, der sich ganz am Rand einer angeblich neutralen, ideologielosen und vorurteilsfreien „Mitte“ sammelt und diese „Mitte“ bedroht, widerspricht der Wirklichkeit. Vieles, was etwa als „Rechtsextremismus“ bezeichnet wird, ist in dieser „Mitte“

nämlich geradezu „normal“. Vertreter_innen der so genannten Mitte und „Rechtsextreme“ wissen sich zum Beispiel einig in ihrer nationalistischen Sorge um den deutschen Staat. Was sich je nach politischem Spektrum unterscheidet, sind spezifische Ausprägungen, Vokabular und Rechtfertigungen.

Tatsächlich sind Diskriminierungsformen nichts, das radikale oder „extremistische“ Splittergruppen erfunden oder für sich gepachtet hätten. In der Mehrheitsgesellschaft – und damit auch in der so genannten „Mitte“ – sind Vorurteile und Diskriminierung gegen tatsächliche oder konstruierte Minderheiten weit verbreitet.

Wo nun tatsächlich neonazistische Positionen und Handlungen vorkommen, kann man schlichtweg von Neonazismus sprechen. Auch dabei handelt es sich übrigens um eine Ideologie, die im Wesentlichen auf der Annahme der Ungleichwertigkeit von Menschen beruht. Wie wir gesehen haben, ist diese menschenfeindliche Maxime keineswegs „extremistisch“, sondern Gedankengut des Alltags. Hier den Begriff (Rechts-) „Extremismus“ anzusetzen verdunkelt diesen Zusammenhang. ■

Zum Weiterlesen

Butterwegge, Christoph: Die Entsorgung des Rechtsextremismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 1, Berlin 2010.

Wippermann, Wolfgang: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute. Primus Verlag, Darmstadt 1997.

Rassismus

Konstruktion und Abwehr des „Anderen“ und „Fremden“

4 Der klassische Rassismus entstand Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, nachdem „Rasstheorien“ in Umlauf gekommen waren. Durch die Einteilung der Menschheit in „höhere“ und „niedere“ Rassen bezogen diese Theorien den ursprünglich biologischen „Rasse“-Begriff auf soziale Verhältnisse. Die damit begründeten Praktiken des Ausschlusses, der Unterdrückung und der Ausbeutung von Menschengruppen hatten durch Kolonialismus und Sklaverei bereits eine lange Tradition. Vor der modernen Wissenschaft hielten Rasstheorien zwar nicht stand, denn Menschen sehen unterschiedlich aus, sind aber in einer Weise sozial organisiert, die mit Biologie nichts zu tun hat. Dennoch haben viele Gesellschaften eine rassistische Geschichte, die teils bis weit ins 20. Jahrhundert und die Gegenwart hineinreicht – in einigen Ländern durch öffentlich geduldete Diskriminierung, in anderen durch staatlich betriebene Apartheids-Politik oder gar Völkermord.

Rassismus bezeichnet heute die mit Macht praktizierte Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Einteilung nach bestimmten (äußeren) Merkmalen. Von diesen Kennzeichen wird auf individuelle Fähigkeiten, Eigenschaften und Verhaltensweisen geschlossen. Den so konstruierten Gruppen werden auf diese Weise verschiedene Wertigkeiten zugeordnet – in der Regel der eigenen Gruppe eine höhere, der Fremdgruppe eine niedrigere.

Bis heute gibt es offene Formen rassistischer Diskriminierung in Deutschland, von denen einige strafrechtlich verfolgt, andere geduldet oder sogar befördert werden: Auf individuellen Ebene sind Witze über „Neger“ und „Kanacken“ – Schimpfwörter aus dem Vokabular der „Rassenkunde“ – noch so weit verbreitet, dass sie auf keinem Schulhof und an keinem Stammtisch fehlen. Auf gesellschaftlicher Ebene sind Migrant_innen – oder sofern man sie wegen ihres Aussehens oder ihres Namens dafür hält – zum Beispiel bei der Suche nach einem Arbeitsplatz benachteiligt. Sie werden in der Regel deutlich unterdurchschnittlich bezahlt.

In den Medien und in ihrem sozialen Umfeld werden Migrant_innen nicht selten auf ihre „rassistische“ Minderheitenrolle reduziert oder als „Exot_innen“ vorgeführt. Manchmal findet die Kommunalpolitik sogar ein passendes Städtebau-Konzept, in dem Wohnviertel nach ethnischen Gesichtspunkten verplant werden. Asylbewerber_innen wird es oft verwehrt, überhaupt eine eigene Wohnung zu beziehen. Das deutsche Asylrecht ist noch immer eines der restriktivsten in Europa. Migrant_innen bleiben, solange sie lediglich „geduldet“ sind, viele Grundrechte verwehrt, die jedem Bürger mit deutschem Pass selbstverständlich scheinen.

Heute steht nicht mehr der Begriff „Rasse“ im Mittelpunkt: Klar rassistische Überzeugungen finden sich auch bei Menschen, die sich mitnichten für Rassist_innen halten und keiner Rasstheorie anhängen. Hier mag es sich um rassistische Vorurteile handeln, die im Laufe der Sozialisation erworben wurden und sich zu allgemeinen Vorstellungen von dem, was „normal“ und was „fremd“ ist, verfestigt haben. Rassistische Zuschreibungen müssen dabei

nicht zwangsläufig abwertend gemeint sein: Dass Asiat_innen gut in Mathe seien oder Afrikaner_innen „Rhythmus im Blut“ hätten erscheint denjenigen, die solche Vorurteile äußern, meist nicht als diskriminierend. Dennoch reduziert es Individuen auf rassistische Stereotype. Allerdings zirkeln rassistische Diskurse häufig nicht mehr um „rassistische“ Merkmale wie Hautfarbe und Abstammung, sondern um Religion und Kultur (Kulturalismus).

Dies geschieht aktuell in Form eines antimuslimischen Rassismus (Islamophobie). In Diskussionen um Moscheebauten, Koranschulen, Kopftuchzwang und Burkaverbot wird ständig behauptet, Muslim_innen gehörten einem „fremden“ Kulturkreis an; sie würden „andere“ Werte vertreten als die Mehrheit; sie würden „Parallelgesellschaften“ bilden statt sich den Vorstellungen der „Einheimischen“ anzupassen; und sie würden die Gemeinschaft derer, die sich hier als „Herr im Haus“ verstehen, bedrohen. Populär geworden ist die Vorstellung, es stünde ein unausweichlicher „Kampf der Kulturen“ bevor.

Wer so argumentiert, zieht ständig die Zugehörigkeit zu einem „Kulturkreis“ oder das Bekenntnis zu einer Religion heran, um bestimmte Eigenschaften dieser Religionsgruppe und deren Auswirkungen auf die übrige Gesellschaft und deren kulturelle Vorstellungen zu interpretieren. Individuelle Merkmale von Vertreter_innen dieser Gruppen werden unsichtbar. Sie werden stattdessen auf eine vermeintliche Kultur reduziert, die sich in den Köpfen der Mehrheitsgesellschaft festgesetzt hat.

Dabei ist es jedoch keineswegs so, dass sich beispielsweise aus dem Bekenntnis zum Koran – ebenso verschieden auslegbar wie die Bibel – gesellschaftliche Missstände und Blockaden (wie die „gescheiterte Integration“) erklären lassen. Kultur allgemein und Religion sind nicht zuletzt auch Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse und allgemein verbreiteter Handlungspraktiken. Diese Praktiken basieren nicht auf einem unentrinnbaren „Kulturkreis“, unveränderlichen „Werten“ oder einer alles bestimmenden Religion.

Dennoch werden Kultur und Religion – genau wie dereinst „Rasse“ – als angebliche Natur- oder Universalgesetze herangezogen, an denen soziale Tatsachen gemessen werden. Dieses Abmessen gewinnen freilich immer jene, die auch das Maß vorgeben (Ethnozentrismus). Ebenso wie beim klassischen Rassismus werden Leute anhand bestimmter Eigenschaften sortiert, ausgeschlossen und damit diskriminierende Praktiken gerechtfertigt. ■

Zum Weiterlesen

Antidiskriminierungsbüro (ADB) Sachsen (Hrsg.): Rassismus in Sachsen. Aktuelle Perspektiven, Leipzig 2010.

Sander, Lou: Schwarz – Weiß – Rot – Gold: (Anti)Rassismus im deutschen Kontext, in: Interventionen. Zur Kritik des Antisemitismus und Rassismus, Leipzig 2008. Dieser Text ist online zugänglich unter: <http://interventionen.conne-island.de/04.html>

Terkessidis, Mark: Psychologie des Rassismus, Wiesbaden 1998.

Sexismus

Keine „kleinen Unterschiede“, sondern soziale Zwänge

5 Dass Frauen nicht einparken und Männer nicht über ihre Gefühle reden können, sind zwei ebenso abgedroschene wie falsche Annahmen, die im Alltagsverständnis über Geschlechter kursieren. Wem welches Geschlecht zugesprochen wird, ist zwar eine Willkürentscheidung, hat aber großes Gewicht: Frauen werden schlechter bezahlt, haben weniger Chancen etwa auf eine akademische Laufbahn, bekommen Hausarbeit und Erziehung aufgebürdet und dürfen sich dazu allerhand markige Sprüche anhören, die Frauen abwerten oder etwa auf die Rolle eines Sexualobjekts reduzieren – von Gewalt noch ganz zu schweigen.

Die Sozialwissenschaft geht indes davon aus, dass das, was in der Gesellschaft als „männlich“ und „weiblich“ gilt, auf weitgehend unhinterfragte Normen und traditionelle Rollenbilder zurückgeht – und nicht auf ein biologisches Geschlecht. Diese biologischen Geschlechter (engl. „sex“) basieren auf bestimmten körperlichen Eigenschaften, die für eine Unterscheidung herangezogen werden. Das soziale Geschlecht (engl. „gender“) beruft sich auf diese Unterscheidung und teilt Menschen allerorten nach Männern und Frauen ein.

Dafür wird deren Anpassung an bestimmte Ideale von Männlichkeit und Weiblichkeit verlangt, die mit biologischen Tatsachen jedoch nichts zu haben: Ob ein Kind mit Puppen spielt und die Farbe Rosa mag oder in einen Fußballverein gesteckt wird und lieber Blau trägt, folgt nachweislich nicht aus den Genen und nicht aus dem Vorhandensein oder Fehlen bestimmter Geschlechtsorgane.

Dennoch strukturieren bestimmte anerzogene und erlernte Normen von Männlichkeit und Weiblichkeit das (Zusammen-) Leben der Menschen. In der Gesellschaft kursieren jedenfalls sehr genaue Vorstellungen davon, wie eine „normale“ Beziehung, Ehe oder Familie auszusehen hat. Keine Überraschung: Die Frau nimmt darin eine untergeordnete Stellung ein. Speziell in Ehe und Familie wird sie wegen ihres biologischen Geschlechts für einen sozialen Dienst an

der Gemeinschaft in Anspruch genommen: Mutterschaft und Erziehung. In diesen Vorstellungen spielen individuelle Ansprüche, die womöglich auf eine völlig andere Lebensweise abzielen, überhaupt keine Rolle.

Wer jedoch seine eigene Erscheinung und sein Verhalten nicht den Normen unterordnet, die gemeinhin als „männlich“ oder „weiblich“ anerkannt sind, erlebt nicht nur einen fortwährenden Anpassungsdruck (z.B. „hübsch“ auszusehen, seine Gefühle „angemessen“ auszudrücken, sich „passend“ zu kleiden, sich dem Willen des anderen Geschlechts zu fügen...), sondern darf auch damit rechnen, diskriminiert zu werden. Er oder sie gilt nämlich nicht mehr als „normal“ und wird daher von jener Mehrheit nicht anerkannt, für die solche Konventionen des „Normalseins“ unabänderlich scheinen.

Das gilt nicht nur für die Träger_innen eines bestimmten Geschlechts, sondern für Sexualität schlechthin. Als „normal“ gilt Heterosexualität – für Bi- und Homosexuelle hält die Mehrheit eine große Zahl von Vorurteilen und Schmähungen bereit (Heteronormativität). Typisch für diese so genannte Homophobie ist es, Homosexualität für „unnatürlich“, „krankhaft“ oder „schädlich“ zu halten. Wer homophob ist, empfindet Homosexualität als Anschlag auf bestehende Konventionen und sieht seine persönliche Identität als „Mann“ oder „Frau“ bedroht. Eine reale oder gar „biologische“ Grundlage hat diese Angst nicht.

Zum Weiterlesen

Antisexismusbündnis Berlin: AS_ISM – Antisexismus-Reader,

Broschüren Bd. 1–3. Die Broschüren gibts unter <http://asbb.blogspot.de> zum Download.

Butler, Judith: Das Unbehagen der Geschlechter. Gender Studies, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1991.

Donat, Esther/Froböse, Ulrike/Pates, Rebecca: ‚Nie wieder Sex.‘ Geschlechterforschung am Ende des Geschlechts, Wiesbaden 2009.

Sexistische Motive...

...sind beliebte (und vermutlich effektive) Werbeträger. Das nebenstehende Motiv stammt von der Ortsgruppe Wittmund der „Jungen Union“ (JU), der Jugendorganisation der CDU. Statt politische Sachthemen zu illustrieren, wird der Unterleib einer Frau gezeigt. Das Motiv soll offenbar vor allem Männer ansprechen – und „funktioniert“ nur, weil manche Betrachter Frauen ebenso auf sexuelle Eigenschaften reduzieren wie die Layouter_innen der JU.

Mehr noch: Der Spruch „Wir gehen tiefer!“ assoziiert das „Mitmachen“ in der JU mit eindeutig sexistischen Konventionen: Frauen haben so auszusehen, wie auf dem Bild dargestellt, und Männer haben einen Anspruch zum „tiefer gehen“.

Das sind Geschlechterrollen von anno-dazumal.



Antisemitismus

Moderner Hass aus altbekannten Motiven

6 Judenfeindschaft hat eine Jahrhunderte alte Tradition, die sich zunächst als Antijudaismus – Feindschaft von Christ_innen gegenüber Anhänger_innen der jüdischen Religion – ausdrückte und bereits im Mittelalter zu Pogromen und Massenvertreibungen geführt hat. Juden galten im gesamten christlichen Europa als Bedrohung des Absolutheitsanspruchs der Kirche und als Verkörperung des Bösen. Entsprechend gewalttätig waren die Reaktionen – Jüd_innen wurden isoliert. In dieser Zeit entstanden die zentralen Motive der Judenfeindschaft, die noch heute kursieren: Vorstellungen von Brunnenvergiftung, rituellem Kindsmord, Verschwörungen und übermenschlicher Macht.

Der moderne Antisemitismus konnte an diese Motive anknüpfen, ist jedoch vom religiösen Hintergrund abgerückt: In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde besonders in Deutschland die „Judenfrage“ diskutiert, bei der es darum ging, ob Jüd_innen überhaupt zum deutschen Staatswesen gehören können. Schließlich wurde das „Judentum“ zur „Gegenrasse“ stilisiert, der abwechselnd alle negativen Aspekte der Gegenwart zugeschrieben wurden: Wirtschaftskrise, soziale Unruhe, Krieg usw. Im Gegensatz zum Rassismus, der andere „Rassen“ für minderwertig oder tierähnlich hält, schreibt der Antisemitismus Jüd_innen eine übermenschliche, kaum fassbare Machtfülle zu.

Die wahnhaftige Idee, daher alle Jüd_innen aus Europa zu vertreiben oder gar zu „vernichten“, entstand bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts als populäre Forderung. Vorurteile gegen Jüd_innen waren ein anerkanntes Gedankengut, das sich fast alle politischen Bewegungen jener Zeit zueigen gemacht haben.

Der Antisemitismus wurde hierzulande ab 1933 Staatsräson. Der Deportation und Ermordung von Millionen von Jüd_innen hat die übergroße Mehrheit der Deutschen nicht widersprochen und etliche waren aktiv an Vorbereitung und Durchführung der Shoah beteiligt.

Der politische Antisemitismus ist heute diskreditiert. Zahlreiche Studien belegen jedoch, dass judenfeindliche Einstellungen nach 1945 nicht verschwunden sind, sondern meist andere Ausdrucksformen gefunden haben.

Besonders augenfällig sind häufige Drohungen gegen jüdische Institutionen und Attacken gegen jüdische Friedhöfe. Hinzu kommt ein so genannter sekundärer Antisemitismus, der versucht, einen „Schlussstrich“ unter die Aufarbeitung des Nationalsozialismus zu ziehen und Jüd_innen ihren Status als Opfer des Antisemitismus abspricht. Vorgeworfen wird Jüd_innen zum Beispiel, bewusst Profit aus dem Holocaust schlagen zu wollen.

Gleichzeitig tauchen heute altvertraute antisemitische Stereotype wieder auf: Die beliebte Bezeichnung von Investor_innen als „Heuschrecken“, die über die deutsche Wirtschaft herfallen, folgt etwa der Propaganda-Karikatur des „jüdischen Parasiten“.

Übergänge zum Antisemitismus sind auch dort zu beobachten, wo der Staat Israel kritisiert und ihm das Existenzrecht abgesprochen wird (Antizionismus). Zwar ist nicht jede Kritik an Israel antisemitisch, doch bietet der Nahostkonflikt eine beliebte Projektionsfläche für antisemitische Denkweisen quer durch alle politischen Lager. Davon zeugen beispielsweise Parolen wie „Kindermörder Israel“, die Gleichsetzung der israelischen mit der nationalsozialistischen Politik und der Vergleich der Situation der Palästinenser_innen mit der Shoah.

Zum Weiterlesen

- Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus? Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004.
- Salzborn, Samuel: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Campus Verlag, Frankfurt/M. 2010.
- Holz, Klaus: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung. Hamburger Edition, Hamburg 2001.
- Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. Gesamtausgabe. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2008.



Antisemitische Stereotype...

...standen einer Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „metall“ vom Mai 2005 Pate. Obwohl in dieser Zeitschrift gewöhnlich keine antisemitischen Statements auftauchen, bedient die Bildwahl judenfeindliche Klischees. Vor allem in der nationalsozialistischen Propaganda war (und ist) die Assoziation von „Juden“, „Kapitalisten“ und ihre Reduzierung auf Tiere durchgängig vorhanden – ebenso die Verbindung von Judentum und den USA. Im „metall“-Heft wird übrigens die „Schädlichkeit“ US-amerikanischer Firmen für Deutschland behandelt. In diesem Thema überschneiden sich Antisemitismus und Antiamerikanismus – beides wird als „Kapitalismuskritik“ missverstanden.

Verwertungsideologien

Wer nichts hat, taugt nur noch zur Ausgrenzung

7 Eine Reihe von Diskriminierungen geht auf das Verhalten von Menschen zurück, die eine Überlegenheit auf Grund ihres sozialen Status behaupten, ihre Privilegien festigen und andere davon fernhalten wollen. Dabei werden andere Gruppen wegen Merkmalen wie ihrem (fehlenden) Wohlstand, Bildung und Körperzustand diskriminiert. Typischerweise trifft dies Obdachlose, Menschen mit Behinderungen, Langzeitarbeitslose, Geringverdiener_innen usw. Sie gelten als Beispiele dafür, die von der Gesellschaft erwartete Leistung nicht erbracht zu haben, nicht über Symbole des Erfolgs (Geld, Eigenheim, Pkw) zu verfügen und im allseitigen Konkurrenzdruck nicht zu bestehen.

Die Stigmatisierung von Menschen erfolgt hier wegen ihrer angeblichen Nutzlosigkeit: Sie erfüllen nicht die Anforderungen der vorherrschenden Marktlogik (weil bspw. ihre körperliche Leistungsfähigkeit eingeschränkt ist), tragen nichts zu einer gelingenden Kapitalverwertung bei (z.B. mangels Arbeitsplatz) und weisen nicht die Kriterien auf, die in der Wirtschaft wie dem sozialen Leben hoch angesehen sind: Effizienz, Nützlichkeit und Rentabilität. Die Tatsache, deswegen von der Unterstützung der Gesellschaft abhängig zu sein, wird den Betroffenen zum Vorwurf gemacht: Sie seien „Schmarotzer“, leisteten keinen „Beitrag zur Gemeinschaft“, lägen allen Anderen auf der Tasche. „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“, sagt der Volksmund.

Dahinter steckt ein bestimmtes Ideal von „ehrlicher Arbeit“, bei dem sich das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe vom Ausüben einer anerkannten (Lohn-)Arbeit ableitet. Dieser soziale Chauvinismus wirkt folglich als Strafdrohung gegen jene, die in diesem Prozess ihr materielles Fortkommen nicht sichern können – sie seien einfach faul, nicht fleißig genug oder wollten auf Kosten anderer leben und sollten daher die Konsequenzen selbst tragen.

Das sind freilich Vorurteile, denn das materielle Scheitern gehört zu den Risiken einer Ökonomie, die auf Konkurrenz basiert und folglich auch Verlierer_innen produziert. Statt diese zu unterstützen, stoßen sie auf Schikanen: Obdachlose

dürfen nicht auf Bänken schlafen und werden aus Stadtzentren vertrieben; Hartz-IV-Bezieher_innen werden als potentielle Betrüger_innen behandelt und müssen noch die privatesten Unterlagen dem Amt vorlegen; Behinderte merken allorten, dass man sie nicht als „vollwertige“ gesellschaftliche Akteure akzeptiert. Rollstuhlfahrer_innen finden beispielsweise keinen Eintritt in viele öffentliche Gebäude, weil entsprechende Zugänge nicht existieren.

Auf der anderen Seite stehen jene, die in vielerlei Hinsicht besser gestellt sind und deswegen glauben, sie entsprächen den gesellschaftlichen Normen. Damit wird ein Anspruch auf eine bestimmte soziale Stellung begründet, auf den andere verzichten sollen, solange sie ihn sich nicht „erarbeitet“ haben.

Dieses Elitedenken ist insbesondere deswegen menschenfeindlich, weil es den eigenen Lebensstandard nur denen zuerkennt, die sich in den Augen der Elite als „nützlich“ erwiesen haben. Dabei wird unterschlagen, dass nicht jeder Mensch die gleichen Voraussetzungen mitbringt, sondern es sich um Individuen handelt. Zudem gehen Arbeitsverhältnisse, sozialer Stand und körperliche Eigenschaften letztlich nicht auf den eigenen Willen zurück, „fleißig“ zu sein und „ehrlich“ zu arbeiten, sondern sind vor allem vielfältigen äußeren Zufällen und Zwängen geschuldet.

Sozialer Chauvinismus macht dafür Einzelne verantwortlich und findet Widerhall in einer reaktionären Sozialpolitik, die mit denselben Argumenten Unterstützungszahlungen kürzt oder sie nur unter restriktiven Bedingungen ermöglicht. ■

Zum Weiterlesen

Kemper, Andreas/Weinbach, Heike: Klassismus. Eine Einführung, Unrast, Münster 2009.

Stumberger, Rudolf: Die neue Zuchtwahl. Ob Arbeitslose oder Migranten: Wie aus der bürgerlichen Mitte Sozialrassismus wieder hoffähig gemacht wird. Telepolis, 31.08.2020, online unter: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/33/33221/1.html>

Über die „Mehrheit“ und ihre „Normen“:

„Was normal ist, definiert immer noch die Mehrheit. Die prägt die Norm. Damit muß man gerade als Randgruppe nun einmal leben.“

Dieses Zitat stammt von der Website einer sächsischen Neonazi-Gruppierung, steht aber exemplarisch für einen weit verbreiteten Irrtum: Die Mehrheit habe automatisch Recht – und die „Anderen“ hätten schlicht Pech oder müssten sich der Mehrheit anpassen. Oft wird dieser Ansatz für „Integration“ gehalten; in Wirklichkeit führt ein solches Verständnis aber zur Unterdrückung von Interessen und einer Brandmarkung „abweichender“ Lebensweisen und -situationen. Die „Abweichung“ besteht le-

diglich darin, nicht der von der Mehrheit geprägten „Norm“ zu entsprechen. Diese Mehrheit ist es auch, die festlegt, wer zu einer „Randgruppe“ gehört – und wie man mit solchen „Randgruppen“ umgeht.

Allerdings ist sowohl die „Norm“ konstruiert, als auch die Ausprägung von „Mehrheit“ und „Randgruppen“, also Minderheiten. Es sind Kennzeichen einer demokratischen Gesellschaft, dass sich Mehrheitsverhältnisse ständig ändern und die Zugehörigkeit zu einer Minderheit nicht bedeuten muss, auf eigene Interessen zu verzichten. Diese Interessen sind Gegenstand politischer Aushandlungsprozesse. Minderheiten aber per se dem Willen der Mehrheit opfern zu wollen, ist eine antidemokratische Vorstellung.

Nationalismus

Warum die Vaterlandsliebe ein einziger Denkfehler ist

8 Für Nationalist_innen stellen Nationen übergeordnete Einheiten dar, denen Vorrang vor individuellen Interessen zukommt. Im Nationalismus fallen entsprechend Nation und Staatsgebilde zu einer Rechtfertigungsideologie von staatlicher Herrschaft in einem bestimmten Gebiet und über dessen Bewohner_innen zusammen. Nationalistische Ideologien gehen in der Regel auch mit der Überhöhung der eigenen Nation gegenüber anderen Nationen einher – eine Einstellung, die auch als nationaler Chauvinismus bezeichnet wird.

Die Nation wird dabei als eine überzeitliche oder zumindest auf einer langen Tradition basierende Gemeinschaft verstanden. Jedoch handelt es sich um ein Konstrukt, eine nur „vorgestellte Gemeinschaft“ (Benedict Anderson). Die europäischen Nationalbewegungen im 19. Jahrhundert mussten ihre jeweilige „nationale Tradition“ erst „erfinden“. Im Falle Deutschlands waren dies etwa germanische Mythen, die eine einheitliche Frühgeschichte, gemeinsame Abstammung und fortwährende Zusammengehörigkeit aller Deutschen behaupten („Deutschtum“).

Den geschichtlichen Tatsachen entspricht dies nicht. Auch die Aufteilung der Welt in Nationalstaaten ist eine vergleichsweise junge Erscheinung. Von „Deutschland“ als Staat lässt sich beispielsweise sinnvoll erst seit 140 Jahren reden – einem historisch sehr kurzen Zeitraum.

Die meisten Nationalist_innen streben einen eigenen Nationalstaat an. Idealtypisch kann zwischen verschiedenen Nations-Konzepten unterschieden werden: Die „Staatsnation“ definiert sich über eine gemeinsame Rechtsordnung und Verfassung, zu der sich prinzipiell jede_r bekennen kann. Dieses Verständnis hat sich vor allem in Frankreich und den USA etabliert. Dagegen begründet sich die „Kulturnation“ als eine Gemeinschaft mit gemeinsamen kulturellen Werten und Eigenheiten. Mitglied dieser Gemeinschaft kann nur sein, wer auch entsprechendes Verhalten und bestimmte Eigenschaften aufweist. Wird gar eine gewisse Vorstellung von ethnischer Zugehörigkeit zur konstituierenden Eigenschaft von Nation, spricht man von „Volksnation“. Die „richtige“ Abstammung war bis vor wenigen Jahren noch wichtigste Bedingung für die Zuerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit („Blutsrecht“, lat. ius sanguinis).

Solche Ansichten sind noch immer weit verbreitet. Dahinter steckt die Vorstellung, dass die Welt in eine Vielzahl von Völkern mit einem je eigenen „Nationalcharakter“ aufgeteilt sei und jedes Volk seine „Eigenheiten“ in Form eines eigenen Staates ausdrücken und bewahren müsse („Selbstbestimmungsrecht der Völker“). In diesem völkischen Nationsverständnis werden die Bewohner_innen eines Landes als einheitliches „Volk“ begriffen, nicht als Bevölkerung mit einer Vielzahl von Individuen.

Die Identifikation mit der Nation funktioniert vor allem über Abgrenzung und damit auch Abwertung anderer Nationen

und der mit ihnen identifizierten Menschen. Jede nationale Gemeinschaft gibt sich Normen und Gesetze, die über die Zugehörigkeit oder den Ausschluss aus der Gemeinschaft befinden.

Mit Berufung auf die Nation formulieren Nationalist_innen auch exklusive Ansprüche auf ihren „angestammten“ Raum – Ansprüche, die sich zunächst gegen Menschen richten, die nicht zur Nation gehören oder lediglich als „nationale Minderheiten“ geduldet werden. Diese Ansprüche werden auch gegenüber anderen Staaten und deren Bervölkerungen geltend gemacht.

Im globalisierten Kapitalismus mündet die Aufteilung der Welt in einzelne Nationalstaaten in eine Logik weltweiter „Standortkonkurrenz“. Diese Konkurrenz folgt aus dem Interesse aller Staaten an einer Vormachtstellung auf dem Weltmarkt und kann in einen „Standortnationalismus“ münden, dem sich auch ethnische Stereotype beimischen (z.B. „Deutsche Wertarbeit“ vs. „chinesische Billigkonkurrenz“). Ökonomischer Wettbewerb auf Basis nationaler Standortfaktoren folgt jedoch im Rahmen der Logik des neoliberalen Weltmarktes und ist nicht auf Eigenheiten verschiedener oder gar verschiedenwertiger Nationen und Völker zurückzuführen, wie dies von Nationalist_innen behauptet wird.

Wegen der gewaltsamen Geschichte des Nationalismus und weil dieser zumeist im Gefolge mit Rassismus und weiteren Ideologien der Ungleichwertigkeit auftritt, bevorzugen manche Nationalist_innen den Begriff „Patriotismus“. Dieser sei weniger aggressiv und lediglich eine harmlose Variante der „Vaterlandsliebe“. Eine klare Unterscheidung zum Nationalismus ist aber nicht möglich:

Auch der Patriotismus, der beispielsweise im Rahmen von Sportgroßveranstaltungen gepflegt wird, drückt eine Konkurrenz zu anderen Staaten aus. Wer in dieser Konkurrenz Stellung nimmt, bekennt sich umstandslos zum Konstrukt der Nation und der eigenen nationalen Gemeinschaft.

Repräsentative Untersuchungen zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ vor und nach der Fußball-WM der Männer 2006 konnten zeigen, dass der Anstieg positiver Identifikation mit Deutschland im Zuge des sogenannten „Partypatriotismus“ mit einem Anstieg der Fremdenfeindlichkeit, sowie Tendenzen zur Überhöhung der deutschen Nation in der Bevölkerung einherging. ■

Zum Weiterlesen

Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Campus-Verlag, Frankfurt/M. 2005.

Becker, Julia/Wagner, Ulrich/Christ, Oliver: Nationalismus und Patriotismus als Ursache von Fremdenfeindlichkeit. in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Band 5. Suhrkamp, Frankfurt/M.

Hobsbawm, Eric: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Campus, Frankfurt/M. 1991.

Autoritarismus

Der seltsame Wunsch, sich und andere zu unterwerfen

9 Ein Zweig der Sozialpsychologie geht davon aus, dass es Menschen mit autoritären Charakterzügen gibt, die sich eng an traditionelle Werte und Normen gebunden fühlen, einen Hang zur Unterwerfung unter eine (staatliche) Autorität haben und sich gegenüber Schwächeren oder „Fremden“ prinzipiell abwertend verhalten. Bereits 1950 ist diesem Phänomen in den „Studien zum autoritären Charakter“ (Theodor Adorno) nachgegangen worden. Damals konnte gezeigt werden, dass autoritäre Persönlichkeiten zumeist auch antidemokratischen, faschistischen und antisemitischen Einstellungen anhängen. Autoritarismus ist Ausdruck einer weitgehenden Akzeptanz von Vorurteilsmustern und die verbreitete Bereitschaft zur Diskriminierung.

Über die Gründe lässt sich trefflich streiten, hierzu existieren verschiedene psychologische und soziologische Deutungen.

Anzeichen für Autoritarismus haften praktisch allen Formen der Menschenfeindlichkeit an: Stets wird sich auf höhere, angeblich universelle und unfehlbare Instanzen berufen, etwa Natur, Kultur, Nation. Stets geht es darum, von einer Machtposition aus Ansprüche in der Gesellschaft durchzusetzen, etwa, dass sich jeder Einzel-

ne als „nützlich“ zu erweisen habe. Und stets sehen sich autoritäre Menschen dabei im Recht, weil sie sich als „Herr im Haus“ verstehen. Dieser Standpunkt wird nicht selten als Berechtigung (oder Selbstermächtigung) verstanden, Gewalt anzuwenden.

Typisch für autoritäre Denkweisen ist das Einfordern eines starken Kollektivs und einer Instanz, die alle Mitglieder diszipliniert. Übertragen auf die politische Ebene zielt dies einerseits auf Vorstellungen von kollektiver Vereinheitlichung, wie sie Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus prägen. Andererseits sympathisieren autoritäre Menschen mit der Idee einer auktoritären Führerschaft in der jeweiligen Gemeinschaft. Letztlich zielt Autoritarismus darauf, widerstreitende Interessen und Ansichten oder nicht anerkannte Lebensweisen mit Zwang anzugleichen oder zu beseitigen. ■

Zum Weiterlesen

Adorno, Theodor: Studien zum autoritären Charakter. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1995.

Jour fixe-ini: Theorie d. Faschismus – Kritik d. Gesellschaft, Münster 2000.

Löwenthal, Leo: Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1990.

Faschismus und Neonazismus

Ausgrenzung und Unterdrückung als politisches Programm

10 Der Faschismus entstand in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in mehreren europäischen Staaten als politische Bewegung, die eine als Phase der Dekadenz und Degeneration wahrgenommene Gegenwart mit Gewalt („revolutionär“) beseitigen und an deren Stelle eine völkisch-nationalistische Ordnung setzen wollte. Damit einher ging ein Erweckungsglaube an die „Wieder-“ oder „Neugeburt“ der Nation. Historisches Paradebeispiel für den Faschismus ist Italien unter Benito Mussolini. Auch der Nationalsozialismus in Deutschland gilt als faschistische Bewegung, wobei die NS-Herrschaft ab 1933 einige Eigenheiten aufwies – etwa den Vernichtungstisemitismus, der für Italien keineswegs charakteristisch war.

Faschismus beruht auf Rasselehren und dem völkischen Nationalismus. Entsprechend ihrem Sendungsbewusstsein, im Namen einer höheren Rasse oder einer zukünftigen Ordnung zu handeln, ist das Führerprinzip ein weiteres Merkmal faschistischer Herrschaft. Als politische Bewegung ist der Faschismus heute allerdings von marginaler Bedeutung – ob schon sich in den Programmen neonazistischer und anderer reaktionärer Parteien und Organisationen faschistische Ideen finden.

Vor allem in Deutschland gibt es neonazistische Bewegungen, die offene Anleihen am Nationalsozialismus nehmen, beispielsweise einen „nationalen Sozialismus“ propagieren und entsprechend dem historischen Vorbild auch Vernichtungsphantasien anhängen.

Im Neonazismus verdichten sich Versatzstücke all jener Ideologien der Ungleichwertigkeit, die hier bereits dargestellt worden sind, zu einem geschlossenen politischen Weltbild. Neonazis verfolgen das Ziel der Errichtung einer „deutschen Volksgemeinschaft“ und mischen sich dafür organisiert und zielgerichtet in Politik und Gesellschaft ein. Immer öfter verzichten sie dabei auch auf ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus.

Der Neonazismus wird schließlich auch dadurch befördert, dass einzelne Elemente seiner politischen Anschauungen, wie etwa die Idee der Volksgemeinschaft, teilweise Anerkennung in der Bevölkerung finden oder zumindest nicht ausdrücklich kritisiert und daher nicht wirksam zurückgewiesen werden. ■

Zum Weiterlesen

Griffin, Roger: The Nature of Fascism. Pinter, London 1991.

Sternhell, Zeev: Faschistische Ideologie. Verbrecher Verlag, Berlin 2002.

Breuer, Stefan: Nationalismus und Faschismus. Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2005.

Rotermundt, Rainer: Verkehrte Utopien. Nationalsozialismus, Neonazismus, neue Barbarei. Argumente und Materialien. Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M. 1980.

Wippermann, Wolfgang: Faschismus. Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute, Primus Verlag, Darmstadt 2009.



Falls diese Problembeschreibung (Manipulation durch das „System“ und seine Handlanger_innen) so akzeptiert wird, könnte trotzdem die Frage aufkommen, ob ein „echter Deutscher“ sich so leicht manipulieren lassen würde. Dass es nun aber mal so viele „Massenmenschen“ gibt, wie von den „Nationalen Sozialisten“ beklagt, wirft einen dunklen Schatten auf das „deutsche Wesen“.

Letztendlich wird gerade durch die Erklärungen der Leipziger Neonazis deutlich, dass es sich beim „deutschen Menschentypus“, den sie wiederbeleben wollen, nur um eine Konstruktion handeln kann. Zudem um eine sehr fragile, da der Anspruch, für alle „Deutschen“ bzw. für das gesamte „Volk“ zu sprechen, dem nur „seine Stimme zurückzugeben“⁹ sei, offensichtlich nicht aufrechtzuerhalten ist. Zwar berufen sich auch andere politische Akteure gern auf das Gemeinwohl oder zumindest auf die (angeblichen) Interessen einer von ihnen vertretenen Mehrheit. Bei einer Bewegung, deren Protagonisten sich zu Rettern des „deutschen Menschentypus“ aufschwingen wollen, ist es aber fatal, wenn durch deren eigene Argumentation klar wird, dass eine solche „deutsche“ Identität nur eine Konstruktion darstellt.

Wahrscheinlich ist auch den „Nationalen Sozialisten“ klar, dass nicht all zu viele Menschen in Deutschland der von ihnen propagierten „wahren Volksherrschaft unter dem nationalen Sozialismus“ etwas abgewinnen können. Warum sonst erlauben sie sich den Gag, in einem Artikel über diese Herrschaft der „fähigsten Köpfe“ (und nicht etwa des „Volkes“ selbst!) am Ende einen „deutschen Staatsmann“¹⁰ zu zitieren, den Namen ihres Idols aber zu verschweigen? Als Quelle für das Zitat wird das NS-apologetische Buch „Selbstverständnis eines Revolutionärs“ des der Neuen Rechten nahestehenden Publizisten Rainer Zitelmann¹¹ genannt, der erste Teil des Buchtitels jedoch verschämt weggelassen.

Dieser lautet schlicht: „Hitler“.





KEINE HEMMUNGEN

NEONAZIS ERMORDETEN SECHS MENSCHEN IN LEIPZIG SEIT 1990

von **chronik.LE**

[1] Zahl nach Recherchen der Zeit und des Tagespiegels. Vgl. Zeit Online: Todesopfer rechter Gewalt von 1990 bis 2010, 16.09.2010, in: www.zeit.de/themen/gesellschaft/todesopfer-rechter-gewalt/index, angesehen am 02.10.2010.

[2] Zahl nach Recherchen der Amadeu-Antonio-Stiftung und des Opferfonds CURA. Vgl. Amadeu-Antonio-Stiftung (Hg.): Mut gegen rechte Gewalt. Das Internetportal gegen Rechtsextremismus, in: <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/149-todesopfer>, angesehen am 02.10.2010.

Im Herbst dieses Jahres wurde der 19-Jährige **Kamal K.** von zwei Rassisten am Leipziger Hauptbahnhof ermordet. Er war nicht der Erste, der durch Nazigewalt sein Leben verlor. In Deutschland starben seit 1990 zwischen 137¹ und 149² Menschen durch menschenfeindliche Übergriffe³. Die Bundesregierung zählt dagegen bisher nur 47 beziehungsweise 49 Tote⁴ offiziell als „Opfer rechtsextremer Gewalt“. Die deutliche Differenz ergibt sich daraus, dass die Kriminalämter nur solche Fälle als „rechtsextrem“ motiviert einstufen, bei denen die Ermittler_innen eindeutig feststellen, dass die Täter organisierte Neonazis sind und darüber hinaus klare Anhaltspunkte für eine politische Motivation vorliegen. Aus verschiedenen Gründen finden Erkenntnisse zu ideologischen Tatmotiven jedoch oftmals keinen Eingang in die Ermittlungsakten. Auch vor Gericht werden sie häufig kaum berücksichtigt.

Allein in Leipzig sind seit 1990 mindestens sechs Menschen durch rassistische und andere diskriminierende Übergriffe zu Tode gekommen. **chronik.LE** dokumentiert diese Fälle um zu zeigen, dass menschenfeindliche Ideologien Täter immer wieder bis zum Äußersten treiben – der Vernichtung von menschlichem Leben.

Am 28. Mai 1994 wird der 43-jährige **Klaus R.** in einem Mietshaus in Leipzig-Lindenau von sechs Neonazis zu Tode geprügelt. Das spätere Opfer und die Täter wohnen zu diesem Zeitpunkt im selben Haus, in dem die Neonazis eine Wohnung besetzt halten. Nach einem Streit mit Klaus R. treten die Täter mit Stiefeln auf ihren Nachbarn ein und schlagen ihn mit Boxhandschuhen.

1995 verurteilt das Leipziger Landgericht den 18-jährigen Hauptangeklagten wegen versuchten Totschlags und schwerer Körperverletzung zu fünf Jahren Haft. Die fünf Mittäter kommen mit niedrigeren Haft- und Bewährungsstrafen davon.

Bernd G., 43 Jahre alt, wird in der Nacht zum 8. Mai 1996 in Leipzig-Wahren auf offener Straße von drei Neonazis zusammengeschlagen und niedergestochen. Nachdem die Täter auf ihn eingetreten, einen Ziegelstein auf seinen Kopf geschmissen und 36 Mal auf ihn eingestochen haben, stirbt der 43-Jährige schließlich an einem Genickbruch. Die Leiche bringen die Täter per Auto zu einem Steinbruch in Ammelshain und versenken sie im Wasser.

Blut und Kleidungsstücke von Bernd G. bleiben am Tatort zurück, doch die Anwohner_innen kommen nicht auf die Idee, die Polizei zu benachrichtigen. Während die homosexuelle Orientierung des Opfers medial und polizeilich bekannt ist, spielen beim Prozess die politischen und homophoben Hintergründe der Täter keine Rolle. Zwar seien die Angeklagten der rechten Szene zuzuordnen, der Urteilsbegründung des Leipziger Landgerichts zufolge ist Bernd G. jedoch „aus Lust und Laune an körperlicher Mißhandlung“ gestorben. Nach einem Revisionsverfahren vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe wird der Haupttäter wegen Mordes zu vierzehneinhalb Jahren und seine Komplizen zu zehn und acht Jahren Haft verurteilt.

Der aus Syrien kommende Asylbewerber **Achmed B.**, 30 Jahre alt, wird am 23. Oktober 1996 von zwei jungen Männern erstochen. Nachdem die Täter stundenlang faschistische und rassistische Parolen grölend durch die Stadt gezogen sind, betreten sie am Abend ein Gemüsegeschäft in der Leipziger Südvorstadt. Zunächst beschimpfen sie die Verkäuferinnen als „Türkenfotzen“ und „Türkenschlampen“ und drängen sie an eine Wand. Als Achmed B. seinen Kolleginnen zur Hilfe kommen will, wird er angegriffen. Nachdem es gelingt, die beiden Angreifer aus dem Geschäft herauszubewegen, sticht einer der beiden auf Achmed B. ein.

Der Mord mit rassistischem Hintergrund wird von Vertreter_innen der Stadt zum Teil verharmlost.

So behauptet der damalige Oberbürgermeister Hinrich Lehmann-Grube: „ein rechtsextremes Potenzial ist mir hier nie begegnet“ und Leipzigs „Ausländerbeauftragter“ Stojan Gugutschkow pflichtet ihm bei: „Es hätte auch irgendeinen Deutschen treffen können“. Daniel Z. und Norman E. werden wegen „Mordes aus niedrigen Beweggründen“ angeklagt. Etwa ein Jahr später fallen die Richter des Landgerichts Leipzig das Urteil: Daniel Z. wird zu neun-einhalb Jahren Jugendhaft verurteilt, sein Mittäter Norman E. erhält wegen Beihilfe viereinhalb Jahre Gefängnis. Laut Staatsanwaltschaft gebe es „keine Anhaltspunkte für einen fremdenfeindlichen Hintergrund“, stattdessen handle es sich um eine „spontane Tat“.

Der aus Portugal kommende Zimmermann **Nuno L.**, 49 Jahre alt, wird am 4. Juli 1998 von acht Neonazis verprügelt. Nachdem das deutsche Fußballteam bei der Weltmeisterschaft der Männer gegen die Auswahl aus Kroatien verloren hat, ziehen acht Nazis los, um ihren Frust an „Ausländern“ abzulassen. Als sie auf Nuno L. treffen, tritt einer der Gruppe mehrmals mit Stahlkappenschuhen gegen dessen Kopf. Am 29. Dezember stirbt Nuno L. in Portugal an den Spätfolgen seiner Verletzungen.

Das Landgericht Leipzig wertet die Tat im September 1999 als Körperverletzung mit Todesfolge. Der Haupttäter wird zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, die Mitangeklagten – alle im Alter von 18 bis 20 Jahren – bekommen Bewährungsstrafen. Erst zehn Jahre nach dem Urteil benennt die Bundesregierung Nuno L. offiziell als Opfer rechter Gewalt.

Der Obdachlose **Karl-Heinz T.**, 59 Jahre alt, wird am 23. August 2008 im Zentrum Leipzigs von dem Neonazi Michael H. mehrfach verprügelt. Etwa zwei Wochen später, am 6. September, stirbt er im Krankenhaus an seinen Verletzungen.

In der Nacht nach einer Nazi-Demo unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder“, organisiert von den neonazistischen „Freien Kräften“, ziehen zwei junge Männer durch den Park hinter der Leipziger Oper. Dort finden sie den auf einer Bank schlafenden Karl-Heinz T.. Michael H. sagt ihm, dass er „nicht hier schlafen“ solle, versetzt ihm einen Fausthieb und springt ihm ins Gesicht. Der Täter – ununterbrochen von einem Kumpel begleitet – verlässt den Tatort für eine halbe Stunde, um sich mit Freunden zu treffen. Dann kehrt er zurück, um den 59-Jährigen erneut zu verprügeln. Die Ärzte stellen bei dem Opfer später massive Kopfverletzungen, Prellungen am ganzen Körper, Brüche im Gesicht, eine Halswirbelfraktur und Hirnblutungen fest.

Am 27. März 2009 verurteilt das Leipziger Landgericht den 18-jährigen Neonazi wegen „heimtückischen Mordes“ zu einer Gefängnisstrafe von acht Jahren und drei Monaten. Wegen Reifedefiziten erhält er eine Jugendstrafe. Sein Kumpel wird nicht angeklagt. Der Staatsanwalt erklärte in seinem Plädoyer, das Opfer habe nichts getan, „außer im Park nachts zu schlafen“. Sein Mörder habe den Mann „zum bloßen Objekt degradiert“. Von polizeilicher Seite wird der Vorfall als „normale Straftat unter Alkoholeinfluss“ eingestuft.

Der jüngste aus menschenverachtenden Motiven heraus begangene Mord wird von zwei Rassisten am 24. Oktober 2010 an dem 19-jährigen **Kamal K.** verübt. Sie greifen den aus dem Irak kommenden Kamal vor dem Leipziger Hauptbahnhof an und stechen mit einem Messer mehrmals auf ihn ein. Wenig später stirbt er im Krankenhaus an seinen Verletzungen.

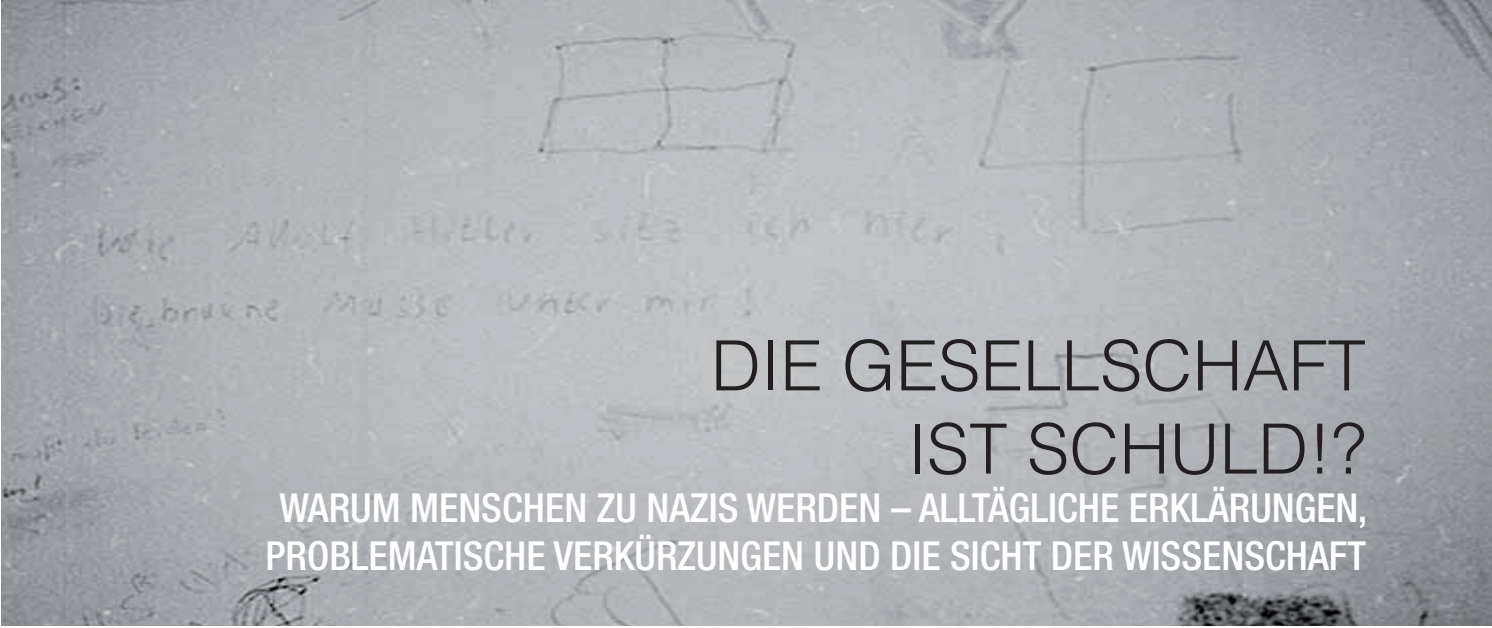
Auch wenn die Ermittlungen noch laufen, ist von einem rassistischen Tatmotiv auszugehen. Beide mutmaßlichen Täter – der 28-jährige Daniel K. und der 32-jährige Markus E. – haben bereits mehrere Haftstrafen abgesessen. Markus E. wurde wegen Vergewaltigung und gefährlicher Körperverletzung verurteilt und erst kurz vor dem Mord an Kamal aus der Haft entlassen. Daniel K. ist bekennender Neonazi. Als man ihn dem Haftrichter vorführt, bedeckt er seinen Kopf mit einem Pullover mit der Aufschrift „kick off antifascism“, zudem war er in der militanten „Kameradschaft Aachener Land“ organisiert.

Obwohl die Staatsanwaltschaft ein „ausländerfeindliches Tatmotiv“ nicht ausschließt, versucht die Leipziger Volkszeitung (LVZ) ein solches zu verschleiern. Indem sie darauf hinweist, dass auch Kamal „polizeibekannt“ gewesen sei, wird suggeriert, dass es sich um eine Auseinandersetzung zwischen Kriminellen gehandelt haben könnte. Von der Möglichkeit eines rassistischen Motivs ist keine Rede. Pietätlos wirkt auch ein auf der Internetseite der LVZ veröffentlichtes Bild, das den Leichnam Kamals und die trauernde Familie zeigt.

Neonazis ermordeten in Leipzig Menschen, weil diese obdachlos waren, aus einem anderen Land kamen oder eine andere Sexualität hatten. Trotz offenkundiger und eindeutiger Erkenntnisse über Täter und Umstände der hier aufgeführten Fälle wird lediglich bei dem Mord an Nuno L. in der offiziellen Statistik ein rechtes Tatmotiv eingestanden. Polizei, Justiz und (lokale) Medien sprechen in der Regel von Affekthandeln, Trunkenheit oder blinder Wut, wodurch Statistiken geschönt und die Opfer verhöhnt werden.

[3] Einen „menschenfeindlichen“ Mord definiert die Amadeu-Antonio-Stiftung wie folgt: „Aufnahme in diese Liste fanden alle Mordfälle, die nach gründlicher Sichtung der Quellen aus rechtsextremen und rassistischen Motiven (hierzu zählt auch der Hass auf ‚Andersartige‘, ‚Fremde‘ oder ‚Minderwertige‘) erfolgten oder wenn plausible Anhaltspunkte für diese Annahme bestehen. Dazu kommen solche, in denen Täterinnen und Täter nachweislich einem entsprechend eingestellten Milieu zuzurechnen sind und ein anderes Tatmotiv nicht erkennbar ist.“

[4] Die Zahlen gehen auf Statistiken des Bundeskriminalamts und der Länderkriminalämter zurück. Zeit Online und Amadeu-Antonio-Stiftung nennen in ihren Internetdossiers zwei verschiedene Zahlen.



DIE GESELLSCHAFT IST SCHULD!?

WARUM MENSCHEN ZU NAZIS WERDEN – ALLTÄGLICHE ERKLÄRUNGEN, PROBLEMATISCHE VERKÜRZUNGEN UND DIE SICHT DER WISSENSCHAFT

von Casi

Auf der Suche nach den Ursachen von Neonazismus¹ gibt es zwar verschiedene Erklärungsansätze, jedoch lassen sie sich, vor allem im Rahmen von öffentlichen Diskussionen in wenige einfache Thesen einteilen.

Zunächst fällt auf, dass das Hauptaugenmerk der Erklärungen auf Jugendliche gerichtet ist. Zudem ist den meisten Erklärungen ein Fokus auf Soziales oder Psychologisches zu eigen. Landläufige Meinungen, die auch in den Medien eine große Verbreitung finden, vereinzeln soziale und psychologische Ursachen dabei oft und gehen von diesen Ursachen als eindimensionalen, alleinigen Faktoren aus. So besitzt die Erklärung: „Weil Leute keine Arbeit finden, sind sie frustriert und werden aus Protest Neonazis“ einige Popularität. Konkret ist damit gemeint, dass durch schwierige soziale Lagen die Zustimmung zu rechtem Gedankengut steigen würde. Damit ließe sich angeblich auch der Unterschied von Ost- zu Westdeutschland in der Verbreitung des Neonazismus erklären.

Die Fixierung auf das Entstehen des Problems bei Jugendlichen² ist wiederum ein Anhaltspunkt für eine andere weit verbreitete These – eine Art Verführungsthese, die ungefähr lautet: „Jugendliche brauchen Orientierung und bei Nazis finden sie klare Strukturen und eine für sie wichtige Ordnung.“ Demnach machen Neonazis mental ungefestigten, vorwiegend jungen Menschen ein verlockendes Angebot an Lebensweisen, Feindbildern und Erklärungsansätzen. In diesem Sinne ließen sich psychisch eher labile Personen von den sozialen Angeboten der Neonazis und deren Ideologie „verführen“. Es klingt einleuchtend, dass vor allem Jugendliche ein einfaches und eindeutiges Weltbild gegenüber den Unwägbarkeiten des Hier und Jetzt,

der vermeintlich schwierigen Zukunft und den gesellschaftlichen Gefahren und Risiken verlockend finden. Ebenso plausibel klingt es, dass Menschen, die von Deklassierung bedroht sind und keinen Halt mehr in einem gewachsenen Milieu finden, für autoritäre Ideologien anfällig sind, die eine starke Gemeinschaft versprechen.

■ Nur (arbeitslose) Loser?

Solche Thesen sehen in neonazistischen Einstellungen eine Art Heilmittel für die Lösung der sozialen oder psychischen Probleme von Menschen. Damit werden aber der Zustand der gesamten Gesellschaft ebenso verschleiert wie auch diese Einstellungen selbst.

Durch die Fokussierung auf Jugendliche wird davon abgelenkt, dass rassistische, antisemitische, sozialdarwinistische, chauvinistische, geschichtsrevisionistische und autoritäre Einstellungen selbst in der Gesellschaft verbreitet sind. Ausgeblendet wird auch die Macht- und Privilegienperspektive – um sie zu legitimieren werden Menschen abgewertet, ausgegrenzt oder ihnen werden bestimmte Privilegien abgesprochen. Nur der Neonazi mit seiner Problematik bleibt im Blick und es besteht die Gefahr einer unkritischen Sicht auf die Täter_innen und ihrer Einbettung in die Gesellschaft.

■ Die autoritäre Persönlichkeit

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen antidemokratischer Einstellungen und der Befürwortung nazistischen Gedankenguts wird von Beginn an auf die psychischen Faktoren geschaut. Die wichtigsten und ernstzunehmenden Studien wenden sich explizit gegen

[1] Im gesellschaftlichen Mainstream und in vielen wissenschaftlichen Arbeiten wird das hier beschriebene Phänomen als Rechtsextremismus bezeichnet. Von einer solchen Bezeichnung wird hier abgesehen, statt dessen werden hier die Synonyme Neonazismus, neonazistisch, Nazismus und nazistisch benutzt, außer bei Originalzitierten oder Titeln der hier vorgestellten Werke.

[2] www.stern.de/politik/deutschland/jugendstudie-nazis-haben-den-groessten-zulauf-658101.html

solche eindimensionalen Erklärungen, die sich nur auf psychische oder soziale Faktoren beschränken. Obwohl im Ergebnis hauptsächlich auf den individuellen Charakter abzielend, verbindet schon der Ansatz der „autoritären Persönlichkeit“ politische, ökonomische, kulturelle und soziale Faktoren, um zu erklären, warum manche Menschen potentiell faschistische Individuen sind. Dieser sowohl theoretisch als auch empirisch begründete sozialpsychologische Ansatz entstand bereits in den 1930er Jahren und gelangte 1950 mit der Studie *The Authoritarian Personality*³ zur Blüte. Er gilt bis heute vielen Studien als Referenzpunkt.

Hier wurden ideologisch-politische Trends der Zeit in Verbindung mit sozialen Ursachen in psychologischen Konstitutionen aufgelöst. Der verbreitete Hang zur Sündenbocksuche während der sozialen Krisen Anfang/Mitte des 20. Jahrhunderts wurde als Ausgangspunkt genommen, um die charakterlichen Zustände der Leute zu untersuchen, die bestimmte Personen oder Personengruppen (z.B. Jüdinnen und Juden) für die ökonomische und politische Krisen verantwortlich machten. Das führte zur psychoanalytisch-soziologisch fundierten Beschreibung einer Ich-schwachen, auf das Kollektive fixierten Persönlichkeit, die in ihrer Autoritätsgebundenheit bedingungslos das Bestehende, Machthabende anerkennt. Kennzeichnend für diesen Persönlichkeitstyp ist der irrationale Nachdruck, mit dem er konventionelle Werte und unkritisches Verhalten befürwortet. Er verhält sich „unterwürfig zu den idealisierten, moralischen Autoritäten der Gruppe [...], steht aber zugleich auf dem Sprung, den, der nicht dazugehört [...] zu verdammen.“⁴ In der Befragung und deren Analyse gingen die Autor_innen zwar rein psychoanalytisch vor, jedoch ordneten sie die Ergebnisse der gesamten Studie in soziale und politische Verhältnisse ein. Diese Überlegungen kriti-

sierten hauptsächlich die Gewalt der Vergesellschaftung. Die Zivilisation bringt, so die Autor_innen, immer wieder Machtverhältnisse hervor, welche die demokratische Gesellschaft in ihrem Fundament erschüttern. Diese Gewaltförmigkeit der Gesellschaft bedingt psychische Konstitutionen und Charaktere, die sich auf die Suche nach Sündenböcken machen, welche dann verantwortlich für die als bedrohlich empfundenen und unverstandenen gesellschaftlichen Prozesse gemacht werden.

■ Neue Wissenschaft im Blick

Diese Erkenntnisse werden bis heute in wissenschaftlichen Studien mehr oder weniger stark variiert. So sieht Wilhelm Heitmeyer⁵ die moderne Gesellschaft als eine Art „Dickicht“. Dieses könne von „rechtsextremen Jugendlichen“ nur noch durch einfache Erklärungen durchdrungen werden, wodurch eine vermeintliche, subjektiv wahrgenommene Entlastung erreicht wird. Neonazistische Orientierungsmuster dienen dabei als handlungsleitende Bewältigungsstrategien. Hinzu kommen als klärend empfundene Leitbilder in der Gesellschaft – so zum Beispiel die in Medien und Politik verbreiteten Überfremdungs- und/oder Integrationsdebatten, denen oft eigen ist, Migrant_innen als Fremde anzusehen und diese auch dauerhaft als solche zu behandeln. So wird eine Haltung gefördert, Migrant_innen stets mit einem Generalverdacht zu begegnen, anstatt aus humanistischer Sicht die Möglichkeiten von Migration, Bewegungsspielräumen und individuellen Entfaltungsmöglichkeiten für Menschen zu diskutieren. In den Leitkulturdebatten, in denen auf ein vermeintliches Deutschsein gesetzt wird (welches mit den realen Verhältnissen oft kaum etwas zu tun hat und mit bestimmten Bildern von „dem Deutschen“ und dessen Eigenheiten hantiert), werden Migrant_innen, aber auch deren

[3] Adorno, T. W./ Frenkel-Brunswick, E./ Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (Hrsg.), 1950: *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.

[4] In: Horkheimer, M. & Adorno, T. W.: *Vorurteil und Charakter*. In: Tiedemann, R. (Hrsg.): *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 9.2*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 360–373.).

[5] Heitmeyer, W., 1987: *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*. Weinheim: Juventa. Sowie: Heitmeyer, W., 1992: *Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*. 3. Aufl. Weinheim: Juventa.

[6] Nicklas/Ostermann, 1994: „Rechtsextremismus und Jugendgewalt, Analysen und Präventionsstrategien“. Hessische Stiftung Friedens- u. Konfliktforsch.

[7] Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, Elmar Brähler, 2009: Die Mitte in der Krise - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>

[8] Decker, O./Brähler, E. & Geißler, N. (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Und: Decker, O./Rothe, K./Weissmann, M./Geissler, N. & Brähler, E. (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Und: Decker, O. & Brähler, E. (2008a): Bewegung in der Mitte. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Sowie: Decker, O. & Brähler, E. (2008b): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2008. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

[9] Funke, Hajo, 1989: Republikaner. Rassismus Judenfeindschaft, nationaler Größenwahn. Berlin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. S.116

Nachfahren als „die Anderen“ markiert. Ihnen wird eine Fremdheit zugeschoben, die den mutmaßlichen „deutschen Werten“ entgegenstehen würde. Diese vorurteilsbeladenen Bilder werden aufgenommen und bestärken an diesem Punkt das neonazistische Weltbild oder lassen es zumindest unhinterfragt.

Auch Jörg Nicklas und Hans Ostermann⁶ gehen in einer großangelegten Studie, übereinstimmend mit Heitmeyers modernisierungstheoretischem Ansatz, davon aus, dass die Ursachen des Neonazismus bei Jugendlichen „in sozialstrukturellen Bedingungen entwickelter, funktional differenzierter Industriegesellschaften“ liegen. Wobei hier eine weitere Quelle für die Entstehung neonazistischer Einstellungen die ‚politische Kultur‘ darstellt, und zwar in dem Sinne, dass „sich die Gewalttäter von Hoyerswerda, Rostock und Hünxe verstehen konnten als Vollstrecker des Willens einer schweigenden Mehrheit“.

Die Leipziger Forscher Oliver Decker und Elmar Brähler⁷ bestärken das Bild der gesellschaftlichen Bedingtheit neonazistischer Einstellungen, verbinden dies aber mit Persönlichkeitsmerkmalen, Sozialisation und Gruppenwahrnehmungen. Sie stellen in ihren „Mitte“-Studien Deprivationserfahrungen (Isolation, Ohnmacht und Mangel) der Befragten in den Mittelpunkt. So ist – anders als landläufig vermutet – die individuelle wirtschaftliche Deprivation zwar nicht der wichtigste Grund für antidemokratische Einstellungen. Sie ist aber dennoch ernst zu nehmen, denn „Arbeitslosigkeitserfahrung führt zu einem kontinuierlichen Anstieg der rechtsextremen Einstellung“. Die Faktoren Bildung und Alter wiegen aber laut Decker et al. noch schwerer als die wirtschaftliche Benachteiligung. Doch vor allem politische und soziale Deprivation – soziale und politische Ohnmachtserfahrungen und -wahrnehmungen – haben laut der Studie einen sehr großen Einfluss auf die Herausbildung einer neonazistischen und menschenverachtenden Einstellung. So sei schließlich „die gesellschaftliche Situation [...] erheblich bedeutsamer als die individuelle wirtschaftliche Situation für das Entstehen der rechtsextremen Einstellung“.

Mit dem Verweis auf frühere „Mitte“-Studien⁸ der Forscher_innen wird die Wichtigkeit von Per-

sönlichkeitsmerkmalen und des Erziehungsklimas deutlich. Dies betrifft unter anderem das elterliche Erziehungsverhalten. Bei Neonazis war die Ablehnung und die Strafe durch den Vater höher als bei anderen Kindern und Jugendlichen. Und Neonazis sind zudem dominanter, verschlossener, misstrauischer, ängstlicher und depressiver.

■ Kein Platz für den Gemeinplatz

Jedoch birgt eine Forschung, die ausschließlich Rückschlüsse von der Ebene des gesellschaftlichen Systems (Makroebene) auf die Ebene des individuellen Handelns (Mikroebene) macht, auch die Gefahr der Täterentlastung. Manche Studien lesen sich dementsprechend so, als ob der neonazistische Gewalttäter oder -befürworter lediglich das Opfer widriger Umstände und bedauerlicher Verhältnisse sei. Einige Studien gehen sogar soweit, selbst das Gewalthandeln gegenüber Schwächeren zum Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit zu machen. Hajo Funke⁹ spricht etwa in seiner Analyse der Potentiale von Neonazis vom „Aufstand der Modernisierungsoffer“. Die so identifizierten ‚Täter‘ werden damit entschuldigt. Sie scheinen so viele Probleme zu haben, dass ihr Verhalten zwar verurteilenswert erscheint, aber auch nachvollziehbar wird. Auch sie werden zu Opfern. Hinter noch so menschenverachtendem, gewalttätigem Denken und Handeln steckt dann immer ein noch größeres Problem, das dieses Verhalten wenn nicht entschuldigt, so doch ausreichend erklärt. Sucht man aber nur nach den Ursachen des Nazismus und behandelt neonazistische Täter bzw. Befürworter neonazistischen Gedanken-gutes und menschenverachtender Einstellungen lediglich als Untersuchungsobjekte, deren Schuld durch die gesellschaftlichen Umstände erklärt wird, läuft man Gefahr, die individuellen Handlungsspielräume aus den Augen zu verlieren.

Deshalb muss nachdrücklich die Frage gestellt werden: Auf wessen Kosten werden diese Probleme gelöst? Warum werden solche Lösungsmuster gesucht? Und: Wo bleibt die persönliche Verantwortung? Inwieweit sind die eigenen Einstellungen dafür mitverantwortlich? Wo bleibt die Verantwortung im Umgang mit ‚den Anderen‘? Wo bleibt die Verantwortung der Täter?

MÄDELS FÜRS REICH

DIE ROLLE VON FRAUEN IN DER NAZI-SCENE

von Petra Zais

Nicht nur in der medialen Öffentlichkeit herrschte lange Zeit die Sichtweise vor, dass Neonazismus in erster Linie ein „männliches Problem“ sei: Gewaltbereite, glatzköpfige Skinheads mit Springerstiefeln, maskierte Männer in schwarzer Kampfmontur oder Anzugträger, deren politische Gesinnung lediglich das NPD-Abzeichen am Revers signalisiert.

Die Gründe für diese sehr einseitige Wahrnehmung sind vielfältig. Zum einen hat die Mehrzahl der in neonazistischen Kontexten wirkenden Frauen dies lange Zeit im Verborgenen getan. Fehlende Wahrnehmung einer spezifisch weiblichen Komponente des Neonazismus führte auch zu fehlender Forschung. Studien zu Frauen in der Nazi-szene finden sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – kaum. Auch das Klischee von der „Frau als dem besseren Menschen“, die von Natur aus nicht anders als human und mitfühlend sein könne, beförderte die Sichtweise, rechte Frauen als Randscheinung zu betrachten. Folgerichtig sorgte 2006 der Teilbefund einer Studie, Frauen seien „signifikant eher bereit, fremdenfeindlichen, rassistischen und islamophoben Aussagen zuzustimmen“ für einiges Aufsehen.

Zum anderen kann die Rolle von Frauen im organisierten Neonazismus nicht unabhängig von gesellschaftlicher Entwicklung betrachtet werden. Von der sich rechtlich verbessernden, gesamtgesellschaftlichen Situation von Frauen profitieren nun zunehmend auch jene, die ihre politische Heimat in einer von Rassismus, Antisemitismus und Ungleichheit geprägten Ideologie und Bewegung sehen. Sie werden nicht nur „sichtbarer“, sie machen sich selbstbewusst und auf den ersten Blick emanzipiert „sichtbar“.

Darüber hinaus haben die Strategen innerhalb des parteipolitisch organisierten Nazispektrums erkannt, dass der „Kampf um die Köpfe und die Parlamente“ ohne die spezifische Ansprache von Frauen nicht erfolgreich geführt werden kann. Die Ansprache ist vielfältig, greift unterschiedliche Auffassungen zu weiblichen Lebensentwürfen und den grundsätzlichen Anspruch von Frauen auf gleiche Rechte genauso auf, wie sie beides im Konkreten,

auf dem „Prüfstand“ der „nationalen Sache“, wieder relativiert. So schreibt bspw. die sächsische NPD: *„Gleichberechtigung vor dem Gesetz, Möglichkeiten-gleichheit im Beruf und im öffentlichen Leben sowie die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter [...] werden von volkstreuen Nationalisten bejaht.“*

Was sich der „volkstreue Nationalist“ darunter vorstellt, wird im „Aktionsprogramm der NPD“ so formuliert: Um die *„Ungleichbehandlung zu Ungunsten der zum Wehr- oder Ersatzdienst verpflichteten Männer (zu) beenden“*, hält die NPD es für geboten, *„ein soziales Pflichtjahr auch für Frauen einzuführen“*. Eine Forderung, die an den von der NSDAP eingeführten Reichsarbeitsdienst erinnert, der für viele Frauen und Mädchen letztlich an Flak-Geschützen endete. Im Übrigen kommt dieses Programm ohne weitere Bezüge zur Gleichstellung der Geschlechter aus. Um die Familie *„als Fundament völkischen Gemeinschaftslebens“* zu befördern, sollte sich z.B. ganz allgemein *„einer der Partner vollständig der Kindererziehung widmen können“* – wer das zu sein hat, wird konkret in der Forderung nach der Einführung eines „Muttergehaltes“ deutlich.

Frauen in Naziorganisationen sind kein neues Phänomen, es hat sie immer gegeben. Der Blick auf das weibliche Gesicht des Neonazismus braucht daher den historischen Bezug: Zu Hitlers willigen Gefolgsleuten gehörten Männer und Frauen. Nationalsozialistisch überzeugte Mädchen und Frauen blieben auch nach dem Ende des „Dritten Reiches“ aktiv, sowohl in neonationalsozialistischen und revanchistischen Organisationen als auch in völkisch-germanischen Glaubensgemeinschaften, die nahtlos an ihre im Nationalsozialismus liegenden Wurzeln anknüpfen konnten. So wie Gudrun Burwitz, die Tochter Heinrich Himmlers. Sie war 1952 beteiligt an der Gründung der 1994 verbotenen „Wiking Jugend e.V.“, die nach dem Vorbild der Hitler-Jugend geschlechtergetrennt in „Jungen-“ und „Mädelschaften“ aufgebaut war und ihre Aufgabe in der „Ertüchtigung“ der Jugend nach völkischen Prinzipien sah.

Dieser Artikel ist eine gekürzte, leicht überarbeitete Fassung des Beitrags „Frauen in der extremen Rechten“ aus der Tagungsdokumentation „Nächstenliebe verlangt Klarheit. Kirche in Sachsen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“. Online verfügbar unter: www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/Handreichung_Web.pdf



In den 1990er Jahren kam es zu einer Art „Gründungsboom“ von spezifisch weiblichen Nazi-Bünden, Kameradschaften und Freundeskreisen, verstärkt zu beobachten in den Neuen Bundesländern, bspw. „Nationaler Mädelbund Thüringen“, „Mädelkameradschaft Sachsen-Anhalt“. Die Namensgebung zeigt ein breites Spektrum subkultureller Prägung wie dem „Skingirl Freundeskreis Deutschland (SFD)“ bis hin zum unverhohlenen gelebten Rassismus wie den „White German Girls“. Ab dem Jahr 2000 weisen Wissenschaftler_innen des „Forschungsnetzwerkes Frauen und Rechtsextremismus“ einen erneuten Anstieg in der Gründung frauenspezifischer Organisationen innerhalb der neonazistischen Szene aus. Die Szene wird stärker, differenzierter – auch in der Geschlechterfrage. Scheinbar typische Männerdomänen fallen.

Bereits im Jahr 2004 ist in Sachsen jede fünfte Teilnehmende eines Nazi-Konzertes eine Frau. Frauen stehen bei Aufmärschen militanter Freier Kameradschaften in der ersten Reihe und beteiligen sich in deren Internet-Foren an Strategiediskussionen. Nach Schätzungen hat sich der Anteil von Frauen an rechtsmotivierten Straf- und Gewalttaten in den letzten zehn bis 15 Jahren von ca. drei bis fünf Prozent auf heute ca. zehn Prozent erhöht. In neonazistischen Parteien bewegt sich der Frauenanteil zwischen sieben und 20 Prozent in Cliquen und Kameradschaften ist von ca. einem Drittel auszugehen. Studien belegen, dass auch ca. ein Drittel der Wählerstimmen für rechte Parteien und Vereinigungen von Frauen kommen. Das heutige Bild rechter Frauen – ob organisiert oder nicht – ist ein Spiegelbild der Gesellschaft und im Vergleich zu ihren männlichen Pendanten genauso facettenreich:

- Sie sind Liedermacherinnen wie „Annett“, hauptberufliche Altenpflegerin, die mit ihren Liedern neonazistische Feindbilder bedient und gern gesehener Gast auf NPĐ-Veranstaltungen oder Kameradschaftsabenden ist.

- Sie sind Schauspielerinnen, die sich wie Imke Barnstedt in ihrer Freizeit für „deutsche Zeitgeschichte“ interessieren und an der Seite von Horst Mahler gegen die Strafbarkeit der Leugnung der Shoa zu Felde ziehen.
- Sie sind Rechtsanwältinnen wie Sylvia Stolz, die 2006 vor dem Landgericht Mannheim als Verteidigerin des Holocaustleugners Zündel selbst holocaustleugnende Aussagen machte und später dafür zu dreieinhalb Jahren Haft und fünf Jahren Berufsverbot verurteilt wurde.
- Sie beteiligen sich an Überfällen, sie quälen selbst oder schauen zu: Unter dem Titel „Und Ramona sah zu“ berichtete die TAZ über eine Gerichtsverhandlung, in der es um eine „Gewaltorgie – ein Neonaziverbrechen“ ging, für das sich auch eine junge Frau verantworten musste.
- Sie nehmen Mandate und Funktionen in Gemeinde- und Stadträten, in Kreis- oder Landtagen ein, so wie Gitta Schüßler, die mit ihrem Slogan „500 Euro Kindergeld. Aber nur für Deutsche“ 2004 für die NPĐ den Sprung in den Sächsischen Landtag schaffte. Sie ist bundesweit die bisher einzige weibliche Landtagsabgeordnete der NPĐ. Sie ist aktiv im „RNF – Ring Nationaler Frauen“, gemeinsam mit Stella Hähnel vertritt sie diesen im Bundesvorstand der NPĐ.

Demokratiefeindliche, die Gleichheit der Menschen ablehnende, rassistische und antisemitische Einstellungen sind bei Frauen und Männern gleichermaßen anzutreffen, sie sind in der Mitte der Gesellschaft. So wichtig das Wissen um neonazistische Organisationen, Personen oder Strategien auch ist, es ersetzt nicht die individuelle Auseinandersetzung und das Hinterfragen der eigenen Positionen bei Frauen und Männern gleichermaßen.

*Die Autorin arbeitete für das Mobile Beratungsteam
Neukirchen beim Kulturbüro Sachsen e.V.*

INFO

FRAUEN IN DER LEIPZIGER NAZISZENE...

...spielen öffentlich bislang kaum eine Rolle. Alle Ereignisse bei denen sich Neonazis der „Freien Kräfte“ bislang in die Öffentlichkeit begeben haben sind von männlichen Aktivisten angeführt worden. An Spontan- wie auch Großdemonstrationen nehmen überwiegend Männer teil. Lediglich zur Kommunalwahl 2009 stellte die NPĐ ganze zwei Kandidatinnen in Leipzig auf: eine 63-jährige Rentnerin und eine 36-jährige Hausfrau – beide auf aussichtslosen Plätzen der 23 Namen zählenden Kandidatenliste. Im Vorfeld der Wahl äußerten sich die ebenfalls für die NPĐ kandidierenden Neonazis Tommy Naumann und Istvan Repaczki in einem Hörfunkbericht des Deutschlandfunks zu ihren Frauenbild: Es könne zwar jede Frau einen Beruf erlernen und arbeiten gehen. Dabei sollte sie aber nicht vergessen, „dass sie im Endeffekt die Mutter unseres Volkes ist und sie auch dafür Sorge trägt, dass unser Volk weiter wächst“. Sobald sie Kinder hat, solle sie sich auf die Erziehung konzentrieren. Eine Frau, die in diesem Sinn ihre Aufgabe als Mutter wahrnimmt und „den Kinderwagen vor sich herschiebt“, habe mehr



Rechte und größere Achtung verdient als „der, der die größten Schlachten schlägt“. Letzteres bleibt in Leipzig anscheinend den männlichen Kameraden vorbehalten.

03 KAPITEL

ZUSTÄNDE VOR ORT



GESCHLOSSENE ANSTALT

DAS NAZIZENTRUM IN DER LINDENAUER ODERMANNSTRASSE

von **chronik.LE**

Am 15. November 2008 eröffnete in der Odermannstr. 8 in Leipzig-Lindenau die NPD ein „Nationales Zentrum“. Erst wenige Tage zuvor war bekannt geworden, dass die Leipziger NPD das Grundstück zur Verfügung gestellt bekommen und dort ein zweistöckiges, mit einem zwei Meter hohen Metallzaun gesichertes Gebäude ausgebaut hatte.

Leipzig hatte schon seit 2007 eine stete Zunahme an Aktivitäten der sogenannten „Freien Kräfte Leipzig“, einer zunächst parteiunabhängig agierenden Nazi-Gruppierung, erlebt. Die Gruppe folgte ihrem politischen Ziehvater aus Delitzsch, Maik Scheffler, im April des Jahres 2008 mehrheitlich zur NPD-Jugendorganisation „JN“ („Junge Nationaldemokraten“). Dieser organisatorischen Konsolidierung der Leipziger Naziszene war durch die von Anfang an enge Einbindung der „nationalen Jugend“ in den Aufbau des „Nationalen Zentrums“ auch die Möglichkeit zur räumlichen Konzentration gegeben. Gegen das Wiedererstarken des Nationalsozialismus engagierte Menschen befürchteten das Schlimmste für die Stadt Leipzig und den Stadtteil Lindenau, denn mit ihrem Zentrum stand den Nazis erstmals ein auch für größere Veranstaltungen geeignete Immobilie in Leipzig zur freien Verfügung.

Lindenau stand im Ruf, über eine schwache Sozialstruktur zu verfügen und hatte eine spürbar höhere Nazi-Präsenz als beispielsweise die Südvorstadt oder das nahe gelegene Schleussig. Trotzdem hatte sich in den vergangenen Jahren gerade dort eine vitale Kultur- und Hausprojekteszene etabliert, die sich von Anfang an zur Wehr setzte. Diesen Projekten und ihren Bewohner_innen galten auch die ersten aggressiven Einschüchterungsversuche des sich damals formierenden und bis heute aktiven Odermannstraßen-Clientels. Dieses besteht aus einstigen Mitgliedern der FKL und Anhängern der heutigen JN sowie neonazistischen Lok-Leipzig-Fanggruppierungen wie den „Blue Caps“. Zwar deklarierte der als Betreiber firmierende Winfried Petzold, NPD-Landtagsmitglied, das Objekt als „Bürgerbüro“ seiner Partei und berichtete in einem „Bürgerbrief“ gar von einem „herzlichen Willkommen“ im Stadtteil seitens der Bevölkerung; doch das Zentrum blieb ein verschanzter Stützpunkt, in dem sich augenscheinlich nur Nazi-Szenepublikum versammelte.

Zunächst unklar war, inwiefern eine Einbindung des für die NPD ansprechbaren Personenpotentials in Lindenau erfolgen und ob es den Nazis gelingen würde,

vom Zentrum aus ihren Einfluss im Stadtteil zu vergrößern. Der engagierte Widerstand zahlreicher Initiativen und das große Medienecho bestärkten von Anfang an die Stigmatisierung. Versuche der NPD, mit Gewerbetreibenden in der Umgebung zu einer Zusammenarbeit zu finden, schlugen – auch aufgrund befürchteter negativer Publicity – fehl.

Auch der Versuch Petzolds, an einem Sonntagmorgen im Januar 2009 durch eine Gulaschkanone auf dem Lindenauer Markt zu punkten, traf auf wenig Resonanz bei den Lindenauer_innen. Die als Armenspeisung und diffuse Hartz-4-Kritik geplante Aktion führte zu Gegenprotesten und musste daher gegen Mittag abgebrochen werden. Ein bereits im Juli 2008 gegründeter „Kulturverein Leipzig West e.V.“, der wahrscheinlich den Zweck hatte, als „gemeinnütziger“ Verein Projektfördergelder in Lindenau zu akquirieren, blieb öffentlich untätig. Der Verein wurde schon bald „enttarnt“, was einer wie auch immer gearteten Vereinstätigkeit wahrscheinlich zusätzliche Hürden in den Weg stellte.

■ Kadertreff und Schulungsabende

Nach der Aufregung um die Eröffnung des Büros, den Protesten und einem Zwischenfall bei einer Geburtstagsfeier von „Blue Caps“, bei der alkoholisierte Nazis zuerst Passant_innen und dann die Polizei angriffen, wurde es still um die Odermannstraße 8. Bis auf sceneinterne Veranstaltungen, wie etwa ein Konzert des wegen Volksverhetzung vorbestraften Nazi-Liedermachers Frank Rennie, der 2009 auch für die NPD als Bundestagspräsident kandidierte, und einigen Vorträgen mit mehr oder weniger bekannten „Szenegrößen“ drang wenig nach aussen. Als abgeschirmter und sicherer Rückzugsraum erlangte das Zentrum jedoch schnell große Bedeutung für die organisierte regionale Naziszene, die sich hier regelmäßig zu Veranstaltungen und verstärkt im Vorfeld von und bei Szene-Events, wie den gescheiterten „Recht auf Zukunft“-Aufmärschen im Oktober 2009 und 2010, einfand. Ein Beispiel dafür war das Treffen hochrangiger Nazis aus ganz Sachsen am 24. Januar 2010 im NPD-Büro zur Organisation eines „Sicherheitskonzepts“ für den alljährlichen geschichtsrevisionistischen Aufmarsch am 13. Februar 2010 in Dresden.

■ Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe?

Die Frage bleibt, ob es der NPD gelungen ist, ihr



photos: Johannes Winter



freundlich gesinnte Menschen in Lindenau zu integrieren. Hat sich die Atmosphäre rund um den Lindenauer Markt verändert?

Die Sozialstruktur im Stadtteil ist nach wie vor durch einen für Leipzig relativ hohen Anteil an Migrant_Innen gekennzeichnet, wodurch die Möglichkeiten einer Solidarisierung mit den Nazis, die Menschen die nicht „blutsdeutsch“ sind, das Recht, in Deutschland zu leben aberkennen, von vornherein begrenzt sind. Anwohner_innen und Gewerbetreibende berichteten, dass Sie vom „Bürger-Büro“ sehr wenig mitbekommen. Keine der Anwohner_innen erhielt noch unerbetene Wurfsendungen, auch der von Migrant_innen betriebene Kiosk um die Ecke kann keine Vorkommnisse, die mit dem Zentrum in Zusammenhang stehen, vermelden.

Aber nicht nur die Mitarbeiter_innen einer benachbarten Beratungsstelle für Migrant_innen finden nach regelmäßig stattfindenden abendlichen Veranstaltungen in der Odermannstrasse 8 noch einschlägige Aufkleber an ihrer Eingangstür vor. Anlaufstellen der freien Jugendarbeit im Leipziger Westen gaben auf Anfrage an, dass seitens der Jugendlichen des Viertels vor Allem Desinteresse und sogar Spott vorherrschten. Es gäbe zwar auch bei ihnen teilweise rechtes Gedankengut, und einige seien auch aus dem Elternhaus entsprechend vorgeprägt. Aber Verbindungen zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft seien stark ausgeprägt und Konfliktlinien verliefen nicht primär entlang der nationalen Identitäten. Nazis träten nicht offensiver in Erscheinung, es wird eher von einem Verschwinden vormals anzutreffender Jugendlicher mit neonazistischer Einstellung berichtet. Scheinbar seien schon vorher in der Szene Aktive in das Gelände gewechselt, andere von

den Kadern zur Zurückhaltung angewiesen worden.

Versuche aktiver Jugendarbeit und Rekrutierungen sind rar geblieben. 2009 tauchte im Umfeld des Sporttreffs eines nahegelegenen Schulclubs ein Mann auf, der versuchte, mit den Jugendlichen in Kontakt zu kommen. Er trug NS-Szene-Kleidung und gab vor, im NPD-Büro zu verkehren. Die Jugendarbeiter untersagten ihm das Tragen von T-Shirts mit eindeutigem Inhalt auf dem Gelände, woraufhin er seine Besuche einstellte.

■ Fazit

Zwei Jahre nach der turbulenten Eröffnung des Zentrums haben sich anfängliche Befürchtungen nicht bewahrheitet: Vom Zentrum ist zu keinem Zeitpunkt ernsthafte „Stadtteipolitik“ ausgegangen. Dafür fehlen seitens der Betreiber wahrscheinlich auch schlichtweg die Ressourcen. Die JN-Führungsriege orientiert sich sachsenweit und Veranstaltungen in der Odermannstrasse werden intern beworben, da sonst mit Gegenprotesten der immernoch aktiven Lindenauer Zivilgesellschaft gerechnet werden muss. An Abenden, an denen Konzerte oder Vorträge stattfinden, wird Lindenau aber immer wieder zeitweise zur Angstzone für nichtrechte oder nichtweiße Menschen. So auch beim versuchten „Recht auf Zukunft“-Aufmarsch 2010, als das NPD-Büro schon am Vorabend zum Anlaufpunkt für bundesweit angereiste Nazigruppen wurde. Das Konzept der Nazis am 16. Oktober ist bekanntlich nicht aufgegangen. Nach dem gescheiterten Versuch einer Spontandemonstration in Lindenau flüchteten sich 130 Nazis in das Zentrum, wo sie mehrere Stunden von Gegendemonstrant_innen belagert wurden. Damit wurde die Odermannstrasse 8, die von vornherein als Festung gebaut wurde, einmal mehr ihrer Bestimmung gerecht.

„NOCH IMMER NICHTS DAZUGELERNT“ DER VEREIN „ROTER STERN LEIPZIG“ WIRD REGELMÄSSIG ANGEFEINDET

von chronik.LE

[1] Bei einer Podiumsdiskussion am 25.3.2010 zu Fußball und Gewalt in Leipzig

[2] Stadtrat Brandis, 27.10.2009; zu finden im Internet: <http://www.stadt-brandis.de/buergerservice/neuigkeiten/resolution-stadtrat.html>

[3] Die Resolution enthält die für Brandis einigermaßen absurde Erkenntnis, dass neben dem „offenen Auftreten rechtsextremer Gruppierungen, gewaltbereiter Schläger“ auch „linksautonome Vandalen“ problematisch seien (ganz abgesehen von der Gleichsetzung der Phänomene in dieser Aufreihung), kommt aber immerhin zu dem Schluss, „dass Rechtsextremismus und Linksradikalismus keine gesellschaftlichen Randprobleme sind, sondern ihre Wurzeln mitten in unserer Gesellschaft haben“.

Die Kleinstadt Brandis hat seit Oktober 2009 eine ähnlich zweifelhafte Bekanntheit erlangt wie das etwa 30 Kilometer entfernte Mügeln. Dort war es im August 2007 am Rande des Stadtfestes zu rassistischen Angriffen auf Inder gekommen. Im benachbarten Brandis attackierten 50 Neonazis Fans und Spieler des Leipziger Fußballvereins „Roter Stern“ (RSL), mehrere Personen wurden dabei zum Teil schwer verletzt. Auch dieser Überfall erregte bundesweites Aufsehen – und er veränderte den Alltag des betroffenen Leipziger Fußball-Vereins nachhaltig. So wird der RSL immer noch bei jedem Auswärtsspiel von einer Hundertschaft der Polizei begleitet. Neonazis haben den als links geltenden Verein längst nicht aus dem Auge verloren.

Durch den Überfall in Brandis war erneut deutlich geworden, dass die ländliche Region um Leipzig ein Neonazi-Problem hat. Gerade der oft unbeholfene Umgang vieler Akteur_innen und die durchweg problematischen Reaktionen von Kommunalpolitiker_innen, aber auch ortsansässiger Vereinen auf die ebenfalls ortsansässigen Neonazis zeigt die Notwendigkeit einer entschiedenen Auseinandersetzung mit menschenverachtendem Gedankengut. Diese Auseinandersetzung bleibt indes oft aus – auch und gerade dann, wenn nicht nur Neonazis in Mügeln das „U-Bahn-Lied“ („... bis nach Auschwitz, eine U-Bahn bauen wir“) an-, sondern Umstehende „Fußballfans“ munter einstimmen, heimlich mitsummen, unbekümmert zuhören. Oder hinterher alles klein reden.

■ Invasion der Außerirdischen

Ein wiederkehrendes Motiv bei Neonazi-Aktivitäten rund um die Auswärtsspiele des RSL war ein verquerer Glaube an „außerirdische“ Neonazis, die mit den betreffenden Gemeinden angeblich nichts zu tun hätten, sondern – von wo auch immer – zu-

gereist seien. Diese Deutungsvariante machte es den jeweils Verantwortlichen leicht, sich von den Geschehnissen zu distanzieren und damit die eigene gesellschaftliche Verantwortung von sich zu weisen. So schaffte es beispielsweise der Vorsitzende des FSV Brandis, seinen Verein als unschuldig an dem darzustellen, was Neonazis auf dem Spielfeld ange richtet hatten.

Schützenhilfe bekam der FSV Brandis ausgerechnet vom Vorsitzenden des Leipziger Fußball-Verbandes (LFV), Reiner Hertle¹: Der FSV und seine ehrenamtlichen Helfer hätten beim Überfall „die wahren Schmerzen“ erlitten; angesichts mehrerer (teilweise Schwer-) Verletzter ist das blanker Hohn! Auch der Stadtrat in Brandis beschäftigte sich mit dem Fall und veröffentlichte eine „Resolution gegen Extremismus und Gewalt“², welche die Notwendigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements betont und zu „gemeinsamem Handeln auffordern“ möchte³. Doch an den Verein war in dieser Frage kein Rankommen: Wie ein Stadtrats-Mitglied gegenüber news.de berichtete, sollte im Rat ein Konzept erarbeitet werden, um Jugendliche vor der Vereinnahmung durch rechte Organisationen und Ideologien zu schützen. Doch Kontaktversuche mit dem FSV Brandis sind gescheitert. „Es herrsche derzeit Funkstille zwischen ihm [Stadtrat] und den Verantwortlichen des FSV“, wurde damals berichtet.

Immerhin gab es innerhalb der Stadt Brandis noch unterschiedliche Perspektiven. Ganz anders verhielt es sich ausgerechnet im Falle Mügeln, am 24. April 2010. Auch dort ist der RSL in der vergangenen Saison zum Spiel angetreten. Der Vereinspräsident des FSV Mügeln-Ablauf heißt Gotthard Deuse – jener Bürgermeister des Ortes, der schon nach den rassistisch motivierten Angriffen auf Inder ge leugnet hatte, dass es im Ort ein Problem mit Neo-





Kommen gern zu Spielen des Roten Stern – wahlweise bewaffnet mit Hetztransparenten wie hier in Schildau oder, wie im Fall von Brandis, mit Eisenstangen.

nazis gebe. Während des RSL-Spiels in Mügeln stand wiederum eine Neonazi-Gruppe am Spielfeldrand. Jene zwanzig Personen sangen und grölten eindeutig neonazistische Parolen. Der Mügeln-Fan-Anhang, aber auch Ordner_innen und die Polizei am Spielfeldrand, ließen sie gewähren. Die Neonazis hatten sich sogar uniform gekleidet: Ihre T-Shirts bezogen Stellung gegen den zivilgesellschaftlichen Verein „Vive le Courage“ aus Mügeln, der sich gegen Diskriminierung wendet und einen der wenigen Rückzugsräume für alternative Menschen in der Region darstellt. Von dieser Verunglimpfung „distanzierten“ sich Vereins-Verantwortliche in bekannter Manier: Die Nazis seien vorher „noch nie“ dagewesen, man würde sie „nicht kennen“ – eben wie Außerirdische. Dazu passt freilich nicht, dass dieselbe Gruppierung direkt nach dem Spiel versucht hat, einen rechten Aufmarsch in Mügeln durchzuführen⁴.

In der zweiten Halbzeit wurde außerdem zweimal das „U-Bahn-Lied“⁵ angestimmt. Schließlich musste der Schiedsrichter das Spiel abbrechen. Gegenüber der LEIPZIGER VOLKSZEITUNG (LVZ) äußerte Vereinspräsident und Bürgermeister Gotthard Deuse später, er hätte „keine Nazis gesehen“. Das eigentlich Erschreckende war für viele RSL-Anhänger_innen und -Spieler jedoch die Reaktion der scheinbar „normalen“ Mügeln-Fans: Unter wüsten Beschimpfungen mussten die Spieler von der Polizei in den Spielertrakt begleitet werden. Dem letzten abreisenden Pkw der Gäste riefen zwei ältere Frauen hinterher: „Kommt bloß nicht wieder, ihr Scheißkanacken“. Der gesamte Mügeln-Anhang, so der Eindruck, machte den Roten Stern Leipzig für den Spielabbruch verantwortlich und tat dies in einer Art und Weise kund, die eine deutliche Offenheit für menschenverachtende Positionen verriet.

In der später anberaumten Sportgerichts-Verhandlung versuchten die Vereins-Verantwortlichen darzulegen, dass sie alles Notwendige getan hätten,

um das Spiel regulär durchzuführen. Das ließ das Sportgericht nicht durchgehen: Das Spiel wurde für den Roten Stern Leipzig gewertet und der Ablaß-Mügeln-SV mit einer Geldstrafe belegt. Der Verein konnte in der Verhandlung nicht nachweisen, von Anfang an konsequent gegen die rechten Störer_innen vorgegangen zu sein.

■ „Fußball hat doch nichts mit Politik zu tun!?“

Ein ebenso wiederkehrendes Argumentationsmuster behauptet die prinzipielle Abgeschlossenheit des Fußballs gegenüber gesellschaftlichen Fragen: Auch im Breitensport weit verbreitet ist die Ansicht, „Fußball“ sei von „Politik“ trennbar; als „Politik“ wahrgenommen wird in diesem Fall etwa das Agieren des Roten Sterns gegen Diskriminierung, also solche Positionen, die aktives und intervenierendes Verhalten von Vereinen und Fans einfordern. Nationalistische, antisemitische und homophobe Standpunkte werden in der Argumentation der „Fußball-bleibt-Fußball“-Rhetoriker_innen dagegen nicht als „politisch“ betrachtet – weil sie als „normal“ und damit wohl auch unhinterfragbar aufgefasst werden. Ein Beispiel lieferte der Autor des Editorials im Stadionheft des SV Süptitz⁶. Dort hieß es anlässlich des RSL-Auswärtsspiels:

„Nun ist der Verein RSL kein normaler, nein, man hält sich für etwas Besonderes. Würden wir entscheiden, nicht gegen Neonazis Fußball zu spielen, bräuchten wir kaum noch antreten' steht auf der Homepage – eine Riesen-Frechheit! Es wird politische Propaganda betrieben, mit allen Mitteln, wie in vergessen geglaubten Zeiten, eine andere Meinung sowieso nicht akzeptiert.“

Dass der RSL behauptet hatte, dass Neonazis auch innerhalb von Fußball-Vereinen – und auch auf dem Spielfeld – aktiv sind, wurde als Affront aufge-

[4] Der Aufmarsch wurde durch die Polizei aufgelöst. Grund: Das Zeigen verfassungswidriger Symbole.

[5] Im „U-Bahn-Lied“ wird eine U-Bahn von Jerusalem nach Auschwitz gebaut.

[6] Stadion-Heft des SV Süptitz zum Spiel gegen den Roten Stern Leipzig am 10.4.2009; online nachzulesen unter: http://tatortbrandis.blogspot.eu/2010/04/26/suptiz_erklaert_den_roten_stern/

[7] Eine für den SV Süptitz vielleicht tatsächlich nicht zutreffende, aber auch nicht auf diesen gemünzte Aussage.



[8] Tatsächlich ist der Fußball-Verband Ausrichter der Spiele; da der Verband sich jedoch nicht um die Ausrichtung vor Ort kümmern kann, sind die gastgebenden Vereine Veranstalter und haben damit ein Hausrecht (Stadionrecht). Im Nachhinein legte der Verband bei einer Sportgerichtsverhandlung dar, dass sich das Stadionrecht nicht auf Spieler_innen beziehen kann. Sonst wäre Willkür Tür und Tor geöffnet. Daher konnte in der Sportgerichtsverhandlung nicht geklärt werden, wie sich ein Verein verhalten muss, um als Neonazis bekannte Spieler des gegnerischen Teams auszuschließen. Obwohl Vereine als Veranstalter für den ordnungsgemäßen Ablauf des Spiels verantwortlich gemacht werden, wie am Beispiel Mügeln ersichtlich, können sie gegenüber Aktiven nicht als Veranstalter auftreten – hier sei dann plötzlich, nach Aussage des LFV, der Verband der Veranstalter.

nommen, als „Riesen-Frechheit“. Eine aus den Erfahrungen der Auswärtsspiele in des Roten Stern beruhende, wenn auch gewagte⁷ Einschätzung zur Häufigkeit aktiver Neonazis in Fußball-Mannschaften erscheint als „politische Propaganda“, „die andere Meinungen sowieso nicht akzeptiert“. Der Verweis auf angebliche diktatorische Zensurpraktiken erlaubt dem Autor, sich mit dem angesprochenen Problem nicht weiter beschäftigen zu müssen.

Einen in der Neonazi-Szene aktiven Spieler hatten Szene-Kenner_innen beispielsweise beim FSV Oschatz identifiziert. Zum Rückspiel am 26. Mai 2010 ließen die Ordner_innen des gastgebenden RSL den betreffenden Oschatzer Spieler aufgrund der geltenden Stadionordnung nicht auf das Stadiongelande. Jene Stadionordnung schließt ausdrücklich Personen aus, die in neonazistischen Gruppierungen oder Parteien aktiv sind. Dass man mit einer Stadionordnung nicht nur Fans, sondern auch Spieler_innen aussperren kann, wird in der Spielordnung des Sächsischen Fußball-Verbands nicht infrage gestellt⁸. Der Ausschluss des Spielers führte zu einer erneuten Sportgerichtsverhandlung. Eine Diskussion mit Vertreter_innen des FSV Oschatz über den Umgang mit neonazistischem Gedankengut hatte bis dahin scheinbar noch nie stattgefunden. Immerhin waren schon beim Hinspiel im „Heimblock“ der Oschatzer Mannschaft Neonazis anwesend und zeigten Hitlergrüße. Auch vor dem Rückspiel zeigten die FSV-Verantwortlichen keinerlei Interesse, sich mit dem RSL über den beanstandeten Spieler auseinanderzusetzen – trotz mehrmaliger und frühzeitiger Kontaktversuche. In einer Stellungnahme des FSV Oschatz nimmt der Verein den Spieler in Schutz und erklärt:

„Mit dieser Forderung des Hausverbots ist Roter Stern über sein Ziel hinausgeschossen, denn wir haben den Standpunkt, Sport sollte nicht Opfer der Politik werden.“

Wer so etwas glaubt, lebt selbst auf einem anderen Planeten. Bisher war nicht der „Sport“ das „Opfer“

von „Politik“ – sondern die Spieler_innen und Fans des RSL müssen sich bei fast jedem Auswärtsspiel Beschimpfungen in eindeutigen Nazi- und Rassistenvokabular anhören oder werden mit Gewalt bedroht.

■ Unterstützung von oben – Ablehnung von unten

Reaktionen gegnerischer Spieler oder Fans auf „politische“ Transparente der RSL-Anhänger_innen hören sich so an: „Ihr habt wohl immer noch nichts dazu gelernt“. Immer wieder wird dem RSL mit dem Vorwurf begegnet, neonazistische und diskriminierende Vorfälle im Stadion zu provozieren. Die Schuld wird so denjenigen zugewiesen, die rassistische und diskriminierende Normalzustände in den Vereinen und Stadien öffentlich thematisieren, anstatt sie wie üblich unter der Decke einer latenten Zustimmung zu diesen Einstellungen zu halten.

Glücklicherweise sehen das nicht alle so: Der Rote Stern wurde in diesem Jahr vom DFB für sein Engagement und in „Anerkennung des besonderen Einsatzes für Freiheit, Toleranz, und Menschlichkeit und gegen nationalistische, rassistische und fremdenfeindliche Erscheinungsformen“ mit dem Julius-Hirsch-Preis ausgezeichnet. Bei der Preisverleihung machte der Vorsitzende des DFB Dr. Theo Zwanziger, nicht zum ersten Mal, deutlich, dass der Sport, und eben auch der Fußball, eine gesellschaftliche Verantwortung besäße und sich daraus auch ein Handlungszwang ergebe. Er forderte alle im Sport Tätigen auf, dieser Verantwortung aktiv gerecht zu werden und nicht wegzusehen.

Die unterschiedliche Sichtweise auf die Funktion des Fußballs in den verschiedenen Verbandsebenen und Regionen – insbesondere in Sachsen – wird nicht nur am Verhalten des LFV und SFV bezüglich des Oschatz-Falls offensichtlich. Hier ticken die Uhren noch anders und so manche Vertreter_in anderer Landesverbände kann hinsichtlich der „nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“-Mentalität hiesiger Sport-Funktionäre nur den Kopf schütteln.



**...LASSEN SICH NICHT UNTERKRIEGEN
DIE ROTEN STERNE**



NIE OHNE FLUCHTPLAN

EINE BETROFFENE RECHTER GEWALT BERICHTET

von chronik.LE

Der Alltag in einer Kleinstadt verkommt zum Spießbrutenlauf, wenn man nicht ins Bild passt. In Bad Lausick (Landkreis Leipzig) haben Neonazis einer Berufsschülerin nachgestellt. Uns erzählt sie von vielen bedrohlichen Begegnungen – und ihrer Angst, immer einen Fluchtplan zu brauchen.

„Wir sind hier so, sagen wir mal, am Anfang vom Ghetto von Bad Lausick“, sagt Katrin. Sie bleibt an einem Stromverteilerkasten stehen. Und sie erinnert sich: „Hier habe ich mal mein Handy verloren, weil ich mit meinem Fahrrad unterwegs war.“ Ein kleines Missgeschick. Aber Katrin hatte große Angst: „Ich habe alle Teile schnell wieder zusammengesteckt, weil ich hier schnell wieder weg wollte.“ Katrin ist 19 Jahre alt, lebt in Bad Lausick. Und sie ist schwarz.

Zwei Tage später war Katrin mit einer Freundin ins „Ghetto“ zurückgekehrt, hat hier nach ihrer Speicherkarte gesucht. „Dann kam auf einmal ein Auto von hier hinten angefahren und hat angefangen, mich zu umkreisen.“ Katrin deutet auf ein Straßenschild, 50 Meter weiter. „Dort haben die gehalten. Vier Leute sind ausgestiegen. Es waren alles klischeehafte, wirklich klischeehafte Glatzen.“ Einen Baseballschläger hatten sie dabei, haben Katrin quer durchs Wohngebiet gehetzt. „Es war niemand da, es war niemand draußen, der mir geholfen hätte. Die waren am Schluss wirklich so zwei, drei Meter hinter mir.“ Im letzten Moment erreichte Katrin die Wohnung einer Freundin. Damals war es Winter. „Ich kann hier nicht einfach überall langlaufen“, sagt sie heute und zittert wieder.

Was Katrin als „Ghetto“ erlebt, ist ein Neubaugebiet in Bad Lausick, ganz in der Nähe des Bahnhofs. Dort treffen sich Jugendliche, die Katrin gut kennt – unfreiwillig. Von ihnen ist sie mit ihren Freund_innen in den vergangenen anderthalb Jahren mehrfach bedroht worden. Deren Treffpunkt, der Bahnhof, ist eine No-Go-Area. Katrin nimmt heute Schleichwege, wenn sie dort langgehen muss. „Es gibt außerdem Telefonketten, weil wir uns immer fragen: Verdammt, wo könnten jetzt die Faschos sein? Da muss immer jemand nachgucken, der dann den Nächsten anruft und sagt, ob der Weg sicher ist.“ In ihrer Tasche steckt ein Pfefferspray für den Notfall, aber sie hat nicht mitgezählt, wie oft man sie trotzdem angegriffen hat. „Ich musste schon x-Mal vor den Faschos wegrennen“, sagt sie. „Deswegen gehe ich nirgends mehr lang, ohne einen Fluchtplan zu haben.“

Katrin ist nicht allein, Freundinnen von ihr mussten dasselbe durchmachen. „Die mussten mal abends zum Bahnhof. Dort hat sie ein Fascho angehalten und gefragt, wo sie hinwollen.“ Der zückte ein Walkie-Talkie und gab seinen Kameraden Bescheid: „Die zwei Objekte wollen nach Leipzig.“ Die kamen, zogen sich Quarzsandhandschuhe über. Wieder begann eine Verfolgungsjagd durchs Wohngebiet. „Die haben richtig Glück gehabt“, sagt Katrin. „Die Nazis haben den Park richtig nach denen abgesucht.“

Seit Sommer 2009 macht Katrin eine Ausbildung in Bad Lausick, besucht die evangelische Berufsschule nahe dem Bahnhof. Vor Ort ist etwa zur selben Zeit eine neue, junge Nazi-Szene entstanden.

Katrin nennt sie „Faschos“ und was diese auszeichnet, ist die Gewalt. Die Nazis haben Kontakte geknüpft, etwa ins benachbarte Frohburg. „Und die Leute, die mir hier so krass hinterher gerannt sind, kamen auch nicht aus Bad Lausick“, hat Katrin von der Polizei erfahren. Die Anzeige läuft gegen unbekannt, die Täter werden im nahe gelegenen Borna vermutet. Von dort, einer Hochburg der neonazistischen „Freien Kräfte“, einer in Westsachsen gut strukturierten und organisierten Neonazi-Struktur, bekamen die Bad Lausicker Nazis wohl des öfteren Verstärkung.

Dass man sie hasst, bekommt Katrin ständig zu spüren: „Ich werde ‚schwarze Kuh‘ oder ‚Nigger-Schlampe‘ genannt, so klischeehafte Sachen eben.“ Sie zermürben die 19-Jährige. „Meine Berufsschule hat sich überlegt, ob sie mich eine Woche eher in die Ferien schicken können, weil ich so am Ende war. Es war so heftig, dass ich wirklich überlegt habe, ob ich die Ausbildung hier abbrechen soll.“ Und der Terror geht weiter. „Die haben versucht, bei einem Freund von mir einzubrechen. Die Faschos haben zu ihm hochgeschrien: ‚Euch Zecken räuchern wir aus!‘“ 20 Minuten lang haben fünf Nazis versucht, die Eingangstür einzutreten. Vergebens. „Gottseidank“, seufzt Katrin, denn die Polizei wäre keine Rettung gewesen. „Bei mir haben die mal eine halbe Stunde gebraucht.“ Zuvor hat Katrin in Sachsen-Anhalt gelebt und „dort war es nicht so heftig“, erinnert sie sich. Schon einige Monate nach dem Umzug nach Bad Lausick sind die Scheiben ihrer Wohngemeinschaft eingeschmissen worden.

Jahrelang war es auch in Bad Lausick „ruhig“, eine organisierte Naziszene ist nicht aufgefallen, wie ehemalige Berufsschüler_innen berichten. Die nun aktiven Neonazis sind ausgesprochen jung – und haben just einen Dämpfer bekommen: Vorladungen zur Polizei. „Der Kommissar, der uns zugewiesen wurde, der hat die ganze Sache relativ persönlich genommen und hat sich da sehr stark mit engagiert“, berichtet Katrin. Auch durch die Ermittlungsarbeit hat sich die Situation vorläufig entspannt: „Wir haben alle Vorfälle angezeigt. Egal, wieviel Angst wir hatten. Ich glaub, deswegen ist es jetzt weniger geworden. Und ich hoffe, es bleibt so.“ Unterstützung findet Katrin auch im Alltag: Freund_innen begleiten sie, in ihrer Berufsschulklasse wird über

das Problem diskutiert. Mitschüler_innen machten ihr Mut: „Es kann nicht sein, dass du aufgibst, dann haben sie gewonnen.“ Auch Lehrer_innen haben sie bestärkt – und manchmal herb entmutigt. Die Schulleiterin meinte: „Man muss auch manchmal auf’m Boden bleiben.“ Dabei ist die Berufsschule, in denen sozialpädagogische Berufe gelehrt werden, bei Nazis längst als „alternativ“ verschrien. Gegenüber Katrins Freundin drohten sie, die komplette Schule „auszuräuchern“.

Das Problembewusstsein wächst langsam, aber im Unterschied zu anderen sächsischen Kleinstädten engagieren sich nach Übergriffen, wie sie Katrin erleiden musste, Bürger_innen gegen Rechts. Interessierte aus der Berufsschule trafen sich im Frühjahr 2010 unter anderem mit Vertreter_innen der Stadt und gründeten in einem Gebäude der Arbeiterwohlfahrt ein Protestbündnis. Das ist längst kein gewöhnlicher Ansatz für eine aktive Zivilgesellschaft, zumal im Leipziger Umland. „Zum Glück gibt es so etwas wie die Opferberatung“, sagt Katrin aus eigener Erfahrung. „Die RAA hat sich am meisten gekümmert.“ Und die wissen auch, dass es in anderen Orten rund um Leipzig ähnlich wie in Bad Lausick zugeht, wenn nicht noch brutaler. Allein im ersten Halbjahr 2010 verzeichnet die RAA-Statistik 21 rechtsmotivierte und rassistische Angriffe im Landkreis Leipzig, mehr als in typischen Neonazi-Hochburgen wie der Sächsischen Schweiz. Das Bundesland Sachsen nimmt nach wie vor einen Spitzenplatz in der Statistik rechter Straftaten ein. Meist sind es Körperverletzungen.

Eine davon geschah am 7. Mai im 15 Kilometer von Bad Lausick entfernten Geithain. Dort schlug ein Neonazi einen 15-jährigen Jugendlichen an einer Tankstelle nieder. Das Opfer war tagelang in Lebensgefahr und muss seitdem eine Metallplatte in der Stirn tragen. Die Polizei verhaftete als Täter einen 19-jährigen Neonazi. Seine Kameraden trafen sich daraufhin in Bad Lausick zu einem Aufmarsch. Mit Fackeln zogen die 50 Vermummten durchs „Ghetto“, brüllten „Nationaler Sozialismus, jetzt“. Nach dem Aufmarsch jubelten Neonazis auf der Website des Geithainer „Freien Netzes“: „Wir finden Mittel und Wege unsere Botschaft auch ohne Anmeldung unters Volk zu bringen.“ Die Botschaft ist Angst und Hass. Sie trifft nicht nur Katrin, sondern jede_n.

EIN ORT IN ANGST VOR NEONAZIS

„WENN WIR DAS HAUS WEGFLIEGEN KÖNNTEN, WÄREN WIR SCHON LANGE WEG“

Von Simone Rafael

Was bedeutet das Schlagwort der „national befreiten Zonen“ praktisch? Wie lebt es sich, wenn man Grundstücksnachbar_in einer führenden Nazi-Familie im Ort wird? Oder wenn eine Familie zum Ziel neonazistischer Angriffe wird, weil ein Sohn Musik in einer Band macht? Wenn man sich nachts nicht mehr auf die Straße traut, weil dort die Neonazis Streife fahren? Ein Ortsbesuch in Colditz, einer knapp 5.000-Einwohner-Stadt in Sachsen nahe Leipzig.

Die Eltern beschallt Nachbar N. am Wochenende mit ohrenbetäubender Musik und Pressluftschlämmern – zusätzlich zu dem Lärm, den seine eingepferchten Tiere, in Spitzenzeiten fast 200, rund um die Uhr veranstalten. Fünf Morddrohungen hat Vater Dieter* erhalten, seit er angefangen hat, sich strafrechtlich und gerichtlich gegen den Mann nebenan zu wehren, der auf seinem Hof Neonazi-Treffen veranstaltet und aus ungeklärten Geldquellen Gebäude aufkauft, um sie für die Neonazi-Szene im Ort und eventuell als „Fight Club“ zu nutzen. „Die Tiere hält er bislang meist in erbärmlichem Zustand“, sagt Dieter und zeigt mitleiderregende Bilder, aber das Veterinäramt sage nichts – ein Mitarbeiter dort sei von N. bedroht worden. „Auch uns bedroht er, ständig“, sagt Dieter, „angegriffen hat er uns auch, mehrfach“. Selbst die damals achtjährige Tochter der Familie wurde von N., der als Schlüsselfigur der Neonazi-Szene in der sächsischen Kleinstadt Colditz gilt, beleidigt, beschimpft, bespuckt. „Da versuchen wir gerade, vor Gericht eine Kontaktsperre durchzubekommen, dass er Abstand halten muss“, sagte Dieter. Das gleiche Schicksal ereilt auch die direkte Nachbarfamilie Z. Insgesamt hatte N. schon fast mit der Hälfte der Anwohner seines Wohnortes Auseinandersetzungen.

■ „Zehn Leute sind keine Masse“

Allerdings hat Vater Dieter mit der Justiz schon zwiespältige Erfahrungen gemacht: „Ein Kompanon von N. ist hier durch die Straße gefahren auf seinem Motorrad und hat den Hitlergruß gezeigt“, erzählt Dieter, „den haben wir angezeigt, mit mehreren Nachbarn als Zeugen. Das Gericht hat befunden: Kein Landfriedensbruch, denn zehn Leute sind noch keine Masse.“ Wer den kleinen Ort des Geschehens kennt, sieht: Doch, hier schon. Gerichtsrelevant ist das nicht. Der Eindruck, der bei den Nachbarn bleibt: Hier können die Neonazis machen, was sie wollen.

■ Die Bedrohungen zeigen Wirkung

Wie hält man es aus, wenn nebenan ein vor nichts zurückschreckender Neonazi mit offen gewaltbereitem Freundeskreis wohnt? Einer, vor dem sogar die öffentlichen Behörden Angst zu haben scheinen – oder in einer Beziehung zu ihm stehen? N. soll schon den Bürgermeister tätlich angegriffen, dafür aber nicht einmal eine Anzeige kassiert haben. „Der bedroht hier alle“, sagt Dieter, „deshalb verkriechen sich die Menschen hier in ihre Häuser. Sie trauen sich nicht mehr in ihre eigenen Gärten. Sie trauen sich auch nicht, etwas gegen N., seine Söhne und seine Neonazi-Freunde zu sagen. Sie haben einfach Angst. Hier gewinnt er.“

Die Angst kommt nicht von ungefähr. Rund zwanzig, dreißig Menschen stellen den Kern der Neonazi-Szene in Colditz, doppelt so viele Menschen schätzen Bewohner als Sympathisanten ein. Die Neonazis in Colditz haben ein bürgerliches Gesicht: Sie betreiben Läden und Kioske, sind in lokalen Vereinen aktiv oder gründen eigene Vereine, unterstützen den Förderverein der Mittelschule und machen auch einmal die Türsteher bei Veranstaltungen des Jugendclubs. „Da hatte ich keine Lust mehr hinzugehen“, sagt Thomas, der in Colditz großgeworden ist, jetzt zum Stadtrat gehört und sich in der Stadt schon lange nicht mehr frei bewegen kann. Seine Familie hatte in den letzten Jahren gewagt, in Colditz etwas „Gegenkultur“ anzubieten, veranstaltete Feste und Punkkonzerte in einer alten Turnhalle, „und dafür war sogar Bedarf vorhanden, die Konzerte waren gut besucht“, sagt Thomas, es klingt fast verwundert. Wer allerdings immer da war, waren die Neonazis. Sie griffen die

Veranstaltungen, die Besucher an. Nach drei Veranstaltungen kamen keine Besucher mehr. Nach dem letzten Übergriff erklärte der Bürgermeister von Colditz in der Presse, dass er diese Gewalt verurteile, und stellte zugleich Thomas' Familie ein Schreiben zu, dass sie die Turnhalle ab sofort aus baulichen Gründen nicht mehr für Veranstaltungen nutzen dürfe.

■ Sogar ein Blendgranatenwurf blieb straffrei

Unzählige Male warfen Neonazis die Fensterscheiben des Ladens von Thomas' Vater im idyllischen Zentrum von Colditz ein. „Immer, wenn es eine Aktion gegen Nazis gab, einen Zeitungsartikel, irgend etwas, waren sofort wieder die Scheiben dran“, sagt Thomas. Ebenso gab es Angriffe auf ihn und seinen Bruder. „Zum Stadtfest könnte ich hier nicht mehr gehen. Selbst wenn wir nur ein Bier trinken wollen abends, können wir davon ausgehen, dass etwas passiert“, sagt Thomas. Im Februar 2008 marschierten 100 Neonazis zum väterlichen Geschäft und warfen eine NVA-Blendgranate hinein. Die Täter waren nicht einmal maskiert. Die Polizei stand eine Straßenkreuzung davon entfernt und gab später vor Gericht an, sie hätten nur vier Menschen etwas tun sehen und den Rest für Passanten gehalten. Deshalb gab es später auch kein Urteil wegen Landfriedensbruchs – die Mitglieder des Nazimobs kamen ungestraft davon, die „vier Täter“ konnten ebenfalls nicht zweifelsfrei ermittelt werden.

■ „Wer sich denen in den Weg stellt, wird platt gemacht.“

„Nach diesem Übergriff“, erzählt Thomas, „kamen die Leute in den Laden und flüsterten etwas von ‚schlimmer Sache‘ - sie flüsterten sogar, wenn niemand anders im Laden war!“ Ein weiterer aktiver Anwohner aus Colditz, Holger*, erläutert: „Es ist nicht so, dass

Von 1939 bis 1945 hatten die Nationalsozialisten ein berühmt berüchtigtes Kriegsgefangenenlager im Schloss Colditz errichtet. Im angelsächsischen Raum existieren deshalb Fernsehfilme, Serien und Brettspiele, die die Flucht aus Colditz vor den Nazis thematisieren.

die Leute nichts von den Neonazi-Aktivitäten in ihrer Stadt mitkriegen würden – jeder hier kann die Akteure benennen, Geschichten erzählen. Aber öffentlich positionieren würde sich keiner!“ Tatsächlich ist schon die Einfahrtsstraße von Colditz mit neonazistischen Aufklebern gepflastert, ein Auto mit einem Aufkleber mit der Nazi-Parole „Todesstrafe für Kinderschänder“ fährt durch die Straßen. „Die Rechtsextremen sieht man jeden Tag“, sagt Holger, „die fahren regelrecht Streife in der Stadt.“ Als sich in Colditz ein Verein gegen die Nazi-Aktivitäten gründete, wurden auf der Stelle dessen Vereinsräume aufgebrochen und verwüstet. Dieter sagt: „Wer sich denen in den Weg stellt, wird platt gemacht.“ Die Reaktion der Bevölkerung ist geprägt von Vermeidungsstrategien. Wo die Neonazis Häuser kaufen, stellen die Anwohner ihre Autos in die Hinterhöfe, damit sie nicht beschädigt werden. Sagen möchte keiner mehr etwas.

Von den Offiziellen ihrer Stadt fühlen sich die betroffenen Bürger allein gelassen. Der Bürgermeister zeigt zwar in Interviews Problembewusstsein, handelt allerdings vor allem auf der Symbolebene gegen die Neonazis, etwa durch die Teilnahme an Friedensgebeten. Wenn die wenigen Engagierten, die noch hier sind, etwas anstoßen wollten – etwa im Jahr 2009 ein antirassistisches Fußballturnier – machten absurde öffentliche Auflagen das Vorhaben zunichte: Die Initiatoren sollen zwei Wochen vor und zwei Wochen nach der Veranstaltung für alle Schäden an der Sportanlage haften. Ein lokales ‚Bündnis gegen rechts‘ zerbrach, weil alle konfliktbehafteten Themen, etwa Neonazis im Jugendclub, im Sportverein oder im Schul-Zusammenhang nicht einmal besprochen werden konnten. Auch hier hörten die Aktiven unter der Hand von Anrufen aus der Neonazi-Szene, die mit Gewalt drohten, wenn das Thema behandelt würde. Angezeigt werden all diese Vorkommnisse nicht. Im Stadtrat hörten die Aktiven, sie seien selbst schuld, wenn sie Punkkonzerte veranstalteten – das wäre doch klar, dass die angegriffen würden. Wenn Dieter die Polizei ruft, weil nebenan wieder einmal laute rassistische oder

Wie also weiterleben in Colditz, wenn das Leben für einige jeden Tag ein Risiko bedeutet, nur weil sie sich einmal gegen die Neonazi-Szene ausgesprochen haben, während der Rest schweigt? Holger sagt: „Ich lebe eigentlich gern hier – ich pendle aber morgens zum Arbeiten in eine andere Stadt. Nur Colditz ginge nicht.“ Abends gefahrlos auf die Straße gehen kann der Mittdreißiger hier auch nicht mehr. Für Thomas gab es nur eine Lösung: Er lebt nur noch teilweise in Colditz, arbeitet inzwischen in einer anderen Stadt: „Aus meiner Gymnasialklasse ist kaum ein Mensch noch hier – sind vielleicht noch zwei Leute.“ Das Gymnasium gibt es inzwischen nicht mehr, auch das hat zur Verarmung der nicht-rechten Jugendkultur beigetragen. Thomas' Eltern leben weiter in Colditz: „Aber sie sagen immer: Wenn wir das Haus wegfiegen könnten, wären wir längst weg.“ Ähnlich geht es Dieter: „Ich hab doch hier den Grundbesitz, ich hab mir hier etwas aufgebaut. Das kann ich nur einmal im Leben machen. Deshalb bleiben wir.“ Weil sie das Gefühl haben, dass sich in Colditz nichts gesellschaftlich gegen die Neonazis auf die Beine stellen lässt, ziehen sich alle auf Dinge zurück, die sie allein tun können: Die Lage im Stadtrat thematisieren. Straftaten anzeigen. Dieter zieht gegen seinen Nachbarn vor Gericht. Bisher gab es Verurteilungen zu Bewährungsstrafen. Dieter hofft allerdings, dass es in weiteren Verfahren – eines mit 70 Einzelstraftaten ist noch anhängig – vielleicht doch zu einer Haftstrafe gegen N. kommt: „Dann hätten wir wenigstens mal ein halbes Jahr Ruhe.“

Die Autorin ist Redakteurin bei Netz-gegen-Nazis.de

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL AUS 12 MONATEN LEIPZIG CHRONIK

2010

23.10. In der Nacht wird ein 19-jähriger Iraker im Müllerpark gegenüber vom Hauptbahnhof mit einem Messer niedergestochen und erliegt später seinen Verletzungen. Mindestens einer der beiden mutmaßlichen Täter gehört der Neonaziszene an und trug am Tag seiner Verhaftung eindeutige Szenebekleidung.

16.10. Etwa 800 Nazis machen sich an diesem Tag auf den Weg nach Leipzig, um spontan und dezentral zu marschieren. Da aufgrund der erfolgreichen antifaschistischen Mobilisierung nur Außenbezirke und umliegende Ortschaften für die Nazis in Frage kommen, bewegen sich Nazis aus dem Spektrum der „Autonomen Nationalisten“ in diese Gebiete, wo sie fast ausnahmslos von der Polizei festgesetzt werden.

09.10. Der Gedenkort für die Opfer der Todesmärsche im April 1945 in Leipzig-Schönefeld wird nach einer ersten Schändung am 23. August erneut zerstört. Die Wegweiser in der Kamenzer Straße 10 sind entfernt und durch Schilder ersetzt worden, die nach Buchenwald und Stalin-grad weisen.

03.10. In Lindenau tauchen kopierte A4-Plakate auf, auf denen gegen Abgeordnete der Linkspartei gehetzt wird. Eine Initiative, die sich „Heimattreues Leipzig“ nennt, und deren Mitglieder sich offenbar als Nationale Sozialisten verstehen, rufen zu Protesten gegen die Linkspartei auf.

03.10. Auf der Protestkundgebung „Steh auf, sag nein - gegen Sozialkürzungen“ in der Leipziger Innenstadt mit etwa 75 Teilnehmer_innen ergreift der JN-Aktivist David Dschietzig das offene Mikrofon und versucht, für die Nazi-Aufmärsche am 16.10. zu werben. Die Veranstalter drehen ihm daraufhin das Mikro ab. Andere anwesende Nazis versuchen anschließend ein Transparent zu entrollen, auf dem für den Nationalsozialismus geworben wird.

19.09. Am Sonntag findet auf dem Sportgelände „Neue Linie“ der 2. LVB-Familientag statt. Als Securities arbeiten dabei unter anderem zwei bekannte Neonazis aus Leipzig und Wurzen. Gegen mindestens einen der beiden laufen zu dieser Zeit noch Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung im Rahmen des Überfalls auf den Roten Stern Leipzig vom Oktober 2009.

31.08. Im Rahmen einer so genannten „Heß-Woche“ haben Neonazis in ganz Sachsen dem Hitler-Stellvertreter und verurteilten NS-Kriegsverbrecher Rudolf Heß gedacht, der sich am 17. August 1987 erhängt hat.

27.08. Im Leipziger Stadtteil Volkmarsdorf beschwerten sich Anwohner über eine angeblich zunehmende Zahl von Straftaten, die von Sinti und Roma verübt würden. Obwohl die Polizei diesen Einschätzungen objektiv widerspricht, erwägen die Bürger in einem offenen Brief an die Ordnungshüter die Gründung einer Bürgerwehr. Dabei erhalten sie Unterstützung durch die Leipziger NPD.

23.07. In einer eMail an die Veranstalter_innen des Christopher Street Day (CSD) in Leipzig diskriminiert der sächsische CDU-Politiker Kai Hähner Schwule und Lesben in homophober Weise. Er bezeichnete nicht-heterosexuelle Lebensweisen als „Abnormalität“, die der Gesellschaft durch Veranstaltungen wie dem CSD „regelrecht aufgedrängt“ werden würden.

12.07. Am Montagabend veranstaltet die Linke.SDS-Hochschulgruppe Leipzig zusammen mit dem Institut für Philosophie und mehreren Vereinen im Hörsaalgebäude der Universität eine Podiumsdiskussion zum Thema Gaza und dem Angriff auf die sogenannte „Freedom Flotilla“ am 31. Mai 2010. Es kommt zu Gegenprotesten seitens israelsolidarischer Linker, die teils mit Hilfe der Polizei aus dem Saal gebracht werden. Dabei werden einige der israelsolidarischen Protestierenden von einer vor dem Hörsaal stehenden Gruppe antisemitisch bedroht.

10.07. Am Samstagabend spielt die Neonazi-Hooligan Band „Kategorie C - Hungrige Wölfe“ in den Räumen des Motorradclubs „Underdogs“ im Gewerbepark Großzschocher.

07.07. Nach der Niederlage der deutschen Nationalmannschaft beim Halbfinale der Fußball-Weltmeisterschaft der Männer wird am Mittwochabend ein 15-Jähriger, der eine Flagge der Siegermannschaft Spaniens mit sich führt, in der Leipziger Innenstadt aus einer Gruppe heraus nationalistisch angepöbelt und attackiert.

AUF chronikLE.org KÖNNEN SIE BEQUEM NACH ORTEN, DATUM, SCHLAGWORTEN UND ANDEREN KRITERIEN SUCHE. WICHTIGE EREIGNISSE WERDEN BESTÄNDIG AKTUALISIERT.

13.06. Am frühen Sonntagmorgen gegen 5:30 Uhr schreien drei junge Männer in der Kochstraße immer wieder „SS“ und „Nationaler Widerstand“ sowie andere neonazistische Parolen.

04.06. Am Abend gegen 23 Uhr wird von mehreren angetrunkenen Personen in der Tram 4 nach Stötteritz das antisemitische „U-Bahn-Lied“ gesungen: „Eine U-Bahn bauen wir, von Leipzig bis nach Auschwitz“. Eine Reaktion seitens der Fahrgäste bleibt aus.

02.06. Am Mittwochabend kommt es während einer Demonstration in der Leipziger Innenstadt, zu der mehrere linke und migrantische Organisationen aufgerufen haben, zu Übergriffen auf israelsolidarische Menschen, die gegen antiisraelische Positionen auf der Demonstration protestieren. Dabei kommen Holzlatten zum Einsatz. Trotz des aggressiven Auftretens und Agierens der Demonstrant_innen geht die Polizei nur gegen die israelsolidarischen Kritiker_innen vor, verteilt Platzverweise und stellt Anzeigen wegen Störens einer öffentlichen Veranstaltung.

29.05. Unbekannte zerstören am 29. Mai in Plagwitz eine Ausstellung über die Lebenssituation von Asylbewerber_innen in Leipzigs Wohnheimen. Am Abend werden die Texte und Fotografien von den Stelltafeln abgenommen, aus ihrer Verankerung gerissen, zerrissen und auf den Boden geworfen.

19.05. Am 19. Mai entscheidet der Leipziger Stadtrat über die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft des Euthanasie-Vordenkers Karl Binding. Nicht nur die zwei NPD-Abgeordneten, sondern auch drei Vertreter_innen der demokratischen Parteien stimmen gegen den Antrag. Laut Leipziger Internetzeitung L-IZ hatte sich der NPD-Stadtrat Klaus Ufer in einer geschichtsrevisionistischen Rede vor der Abstimmung mit Binding solidarisiert.

08.05. Zum 8. Mai werden in Lindenau an mehreren Stellen Schablonensprühereien mit der Aufschrift „8. Mai - Kein Tag der Befreiung“ angebracht. Das Ende des Nationalsozialismus durch den militärischen Sieg der Alliierten stellt in den Augen von Neonazis keine Befreiung dar, da sie sich mit dem Nationalsozialismus und dem deutschen Vernichtungskrieg identifizieren.

06.05. Zwei Tage vor dem 8. Mai berichtet die Leipziger Volkszeitung (LVZ) über eine für diesen Tag auf dem Lindenauer Markt geplante Kundgebung eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis' anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus. Gunter Weißgerber (Ex-MdB, SPD) und Thomas Feist (MdB, CDU) kommen mit fragwürdigen Positionen zu Wort, können etwa in NS-relativierender Weise den Befreiungscharakter des Datums für die Ostdeutschen in Frage stellen und kritisieren Oberbürgermeister Jung für seine Solidarisierung mit den für den 8. Mai geplanten Protesten gegen das NPD-Zentrum in der Odermannstraße.

23.04. Etwa 15 Neonazis aus dem Umfeld der JN und „Freie Kräfte“ stören eine Veranstaltung auf dem Augustusplatz, während der an den Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus erinnert wird. Sie versuchen auch, Teilnehmer_innen anzugreifen.

20.04. Die JN-Leipzig feiert nicht nur den Geburtstag Adolf Hitlers, sondern auch das eigene zwei-jährige Bestehen. Der Festakt findet vermutlich auf dem NPD-Gelände in der Odermannstraße statt.

26.03. Sechs Personen aus dem neonazistischen Fußball- und Hooliganspektrum versuchen, an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Zwischen Prävention und Repression - Rechtsextreme Gewalt im deutschen und im Leipziger Fußball“ teilzunehmen. Nachdem sie mit Verweis auf die Veranstaltungsordnung abgewiesen werden, holen sie Verstärkung: Nach nicht einmal einer halben Stunde ist die Gruppe auf 30 Personen angewachsen, die sich vor dem Veranstaltungsort aufhalten. Augenzeug_innen erkannten Enrico Böhm, Mitarbeiter der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag und Stadtratskandidat für die NPD 2009.

20.03. Auf einer Elektroparty nahe S-Bahnhof Plagwitz kommt es zu einem sexistischen Übergriff: eine Frau wird von einem Mann mehrfach am Gesäß angefasst. Trotz der bekundeten Aufforderung, dies zu unterlassen, hört er nicht auf. Die junge Frau schlägt ihm ins Gesicht, woraufhin er ungleich härter zuschlägt und sich schnell entfernt. Der Frau gelingt es, den sexistischen Täter in der Menge wiederzufinden, woraufhin dieser mit Hilfe eines Dritten rausgeworfen wird.

20.03. Der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider, der keine Berührungängste zu undemokratischen, menschenverachtenden politischen Kräften zeigt, referiert einen nationalistischen und antieuropäischen Vortrag im Zeitgeschichtlichen Forum.

17.03. Im Leipziger Ortsteil Lößnig marschieren gegen 19 Uhr etwa 50 Neonazis aus dem Umfeld des „Freien Netzes“ durch leere Straßen. Anlass ist vermutlich immer noch der erfolgreich verhinderte Aufmarsch von 1300 Neonazis am 17. Oktober 2009. Zwei Monate später überrascht der Leipziger NPD-Landtagsabgeordnete Winfried Petzold mit zwei Kleinen Anfragen an die Landesregierung. Darin erkundigt sich der langjährige Landesvorsitzende und offizielle Betreiber des NPD-„Bürgerbüros“ in der Odermannstraße nach Erkenntnissen über eine „Spontandemonstration von Linksextremisten am 17.03.2010 in Leipzig-Lößnig“. Dass es sich bei dem Aufmarsch um eine Aktion seiner eigenen Leute gehandelt hat, haben ihm seine jungen „Kameraden“, die ja ebenfalls in der Odermannstraße ein- und ausgehen, offenbar nicht verraten.

04.03. Nach einem Angriff auf Besucher_innen des AJZ Bunte Platte in Leipzig-Grünau werden am Donnerstag zwei Leipziger Neonazis wegen Beihilfe zu gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Der Angriff liegt bereits drei Jahre zurück. Einer der Verurteilten ist Istvan Repaczki, Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion. Ca. 30 Neonazis halten sich während des Prozesses demonstrativ in der Nähe des Amtsgerichts auf und sorgen so für eine bedrohliche Stimmung. Augenzeug_innen erkennen in dieser Gruppe führende Köpfe der sächsischen Neonazi-Szene.

15.02. Erneut werden die Scheiben des Bürgerbüros der Partei DIE LINKE in Lindenau eingeschlagen. Wie die Polizei am Dienstag mitteilte, informierte ein Passant die Beamten gegen 20.30 Uhr über den Angriff in der Georg-Schwarz-Straße 8. Aus einer Gruppe heraus hatte ein junger Mann mit dem Fuß eines transportablen Verkehrsschildes ein 20 mal 40 Zentimeter großes Loch in die Scheibe der Eingangstür geworfen.

08.02. Die Leipziger Volkszeitung (LVZ) kann es einfach nicht lassen: Wenn die Polizei in ihrer täglichen Presseinformation die (mutmaßliche) Nationalität eines Tatverdächtigen erwähnt, übernimmt die Lokalredaktion das in der Regel penibel. Auch dann, wenn dies nichts zum Verständnis des Vorfalls beiträgt und nicht hilfreich für die Fahndung nach Tatverdächtigen ist. So auch bei „Pralinen und Bodylotion klaute ein rumänisches Trio in einem Reudnitzer Supermarkt“ in der LVZ Online vom 8. Februar 2010.

04.02. In Connewitz beginnen einige Jugendliche im Kreuzungsbereich Brandtstraße Ecke Teichstrasse eine kleine Schneeballschlacht. Auch ein aus Richtung Forstamt kommendes Auto (Opel Vectra), auf dessen Heckscheibe „Pitbull Deutschland“ sowie „Todesstrafe für Kinderschänder“ prangt, wird von einem Schneeball getroffen. Sofort stoppt der Wagen, der Fahrer lehnt sich aus dem Fenster, beleidigt die Jugendlichen und richtet eine Pistole auf sie. Diese können fliehen. Der PKW fährt weitere dreimal die Strecke Teichstrasse - Wildpark entlang und stellt sich dann mit seinem Hund vor die Unterführung und wartet dort. Die alarmierte Polizei trifft erst 30 Minuten später ein und kann niemanden mehr feststellen.

04.02. Die Opferberatungsstelle RAA Sachsen e.V. veröffentlicht die „Statistik rechtsmotivierter Angriffe 2009“. Schwerpunkt der Angriffe (im Verhältnis zur Einwohner_innenzahl) bildete 2009 der gesamte Leipziger Raum. Der Landkreis Nordsachsen (17,5%) liegt dabei mit Abstand vor der Stadt Leipzig (9,7%) und dem Landkreis Leipzig (9,2%).

30.01. Am Morgen des 30. Januar kommt es zu einem sexuellen Übergriff auf eine junge Frau in einem Ladengeschäft im Süden Leipzigs. Der Ladenbesitzer verschließt die Eingangstür zu einem Zeitpunkt, als die Frau sich allein in dem Laden aufhält. Anschließend bringt er die Frau in seine Gewalt und versucht, sie zu vergewaltigen. Die Frau kann sich dem Mann jedoch entziehen. Auf ihre mehrmalige Aufforderung hin und weil zwei Passanten an das Fenster schlagen, öffnet er schließlich die Tür und lässt die Frau gehen.

27.01. Am Mittwochabend beleidigen zwei junge Männer einen aus Algerien stammenden Migranten in der Nähe der Innenstadt zunächst rassistisch und verfolgen ihn anschließend in bedrohlicher Absicht. Auf der Flucht vor ihnen zieht sich der Mann eine schwere Verletzung zu.

25.01. Mehrere verummte Männer lauern einem Jugendlichen in Großschocher vor seinem Wohnhaus auf. Offensichtlich wollen sie den Jugendlichen zusammenschlagen. Der Jugendliche, welcher in der Vergangenheit immer wieder von Neonazis bedroht wurde, nimmt diese Situation als bedrohlich wahr und fährt zunächst an seinem Haus vorbei. An einer nahe gelegenen Tankstelle ruft er die Polizei, die ihn und seine Mutter nach Hause begleitet.

24.01. Am Sonntag treffen sich rund 20 hochrangige Nazis aus ganz Sachsen im NPD-Büro in der Odermannstraße. Auf dem Programm steht die Vorbereitung des alljährlichen geschichtsrevisionistischen Aufmarsches am 13. Februar 2010 in Dresden. Das Treffen ist nicht nur für die Planung eines „Sicherheitskonzepts“ speziell für den Aufmarsch am 13. Februar in Dresden anberaumt worden. Es gilt auch als wichtiges Vernetzungstreffen für den Aufbau eines neuen sachsenweiten „Ordnungsdienstes“.

2009

31.12. Bereits am frühen Silvester-Abend ziehen größere Neonazigruppen durch die Straßen von Großzschocher. Kurz vor dem Jahreswechsel werden die Scheiben der Sparkasse im Kreuzungsbereich der Huttenstraße/Dieskaustraße aus einer größeren Personengruppe heraus eingeschlagen. Nach Eintreffen der Polizeikräfte kann einer der Verdächtigen noch in der Sparkasse gestellt werden.

24.12. Die katholische Kirche in der Emil-Fuchs-Straße im Rosental wird in der Nacht zu Weihnachten mit Hakenkreuzen und antikirchlichen Sprüchen wie „Fuck Church“ beschmiert.

13.11. Am Wochenende wird zum dritten Mal versucht, die Scheiben des Wahlkreisbüros von DIE LINKE Landtagsabgeordneten Volker Külow in der Georg-Schwarz-Straße 8 einzuwerfen. Diesmal treffen mehrere Flaschen die Schaufensterscheibe.

09.11. In der Nacht vom 8. auf den 9. November werden im Leipziger Ortsteil Probstheida mehrere verfassungsfeindliche Symbole und neonazistische Parolen an den Eingangsbereich des Bruno-Plache-Stadions sowie an das Fanprojekt des 1.FC Lok Leipzig geschmiert.

09.11. Der Sport- und Kulturverein Roter Stern Leipzig '99 e.V. (RSL) wurde am 9. November mit dem zum dritten Mal verliehenen Sächsischen Förderpreis für Demokratie ausgezeichnet. „Mit der Auszeichnung wird der Bock zum Gärtner gemacht“, echauffierte sich der Abgeordnete Arne Schimmer in einer Pressemitteilung. Damit werde „die finanzielle Gießkanne über dem linken Sumpf der Leipziger Szene ausgeschüttet, damit diese blühe und gedeihe“.

22.10. Anscheinend als Reaktion auf das Desaster bei ihrem Aufmarschversuch am 17. Oktober führen Leipziger Neonazis am 22. Oktober eine nächtliche Spontandemonstration mit sehr geringer Beteiligung in Grünau durch.

20.10. Am Freitag pöbeln kurz nach Mitternacht zwei Männer in der Straßenbahnlinie 1 Richtung Lausen einen „Ausländer“ und anschließend zwei hörgeschädigte Jugendliche an. Als die beiden Jugendlichen an der Haltestelle „Adler“ aussteigen, folgen ihnen die zwei Männer. In der Zschocherschen Straße, in Höhe Siemensstraße, gehen die beiden schließlich zum Angriff über, sie schlagen und treten auf die Jugendlichen ein. Einem der beiden Angegriffenen gelingt die Flucht in eine Tankstelle in der Nähe. Dem Zweiten versuchen die Täter zunächst Geld zu rauben. Als er sich weigert, rauben die Schläger ihm seine Zigaretten und flüchten. Ein Mitarbeiter der Tankstelle, zu der nun auch der zweite Jugendliche flüchtet, alarmiert schließlich die Polizei.

20.10. Der Leipziger Jura-Professor Bernd-Rüdiger Kern steht wegen seinem Engagement für Burschenschaften und diffamierenden Äußerungen gegenüber kritischen Studierenden in der Kritik. Der Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Rechtsgeschichte und Arztrecht soll Studierende in einer Vorlesung am 20. Oktober als „Kommunistenschweine“ beleidigt und des Hörsaals verwiesen. Student_innen hatten sich darüber beschwert, dass zu Beginn der Veranstaltung wie auch schon einen Tag zuvor für Veranstaltungen der Burschenschaften Arminia und Normannia geworben wurde.

18.10. Am Sonntagnachmittag versucht eine Gruppe junger Neonazis Nutzer_innen des Wächterhauses in der Eisenbahnstraße in Volkmarisdorf anzugreifen. Vier Personen erscheinen gegen 15 Uhr vor dem Gebäude, werfen den im Haus anwesenden Leuten vor, sie hätten „ihre“ Demo am gestrigen Tage „versaut“ und skandieren Parolen.

17.10. Am Samstag wird ein 24-Jähriger gegen 20 Uhr durch mehrere Personen im Zug auf der Fahrt von Leipzig nach Delitzsch verbal belästigt. Der Geschädigte ordnet die Gruppierung der rechten Szene zu, die an diesem Tag erfolglos versucht hat, im Leipziger Osten zu marschieren. Nachdem er den Zug in Delitzsch verlassen hat, folgen ihm die Neonazis. Sie zwingen ihn unter Androhung von Gewalt dazu, mit ihnen gemeinsam Fotos zu machen.

17.10. Rund 1350 Neonazis versammeln sich ab Mittag am S-Bahnhof Sellerhausen, um unter dem Motto „Recht auf Zukunft“ durch den Leipziger Osten und die Innenstadt zum Hauptbahnhof zu marschieren. Doch dazu kommt es nicht, die Versammlung wird gegen 16 Uhr aufgrund von Angriffen einiger Demonstrationsteilnehmer auf Polizist_innen aufgelöst.

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL AUS 12 MONATEN

UMLAND CHRONIK

SCHKEUDITZ

16 KILOMETER

22.02.2010 Polizeibeamte stellen erneut Neonazi-Propaganda fest. Laut einer Polizei-Pressemitteilung sprühen Unbekannte „mittels Farbspray Schriftzüge mit rechtsradikalem Hintergrund“ an eine Schule und einen Jugendclub in der Weststraße. In den folgenden Wochen tauchen immer wieder Nazi-Sprühereien im Stadtgebiet auf.

22.03. Gegen Mittag stehen vier verummte Männer vor der Mittelschule in der Weststraße und anschließend vor dem Gymnasium in der Pestalozzistraße. An beiden Orten präsentieren sie ein Nazi-Plakat.

09.04. Gegen 19.30 Uhr sammeln sich etwa 30 Neonazis am Bahnhof. Von da aus ziehen sie mit Fackeln und Transparenten durch Schkeuditz. Nach ca. 20 Minuten stoppt die Polizei den Aufzug.

25.06. Während des Stadtfestes wird ein 18-jähriger Jugendlicher Krankenhausreif geprügelt. Sein Begleiter ordnet die Gruppe von sechs Personen, die die beiden auf dem Heimweg angegriffen haben, der Neonazi-Szene zu. Sie seien verummt und bewaffnet und an eindeutigen Symbolen zu erkennen gewesen.

14.06. Unbekannte werfen in der Nacht zum 15. Juni sieben Fensterscheiben des Versammlungsraumes des Rathauses mit Steinen ein. Ebenfalls in dieser Nacht werden elf Fensterscheiben des Jugendclubs „Neue Welle“ in der Weststraße eingeschlagen. Laut einem Bericht der LVZ wurden im Jugendhaus „Neue Welle“ bereits sechs Mal die Scheiben eingeschlagen, zudem seien dort wiederholt Aufkleber und Sprühereien mit neonazistischem Hintergrund angebracht worden.

07.10. Ein 21-jähriger Mann beleidigt im Rathaus eine Mitarbeiterin des Jugendamtes. Weiterhin droht er ihr Schläge an, weswegen er schließlich des Hauses verwiesen wird. Im Gehen skandiert er zudem „verbotene rechte Parolen“ (Polizeimeldung). Noch vor dem Eintreffen der Polizei verschwindet der Tatverdächtige.

Diese und weitere Vorfälle ausführlich auf www.chronikLE.org/schkeuditz

DELITZSCH

25 KILOMETER

21.10.2009 Unter der Überschrift „Inszenierte Rechtsgefahr in Delitzsch“ bedroht das Internetportal „Aktionsbüro Nordsachsen“ eine Person aus Delitzsch. Es wurden Informationen veröffentlicht, die bis in die Privatsphäre des Betroffenen reichen. Neben vollständigem Namen, Adresse und Arbeitsstelle beschreibt der sich selbst „Donald“ nennende Autor des Artikels angebliche Freizeitaktivitäten und Informationen über eine Beziehung, inklusive Beleidigungen und Verleumdungen des Betroffenen. Der Artikel endet mit den Worten: „Wer mit dem Feuer spielt, der kann sich leicht verbrennen.“ Der Betroffene hat Anzeige erstattet.

06.12.2009 Mit Sprüchen wie „Diese Stadt lehnt Linke ab“, „Rod ist keine Alternative“, „Good Night Red Side“ sowie „Gute Heimreise, Facker“ (Schreibung im Original) werden die Anhänger_innen des Fußballvereins Roten Stern Leipzig (RSL) bei ihrem Gastspiel begrüßt.

27.12.2009 Bei einem Fußball-Hallenturnier in Delitzsch randalieren „polizeibekannte Rechtsradikale“ einer Eilenburger Fangruppierung. Sie reißen Stühle aus der Verankerung, beschimpfen und bedrohen Spieler. Laut LVZ verorten „Eilenburger Kreise“ die Randalierer allerdings nur zum Teil in der Eilenburger Fanszene - die Täter seien teilweise aus Halle und Magdeburg angereist. Ein „Drahtzieher“ der Ausschreitungen sei aber ein Eilenburger Neonazi.

06.01.2010 Zum wiederholten Male werden Betroffene rechter Gewalt auf der Neonazi-Plattform „Aktionsbüro Nordsachsen“ verhöhnt, beleidigt und bedroht. Der unter dem Pseudonym „Sibelius“ veröffentlichte Text bezieht sich auf einen namentlich genannten jungen Mann aus Delitzsch, der bereits mehrfach durch Delitzscher Neonazis massiv bedroht und angegriffen wurde. Der Betroffene hat auf Grund der andauernden massiven Bedrohungen Delitzsch als Wohnort verlassen.

03.04. Am Osterwochenende wird der jüdische Friedhof geschändet. Die bislang unbekannten Täter hebelten laut Polizei in der Nacht zum Sonntag die Tür zum Friedhof auf, zerschlugen eine Gedenktafel und warfen alle Grabsteine um. Der jüdische Friedhof zählt laut LVZ Delitzsch-Eilenburg zu den polizeilichen Überwachungsschwerpunkten in der Stadt.

03.06. Während des Festzugs anlässlich des Stadtfestes, dem „Peter- und Paul-Fest“, verbreiten Neonazis anti-demokratische und menschenverachtende Propaganda. Das Auftreten der Neonazis wird offenbar weder während des Umzugs noch im Nachhinein thematisiert; von chronik.LE eingeforderte Stellungnahmen des Veranstalters sowie der Stadt blieben aus, trotz mehrfacher Nachfragen.

Diese und weitere Vorfälle ausführlich auf www.chronikLE.org/delitzsch

EILENBURG

26 KILOMETER

WURZEN

28 KILOMETER

06.02.2010 Neonazis randalieren in einem Jugendclub. Laut einer Polizeimeldung sei die Gruppe zwischen 3.30 und 5.30 Uhr in dem Club gewesen; nachdem ein Verantwortlicher einer Person Hausverbot erteilt habe, sei es zu „verbalen und tätlichen Auseinandersetzungen“ gekommen, auch hätten die Täter „rechte Parolen skandiert“.

01.03. Mitglieder des JN-Stützpunktes Eilenburg/Delitzsch stören mit Transparent und JN-Fahnen einen „Flash-Mob“ von mehreren Menschen, die gegen die von der gelb-schwarzen Landesregierung beschlossenen Kürzungspläne bei der Jugendförderung protestieren.

24.06. Nach einem WM-Spiel mit deutscher Beteiligung wird ein Dönerimbiss in Brand gesteckt. Der in Eilenburg-Ost geparkte Wagen brennt trotz Feuerwehreinsatz vollständig aus. In derselben Nacht gehen in der Stadt auch mehrere Papiercontainer und Papierkörbe in Flammen auf. Die Polizei geht bei allen Fällen von Brandstiftung aus.

29.07. Gegen 2.15 Uhr steht erneut ein Asia-Imbisswagen in Eilenburg in Flammen. Der Imbiss brennt völlig aus und ist unbrauchbar. Der Schaden beläuft sich auf ca. 5000 Euro. Der Besitzer ist in der Vergangenheit wiederholt Opfer von rassistischen Beleidigungen und Angriffen geworden.

31.08. Im Rahmen einer so genannten „Heß-Woche“ haben Neonazis auch in Eilenburg des Hitler-Stellvertreters und verurteilten Kriegsverbrechers Rudolf Heß gedacht, der sich am 17. August 1987 erhängt hat.

15.09. Mehrere Tatverdächtige schmieren mit weißer und roter Kreide Runen und Hakenkreuze sowie Sprüche auf den Fußboden des Jugendklubs in der Belianstraße.

04.10. Gegen 22 Uhr laufen zwei junge Männer an einem Imbisswagen in der Grenzstraße vorbei und unterhalten sich. Einer der beiden zeigt auf ein an dem Stand angebrachtes Hakenkreuz und prahlt gegenüber seinem Begleiter, dass er der Urheber sei. Dies hört der Imbissbudenbesitzer und stellt sich den beiden entgegen. Daraufhin zeigt der Tatverdächtige dem Geschädigten den Hitlergruß.

Diese und weitere Vorfälle ausführlich auf www.chronikLE.org/eilenburg

14.02.2010 Einen Tag nach dem gescheiterten so genannten Trauermarsch in Dresden veranstalten Neonazis in Wurzen eine Kundgebung unter der Motto „Dresden – das deutsche Hiroshima und sie bomben weiter!“

16.04. In Wurzen werden bei einer Postwurfaktion gleichzeitig Flugblätter der NPD und der „Nationalen Sozialisten Muldental“ verteilt. Dabei sticht vor allem das Flugblatt der „Nationalen Sozialisten“ durch antisemitische und nationalsozialistische Propaganda hervor.

21.04. Laut einer Pressemitteilung der Polizei haben Unbekannte in Wurzen/Bennewitz an der Bahnüberführung und an der Schule in der Nacht zum 21. April Transparente und Schmierereien mit neonazistischen Parolen angebracht. Der Staatsschutz nimmt die Ermittlungen auf.

23.04. Mit einem Transparent protestieren Mitglieder und Sympathisanten der NPD/JN am Freitagvormittag gegen die Zusammenkunft historischer Militärfahrzeuge auf dem Wurzener Markt anlässlich des Treffens US-amerikanischer und sowjetischen Truppen an der Elbe am 25. April 1945 und erhalten einen polizeilichen Platzverweis. In einem hanebüchenen Text behaupten sie später im Internet, ein Stadtrat der Partei „Die Linke“ habe sich mit Ihnen solidarisch gezeigt. Gegen die Falschdarstellung geht dieser juristisch vor, woraufhin der Artikel von der Seite genommen wird.

13.05. Am Himmelfahrtstag fährt von Wurzen-Bennewitz aus ein Traktor mit Anhänger auf der B6 in Richtung Machern. Auf dem Gefährt ist eine Reichskriegsflagge gehisst und ein Transparent mit der NS-Parole „Kraft durch Freude“ befestigt. Unter den zwölf bis 15 „Fahrgästen“ befinden sich etliche Mitglieder der Nazigruppierung „Terror Crew Muldental“. Sie haben sich einheitliche T-Shirts gedruckt, auf denen sie sich des Angriffs auf den Fußballverein Roter Stern Leipzig im Oktober 2009 rühmen, bei dem mehrere Menschen zum Teil schwer verletzt wurden.

23.05. In der Nacht auf Pfingstmontag feiern etwa zehn Jugendliche in der Gartensparte „Am Doktorteich“ in Wurzen. Wie Zeug_innen berichten, hören sie lautstark neonazistische Musik, singen rechte Lieder und grölen Naziparolen.

29.05. Mit mehr als 50 Teilnehmern findet bereits zum dritten Mal ein von Nazis organisiertes Fußballturnier in Wurzen statt. Eine Gruppierung namens „Nationale Sozialisten Muldental“ organisiert den „Fußballwettbewerb“ unter dem Motto „Das System ins Abseits“ im Stadtwald.

15.08. Auf den Mauern und an Wänden des Kulturzentrums D5 des Netzwerks für Demokratische Kultur e.V. (NDK) in Wurzen werden mehrfach mit Edding die Worte „Hass“ und „Juden“ geschmiert. Die Polizei meldet dies als „rechtsgerichtete Parolen“.

Diese und weitere Vorfälle ausführlich auf www.chronikLE.org/wurzen

BORNA

30 KILOMETER

31.10.2009 Als Reaktion auf den von der Polizei aufgelösten großen Neonazi-Aufmarsch am 17. Oktober in Leipzig veranstalten auch in Borna lokale Neonazis eine nächtliche Spontandemo. Ähnliches gab es zuvor bereits in Chemnitz und in Leipzig.

04.03.2010 In der Nacht vom 3. zum 4. März werden die im Pflaster des Gehweges in der Roßmarktschen Straße 32 eingelassenen „Stolpersteine“ von Unbekannten mit Farbe beschmiert.

22.04. Im gesamten Stadtgebiet Borna werden etwa 30 Plakate mit rechtem Inhalt verklebt.

04.05. Kurz nach Mitternacht ertappt die Polizei in Borna einen 24-Jährigen dabei, wie er gerade einen Schaltkasten in der Nähe des Netto-Marktes besprüht. Zum Inhalt der Sprüherei macht die Polizei keine Angaben. Der Mann hatte aber „rechtsgerichtete“ Aufkleber bei sich. In der Kreisstadt waren in letzter Zeit immer wieder Nazi-Schmierereien aufgetaucht.

07.05. In der Nacht zum 8. Mai 2010 wird das Mahnmal auf dem Friedhof für KZ-Häftlinge in Borna mit einer antisemitischen Parole („Jude raus du“) besprüht. Nach Angaben der Initiative „Flößberg gedenkt“ haben auf dem Friedhof 98 zumeist jüdische Opfer des KZ-Außenlagers Flößberg in Eulatal bei Borna ihre letzte Ruhe gefunden.

12.06. Fünf stadtbekannte Neonazis greifen am Sonnabend in Borna einen Jugendlichen an und verletzen ihn. Die jungen Männer treffen am Nachmittag an der Halfpipe in Borna-Ost auf ihr späteres Opfer. Sie bezeichnen den Jugendlichen als „Zecke“, wohl, weil er keine Schuhe trägt. Danach traktieren die Angreifer den Betroffenen mit Tritten gegen Beine und in den Unterleib.

03.10. Vermutlich am 3. Oktober sammeln sich Anhänger des Freien Netzes Borna-Geithain auf dem Marktplatz in Kohren-Sahlis zu einer Kundgebung gegen das angebliche Sterben des „Deutschen Volkes“. Es werden Reden gehalten und mehrere Transparente mitgeführt. Auf diesen wird die Wiedereinführung des Nationalsozialismus propagiert. Wenige Tage zuvor hatten eben jene Neonazis einen Arbeitseinsatz auf dem Rittergut Kohren-Sahlis unterstützt. Besitzer der Immobilie ist Karl-Heinz Hoffmann, Gründer der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, einer neonazistischen Organisation, die 1980 verboten wurde. In den 70er Jahren waren Mitglieder der Gruppe an mehreren Anschlägen beteiligt.

Diese und weitere Vorfälle ausführlich auf www.chronikLE.org/borna

GRIMMA

35 KILOMETER

21.12.2009 Ein 21-jähriger Punk wird in Grimma gegen Mitternacht von drei Unbekannten zusammengeschlagen, die ihm zuvor „Du blöde Zecke, scheiß Antifa“ hinterhergerufen hatten. Nur einen Tag später wird dieser zusammen mit zwei Begleitern (18 und 15 Jahre) noch einmal überfallen. Die beiden Älteren werden dabei von mehreren Angreifern so schwer verletzt, dass sie in ein Krankenhaus gebracht werden müssen.

23.01.2010 Drei junge Männer filmen sich in Grimma gegenseitig beim Zeigen des Hitlergrußes. Laut LVZ haben sie sich dafür einen besonderen Hintergrund ausgesucht: einen Funkwagen der Polizei. Als die dies beobachtenden Polizist_innen einschreiten, versuchen die Männer zu fliehen, können aber gestellt werden.

10.02. In Grimma-West werden vier neonazistische Plakate verklebt. Auf diesen wird u.a. dem SA-Mann und „Nazihelden“ Horst Wessel gehuldigt sowie die Bombardierung Dresdens thematisiert.

26.04. Beim Auswärtsspiel der zweiten Mannschaft des FC Sachsen Leipzig in Grimma tauchen fünfzig Leipziger Neonazis auf. Die Gruppe ruft und singt antisemitische, rassistische und neonazistische Parolen. Norman Lee Gandha, Spieler des FC Sachsen, wird mit Affenlauten begrüßt und bei Ballkontakt immer wieder rassistisch beschimpft.

08.04. Nazis randalieren gegen Mitternacht auf dem Parkplatz des Grimmaer Einkaufszentrums PEP. Sie stecken einen Müllcontainer in Brand, beschädigen die Scheiben eines Imbisses, schmeißen einen Marktstand um und sprühen Hakenkreuze. Auf der Fahrbahn gießen sie ein Hakenkreuz aus einer brennbaren Flüssigkeit und stecken es in Brand.

31.08. Im Rahmen einer so genannten „Heß-Woche“ haben Neonazis auch in Grimma des Hitler-Stellvertreters und verurteilten Kriegsverbrechers Rudolf Heß gedacht. Bereits in der Nacht zum 19. August wird der Eingangsbereich des Büros der Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz (Die Linke) mit Heß-Propaganda beklebt.

04.09. Zwei angetrunkene Männer greifen die Ausstellung „Der Gelbe Stern - Antisemitismus und jüdisches Leben in Deutschland 1990 bis 1945“ an. Sie zerstören mit Tritten eine Werbetafel unmittelbar vor der Grimmaer Frauenkirche. Außerdem rufen sie „Heil Hitler“ in die Ausstellungsräume.

16.10. An zwei Schulen sprühen Unbekannte am Wochenende den Schriftzug „Recht auf Zukunft“, der das Motto eines versuchten Neonazi-aufmarschs am 16.10.2010 in Leipzig gewesen ist. Am 25. und 27. Oktober tauchen weitere Sprühereien im Stadtgebiet auf, unter anderem die Nazi-Parole „NS jetzt“.

Diese und weitere Vorfälle ausführlich auf www.chronikLE.org/grimma

BAD LAUSICK

36 KILOMETER

29.11.2009 In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag versuchen drei Personen in ein Wohnhaus in Bad Lausick einzudringen. Sie treten laut Augenzeug_innen massiv und minutenlang gegen die Haustür, die aber standhält. Bei den Tätern handelt es sich um orts- und polizeibekannte Neonazis.

04.03.2010 Am frühen Abend wird eine schwarze Schülerin von vier Männern angegriffen. Ein rassistisches Tatmotiv ist anzunehmen, auch, weil die Betroffene die Angreifer ihrem Erscheinungsbild nach dem Neonazispektrum zuordnet.

25.03. Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage wird eine junge Frau von Neonazis angegriffen. Als sie die Berufsschule verlassen will, versuchen drei Männer, die sich zuvor mit einem Kasten Bier in der Nähe der Schule platziert haben, sie zu schubsen und zu schlagen.

28.04. Nach Polizeiangaben beschmieren Unbekannte mehrere Gebäude mit „rechten Symbolen“ und bringen Plakate mit gleichem Inhalt an.

20.05. Vierzig Neonazis marschieren mit Fackeln und einem Transparent der „Freien Kräfte“. Sie skandieren Parolen wie „frei, sozial und national“ sowie „nationaler Sozialismus jetzt“. Als Fronttransparent dient ein Laken mit der Aufschrift: „Freiheit für Albert“. Es bezieht sich auf einen inzwischen verurteilten Neonazi, der einen 15-jährigen Punker mit einem Fußtritt lebensgefährlich am Kopf verletzte. Zum Zeitpunkt der Demo saß der Täter noch in Untersuchungshaft.

31.05. In der Nacht zu Montag werfen Unbekannte zwei Scheiben einer Wohngemeinschaft mit Steinen ein. Offenbar handelt es sich um einen gezielten Angriff: Eine Bewohnerin der WG war bereits mehrfach von Neonazis bedroht und einmal bis zu ihrer Wohnung verfolgt worden.

31.08. Im Rahmen einer so genannten „Heß-Woche“ haben Neonazis auch in Bad Lausick des Hitler-Stellvertreters und verurteilten Kriegsverbrechers Rudolf Heß gedacht.

Diese und weitere Vorfälle ausführlich auf www.chronikLE.org/badlausick

GEITHAIN

46 KILOMETER

30.10.2009 Am Samstagabend veranstalten Neonazis einen „Zeitzeugen-Vortrag“ mit dem Waffen-SS-Mitglied Gottfried Pönitz. Dafür mietet Manuel Tripp, der auf der NPD-Liste in den Geithainer Stadtrat einzog, die Garten-Kneipe „Petersilie“. An der Veranstaltung nehmen ca. 100 Neonazis teil. Nach Angaben des Fachjournalisten Volkmar Wölk wusste der Betreiber der „Petersilie“ im Vorfeld, wen er sich ins Haus holt.

02.04.2010 Am Freitag randalieren Geithainer Nazis im alternativen Jugendclub „R9“. Sie werfen Fensterscheiben mit Steinen ein und besprühen die Hauswand mit Parolen wie „Rot Front verrecke“. Anschließend verfolgen sie einen alternativen Jugendlichen bis vor seine Haustür. Auch dort sprühen sie nationalsozialistische Parolen und hasserfüllte Drohungen gegen den Jugendlichen auf ein Garagentor. Der Jugendclub „R9“ und seine Besucher_innen waren schon häufig Ziel neonazistischer Gewalt und Bedrohungen.

07.05. Ein 15-Jähriger wird von dem Neonazi Albert R. an einer Tankstelle brutal geschlagen. Das Opfer schwebt tagelang in Lebensgefahr. Neonazis hatten bereits im Dezember Namen und Wohnort des Opfers im Internet veröffentlicht und mit „Erziehungsmaßnahmen“ gedroht. An das Haus seiner Familie wurden wiederholt Drohungen wie „Wir kriegen dich“ gesprüht. Der Täter wurde inzwischen zu 18 Monaten Haft, ausgesetzt auf drei Jahre Bewährung, verurteilt. Wenige Tage nach Urteilsverkündung nahm er bereits wieder an einem Aufmarsch in Döbeln teil.

08.05. In der Nacht zum 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus, wird das Ernst-Thälmann-Denkmal mit der Parole „Volksverräter“ besprüht.

15.07. Etwa 15 Neonazis bedrängen am 15. Juli die Besucher_innen einer Informationsveranstaltung, bei der über lokale Strukturen der rechten Szene und Möglichkeiten der Intervention diskutiert werden soll.

31.08. Der im vergangenen Jahr für die NPD in den Stadtrat gewählte Neonazi und äußerst aktive „Freies Netz“-Aktivist Manuel Tripp gibt eine vierseitige Propaganda-Postille mit dem Titel „Geithainer Sprachrohr“ heraus, um „auch außerhalb des Weltnetz“ Informationspolitik zu betreiben.

03.09. „Freie Kräfte“ veranstalten einen „Vortrags- und Liederabend“ zum Thema NS-Weltanschauung.

Diese und weitere Vorfälle ausführlich auf www.chronikLE.org/geithain

COLDITZ

49 KILOMETER

27.09.2009 In der Nacht vom 26. auf den 27. September wird in Colditz zum wiederholten Male ein Elektrogeschäft angegriffen. Dabei wird auch der angrenzende Proberaum der Punkband „Hematom“ in Mitleidenschaft gezogen. Die unbekannten Täter werfen am Sonntagmorgen zwischen 3 und 4 Uhr zahlreiche rot-braune Farbbomben an die Fassade des Hauses, an die Sicherheitsglasfenster und an die Tür.

29.11.2009 Im Zentrum der Stadt greifen drei Personen einen Dönerladen an und zerstören mehrere Scheiben. In den letzten drei Jahren ist das bereits mehrfach passiert. Der Sachschaden beträgt diesmal 1.500 Euro. Kurz nach dem Angriff fährt ein Auto an dem Geschäft vorbei, aus welchem der Hitlergruß gezeigt sowie „Freiheit für Deutschland“ skandiert wird.

29.01.2010 Am Abend werden vier junge Männer von mehreren vermummten Tätern geschlagen und verletzt. Die Polizei nimmt kurz darauf vier Tatverdächtige im Alter von 21 bis 53 Jahren fest, bei denen es sich um ortsbekannte Nazis handeln soll.

03.03. In der Nacht ziehen mehrere Personen durch die Innenstadt und grölen neonazistische Parolen. Es werden mehrere Knaller gezündet. Anschließend begeben sich zwei Personen zu einem türkischen Imbiss und werfen ein „pyrotechnisches Erzeugnis“ (Polizei Westsachsen) gegen die Fensterscheibe des Ladens.

21.03. Im Stadtgebiet kommt es in den frühen Morgenstunden zu körperlichen Auseinandersetzungen mehrerer zumeist alkoholisierter Personen im Wettiner Ring und am Baderberg, berichtet die Polizeidirektion Westsachsen. Laut Opferberatung RAA sollen daran mehrere Neonazis beteiligt gewesen sein, die zuvor ein Szenekonzert besucht hatten.

11.04. Am Sonntag werden drei junge Bundeswehrsoldaten in der Colditzer Bahnhofstraße angegriffen. Ihr Auto wird von einem Audi ausgebrems und der Fahrer des Audi schlägt einem Bundeswehrsoldaten ins Gesicht. Anschließend werden die Betroffenen noch mal ausgebrems und zusammengeschlagen. Zwei von ihnen werden schwer verletzt. Die Täter kommen aus dem Umfeld der rechten Szene.

29.5. Etwa 100 Neonazis versammeln sich auf dem Colditzer Markt zu einer Kundgebung zum Thema „Todesstrafe für Kinderschänder“. Anlass für die Veranstaltung ist ein Fall von Kindesmissbrauch, der wenige Tage zuvor am Landgericht Grimma verhandelt worden war.

11.09. Der einstige Anführer der 1973 gegründeten „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG), Karl-Heinz Hoffmann, referiert am Sonnabend auf Einladung des „Freien Netzes“ im Gasthof Zollwitz in Hausdorf bei Colditz über die 1980 verbotene, rechtsterroristische WSG.

Diese und weitere Vorfälle ausführlich auf www.chronikLE.org/colditz

TORGAU

57 KILOMETER

29.07.2009 In der Nacht zum 30. Juli 2009 wird das Bürger_innenbüro des Linke-Landtagsabgeordneten Peter Porsch in Torgau angegriffen. Unbekannte schlagen die Fenster mit mehreren Steinen ein.

24.03.2010 Während einer Sitzung des nordsächsischen Kreistags im Torgauer Schloß marschieren 50 Neonazis im Hof auf und führen eine Versammlung durch. Die Gruppe trägt mehrere Transparente mit sich: „Volksgemeinschaft statt Volkstod“ sowie „Jugend braucht Zukunft, Freiräume schaffen, aktiv werden“, mit einem Verweis auf die Seite des „Freien Netzes“ Nordsachsen.

24.04. 170 Mitglieder und Anhänger der Jungen Nationaldemokraten (JN) marschieren am Samstag in Torgau auf, um gegen den Elbe-Day zu protestieren. Beim Elbe-Day wird jährlich am letzten Wochenende im April an die Begegnung von sowjetischen und US-amerikanischen Truppen zum Ende des Zweiten Weltkrieges vor 65 Jahren erinnert. Auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof gedenken Veteranen und Bürger_innen den Opfern des Krieges.

09.08. Am Erinnerungsort Fort Zinna, einem ehemaligen NS-Militärgefängnis, dass 1945 zeitweilig als sowjetisches Speziallager gedient hat, wird eine Gedenkstätte eingeweiht, die an „beide Diktaturen“ erinnern soll. Vertreter_innen der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz kritisieren neben der Gleichsetzung der beiden Diktaturen und der damit einhergehenden Relativierung des Nationalsozialismus auch, dass mit der Erinnerung an die Opfer des Speziallagers NS-Täter zu Opfern (der Sowjets) umgedeutet werden.

14.08. Eine private Elterninitiative meldet für den Samstag eine Demonstration gegen Kinderschänder an. Entlarvendes Detail: die Ordner rekrutieren sich vorwiegend aus dem örtlichen und dem Leipziger Verband der Jungen Nationaldemokraten (JN), die u.a. T-Shirts mit Abbildungen von an Bäumen aufgehängten Menschen tragen.

31.08. Im Rahmen einer so genannten „Heß-Woche“ gedenken Neonazis in ganz Sachsen des Hitler-Stellvertreters und verurteilten Kriegsverbrechers Rudolf Heß, der sich am 17. August 1987 erhängt hat. In den Nächten um den Todestag werden unter anderem in Grimma, Borna, Geithain, Eilenburg, Delitzsch, Kohren-Sahlis, Frohburg, Bad Lausick, Döbeln, Torgau und Leisnig Aufkleber, Plakate, Graffiti und Schmierereien angebracht, die dem NS-Kriegsverbrecher huldigen.

Diese und weitere Vorfälle ausführlich auf www.chronikLE.org/torgau

MÜGELN

58 KILOMETER

OSCHATZ

65 KILOMETER

24.04.2010 Erneut stören Neonazis ein Fußballspiel des Vereins Roter Stern Leipzig (RSL): Der Schiedsrichter der Auswärtspartie gegen SV Mügeln-Ablauß 09 bricht die Begegnung am Sonnabendnachmittag in der 80. Minute ab, nachdem sich Spieler des RSL unter anderem über antisemitische Parolen („Ein Baum, ein Strick, ein Judengenick“, „Juden raus“) und das Absingen des „U-Bahn-Liedes“ („Eine U-Bahn bauen wir von Jerusalem nach Auschwitz“) beschwert haben. Später versucht eine Gruppe von Neonazis, vom Sportplatz kommend, einen Spontanaufmarsch durchzuführen; die Polizei beendet diesen, als aus der Gruppe nazistische Parolen gerufen werden.

Dieser und weitere Vorfälle ausführlich auf www.chronikLE.org/muegeln

18.02.2010 Mehrere Mitglieder der NPD und ihrer Jugendorganisation JN mischen sich unter die Proteste von etwa 150 Jugendlichen gegen die von der Landesregierung beschlossenen Kürzungen der Mittel für Jugendarbeit in Sachsen. Im Gepäck haben die 20 Nazis ein Transparent mit Bezug auf den Neonazigroßaufmarsch am 13. Februar in Dresden. „Wir blockieren eure Demo nicht!“ ist auf dem Transparent zu lesen. Der Aufmarsch in Dresden wurde erfolgreich durch Massenblockaden der ange-reisten Zivilgesellschaft verhindert.

Dieser und weitere Vorfälle ausführlich auf www.chronikLE.org/oschatz

ERSTE HILFE FÜR BETROFFENE NACH EINEM ÜBERGRIFF

Sie sind Opfer eines diskriminierenden Übergriffs geworden?

Angreifer haben Sie beleidigt, geschlagen, getreten? Sie wurden aus rassistischen Gründen nicht in die Disko gelassen oder in der Straßenbahn schikaniert? Sie stellen sich nun die quälende Frage: Warum ist das ausgerechnet mir passiert? Warum wurde ich angegriffen, beleidigt und schikaniert? Auf diese Fragen gibt es nur eine Antwort: Sie haben keine Schuld!

Sie haben nichts getan. Sie wurden angegriffen, die anderen sind die Angreifer. Es traf Sie, aber gemeint sind alle, die von Nazis und Rassisten gehasst werden. Dazu gehören nicht nur Migrant_innen, sondern auch Jüd_innen, Muslim_innen, alternative Jugendliche, Behinderte, Homosexuelle und Obdachlose...

Was können Sie jetzt tun?

Sie haben Anspruch darauf, dass die Straftat ans Licht kommt, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden, und dass Sie Schadensersatz beziehungsweise Schmerzensgeld erhalten. Deswegen ist es trotz etwaiger Bedenken in der Regel empfehlenswert, Anzeige

bei der Polizei zu erstatten. Denn ohne eine Anzeige kann ein Übergriff keine negativen Konsequenzen für die Täter haben und Sie haben keinen Anspruch auf Schadensersatz.

Wichtig dabei ist:

- Fertigen Sie ein Gedächtnisprotokoll an! Schreiben Sie möglichst genaue Angaben zu Zeitpunkt, Ablauf, Tätern und Zeugen des Vorfalls auf. Lassen Sie sich körperliche Schäden ärztlich attestieren.
- Sprechen Sie mit Freund_innen und Bekannten. Sie werden sie nicht mit ihrem Erlebnis allein lassen.
- Wenden Sie sich an eine Beratungsstelle! Die Mitarbeiter_innen z.B. der RAA Leipzig und des Antidiskriminierungsbüros sind genau für solche Fälle spezialisiert und können Ihnen weiterhelfen (siehe nächste Seite).
- Nutzen Sie die Rechtsberatung! Die Beratungsstellen haben Kontakt zu guten Anwält_innen, die auf Antidiskriminierungsrecht spezialisiert sind bzw. sich gut mit Übergriffen, wie Sie ihn erlebt haben, auskennen.

ADB – DAS ANTIDISKRIMINIERUNGSBÜRO IN LEIPZIG BILDUNG, BERATUNG UND INFORMATION



Das Antidiskriminierungsbüro (ADB) ist eine zentrale Anlaufstelle im Freistaat Sachsen für von Diskriminierung Betroffene. Es existiert als eingetragener Verein ADB e.V. seit 2004 in Leipzig. Wir unterstützen Menschen bei der Durchsetzung ihrer Interessen zum Schutz vor konkreten Benachteiligungen wegen:

- rassistischer/ethnischer Zuschreibungen
- des Geschlechts
- der sexuellen Identität
- einer Behinderung
- des Lebensalters
- der Religion bzw. Weltanschauung

Das Antidiskriminierungsbüro ist die bundesweit einzige Anlaufstelle für alle genannten Diskriminierungstatbestände. Unsere Arbeit umfasst drei Tätigkeitsfelder:

1. Weiterbildung

Wir bieten Weiterbildungen in Form von Workshops und Seminaren zu Antidiskriminierungsrecht oder Mobbing, interkultureller

Kompetenz oder Diversitykonzepten sowie präventive Strategien gegen Benachteiligung an. Die Bildungsangebote richten sich an privatwirtschaftliche Unternehmen und den öffentlichen Dienst, an Vereine und Verbände sowie an Behörden. Die Seminare und Schulungen werden jeweils mit den spezifischen Bedürfnissen von Führungskräften, Mitarbeiter_innen oder Multiplikator_innen abgestimmt.

2. Beraten, stärken, vermitteln

Das Beratungsangebot des Antidiskriminierungsbüros bietet Betroffenen zeitnahe und direkte Unterstützung durch Einzelfallhilfe mit professioneller Beratung, emotionale Unterstützung und Stärkung des Selbsthilfepotentials. Wir bemühen uns um Konflikterschlichtungen durch Mediation, helfen Ihnen durch aufsuchende Beratung und vermitteln im Bedarfsfall an spezifische Fachberatungsstellen und Rechtsanwält_innen.

3. Informieren, Koordinieren, Kooperieren

Das Antidiskriminierungsbüro stellt Antidiskriminierungsarbeit auf eine breite gesellschaftliche Basis. Wir organisieren Informationsveranstaltungen, Foren und Tagungen in Zusammenarbeit mit Politik, Verwaltung,

Wirtschaft und Antidiskriminierungsinitiativen. Wir veröffentlichen thematisches Aufklärungs- und Informationsmaterial, stehen in Kooperation mit lokalen, regionalen und bundesweiten Initiativen gegen Diskriminierung und Betroffenenverbänden und arbeiten aktiv im Netzwerk Tolerantes Sachsen mit.

[Antidiskriminierungsbüro e.V.](#)

Kochstraße 14
04275 Leipzig
Telefon: 0341 – 30 39 492
info@adb-sachsen.de
www.adb-sachsen.de

Unterstützen Sie die Arbeit des ADB mit einer Spende:

Kontonummer: 110 03913 35
BLZ: 860 555 92
Sparkasse Leipzig
Verwendungszweck: Spende

RAA – DIE OPFERBERATUNGSSTELLE IN LEIPZIG BERATEN, BETREUEN, BEGLEITEN – KOSTENLOS UND ANONYM



Opfer von rassistischer und rechtsmotivierter Diskriminierung und Gewalt wird man unverhofft und ohne Schuld. Solch ein Erlebnis löst immer psychische, soziale und materielle Folgen aus. Die Betroffenen bleiben häufig allein mit der körperlichen Beeinträchtigung, mit ihren Ängsten, ihren Folgekosten und nicht zuletzt im Gerichtssaal, wenn sie auf die Täter_innen treffen.

Die Opferberatung des RAA Sachsen e.V. und der RAA Leipzig hilft Menschen, die aus Motiven gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Opfer von Gewalt und Diskriminierung geworden sind. Wir treten parteilich an ihre Seite und unterstützen sie schnell und unbürokratisch. Wir helfen bei der Klärung der

rechtlichen Situation oder im Umgang mit Polizei und Gericht um berechnete Interessen auf finanzielle Entschädigung oder Wiedergutmachung durchzusetzen. Außerdem haben wir Zeit für ausführliche Gespräche über die Gewalttat und aller damit zusammenhängenden Umstände. Zusammen mit den Betroffenen versuchen wir Wege zu finden, verlorene Selbstachtung und Selbstbewusstsein zurückzugewinnen sowie den Schutz vor weiteren Gewalterfahrungen zu organisieren. Dabei wahren wir die Grenzen, welche die Betroffenen selbst setzen - nach ihren Entscheidungen und Bedürfnissen gestaltet sich der Beratungsprozess. Nach Bedarf wenden wir uns auch an die Öffentlichkeit um für die Situation der Betroffenen zu sensibilisieren, oder vermitteln zu anderen relevanten Ansprechpartner_innen. Unser Angebot ist kostenlos, wir arbeiten parteilich für das Opfer und auf Wunsch anonym.

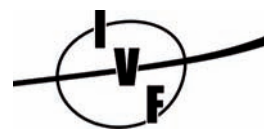
[RAA Sachsen e.V.](#)

Peterssteinweg 3
04107 Leipzig
Telefon: 0341 - 26 18 647
opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de
www.raa-sachsen.de
www.raa-leipzig.de

Unterstützen Sie die Arbeit der RAA mit einer Spende:

Kontonummer: 110 052 0194
BLZ: 860 555 92
Sparkasse Leipzig
Verwendungszweck: Opferberatung

IVF – INITIATIVE FÜR MEHR GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG IM BREITENSport-FUSSBALL



Die IVF will einen Beitrag dazu leisten, dass der (Breitensport-) Fußball, wie vom DFB gefordert, mehr gesellschaftliche Verantwortung übernimmt. Die Anti-Diskriminierungsregelung der FIFA stößt schnell an Grenzen der Umsetzbarkeit und des Verständnisses. Auftretende Problemlagen werden zum Teil von einzelnen Multiplikator_innen, auch innerhalb der Vereine, erkannt - es fehlen jedoch oft Informationen und Ressourcen um die Sachlagen nachhaltig zu bearbeiten und wirksame Handlungsstrategien gegen Diskriminierung und zur Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft zu entwickeln.

Durch die hohe Popularität des Fußballs und den hohen Organisationsgrad in den Sportvereinen können mit der IVF breite Bevölkerungsschichten angesprochen werden. Ziel der Projektstätigkeit ist es, verschiedene Akteure, wie (lokale) Fußballverbände, Vereine und ihre Aktiven, Jugendsozialarbeiter_innen und weitere Multiplikator_innen zu sensibilisieren. Die

IVF unterstützt die Akteure bei ihren Bemühungen zur Bekämpfung von Diskriminierung und bei der Stärkung von Integrationspotentialen mit aktuellen Informationen, kompetenten Referent_innen, Workshopangeboten und Beratung bei der Entwicklung von Handlungsstrategien und bei der Bildung von Netzwerken.

Daneben hat die IVF eine Ausstellung zum Thema Diskriminierung im Fußball erstellt, die unter dem Titel „Strafraum Sachsen“ Teil der Angebotspalette der Initiative ist und bei der IVF ausgeliehen werden kann. Wie unter einem Brennglas werden im Fußball Problematiken und Entwicklungen von Gesellschaften sichtbar. Dazu zählen auch verschiedene Formen von Diskriminierung, die durch Vorurteile, Stereotype und Klischees zur negativen Abgrenzung der Menschen untereinander beitragen. Die Ausstellung präsentiert ausgrenzende Mechanismen von Diskriminierung und schlägt eine Brücke von der gesellschaftlichen Normalität zur „schönsten Nebensache der Welt“. Daneben werden ebenso die integrierenden Aspekte des Fußballs in den Blick genommen: Die Ausstellung soll ein Bewusstsein für diskriminierende Prozesse in Gesellschaft und Sport schaffen, um Handlungsoptionen

zu entwickeln und Gegenstrategien zu ermöglichen. Aktuelle Termine, Kontaktmöglichkeiten und Informationen zur Buchung von „Strafraum Sachsen“ finden sie unter:

strafrumsachsen.blogspot.eu

IVF

Wolfgang-Heinze-Straße 22
04277 Leipzig

Telefon: 0341-68 569 17

kontakt@fussball-und-diskriminierung.de

www.fussball-und-diskriminierung.de

Leipziger Zustände
ISSN 2191-3501

Herausgeberin:

chronik.LE - Dokumentation und Analyse rassistischer, faschistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig, Leipzig im November 2010.

Rechte: © bei den Autorinnen und Autoren und dem Projekt chronik.LE. Alle Rechte vorbehalten. Alle Bildrechte liegen, falls nicht anders vermerkt, bei den jeweiligen Fotograf_innen. Titelfoto by henningbulka (cc) flickr.

Nachdruck: Die Veröffentlichung von Artikeln ist nach Absprache möglich. Die Broschüre steht unter www.chronikLE.org zum Download zur Verfügung. Die Broschüre kann bestellt werden gegen eine Versandgebühr.

Auslageorte: „Leipziger Zustände“ wird kostenlos in Leipzig und Umgebung ausgelegt.

Druck: Drei Groschen Druck Berlin

Vi.S.d.P: J.Frohburg, chronik.LE, Engagierte Wissenschaft e.V., Kochstraße 132, 04277 Leipzig

Kontakt: chronik.LE@engagiertewissenschaft.de
www.chronikLE.org

Wir freuen uns über Ihre Spenden:

Engagierte Wissenschaft e.V.
Kontonummer: 34 70 201
BLZ: 860 205 00
Bank für Sozialwirtschaft
Verwendungszweck: Spende chronik.LE

Wir danken unseren Partner_innen für die Unterstützung:

institut fuer zukunft
ifz



WWW.CHRONIKLE.ORG LEIPZIGER ZUSTÄNDE

NOV 2010

